



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Lehrermangel an beruflichen
Schulen

Die Arbeitszeit der
Lehrer ehrlicher und gerechter
bilanzieren

Spärlicher Topf der
Anrechnungsstunden wird
aufgestockt

Aids-Präventionsprojekt

Vergangenheit
bewältigen – gemeinsam
Zukunft gestalten



*Blick nach
vorn –
dennoch*

HERAUSGEBER
Hans Käfler, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION
Hans Preißl
Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
Telefax: 0180 - 50 60 33 76 44 95
E-Mail: preissl@vlb-bayern.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: 09 31 - 66 14 15
Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG
Andrea Götzke
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München

GESTALTUNG
signum3 oHG
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: 09 31 - 4 52 09 90
Telefax: 09 31 - 4 52 75 98
E-Mail: gc@signum3.de

DRUCK
Böhler Verlag GmbH
Seilerstraße 10, 97084 Würzburg
Telefon: 09 31 - 6 34 31
Telefax: 09 31 - 61 17 84

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS
„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG
Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT
Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE
Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbeson-
dere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS
für Heft 10: 10. 09. 2007
für Heft 11: 08. 10. 2007
für Heft 12: 05. 11. 2007

ISSN 0942 - 6930

Themen des Tages

- 3 Alexander Liebel: Aktuelles aus dem GV
- 4 Hans Käfler: Lehrermangel an beruflichen Schulen

Bildungspolitik

- 5 Hans Preißl: Die Arbeitszeit der Lehrer ehrlicher und gerechter bilanzieren
- 7 Wolfgang Lamb: Spärlicher Topf der Anrechnungsstunden wird aufgestockt
- 8 Schavan schlägt Berufsbildungs-PISA vor
- 9 BIBB: Ausbildung für Altbewerber über Ausbildungsbausteine
- 10 dbb: Lehrerbelastung ernster nehmen

Dienstrecht

- 11 Anette Egle, Rolf Habermann: Drei Prozent mehr Besoldung ab 01. 10. 2007

FOS/BOS

- 12 Hans Preißl: SPD will elternunabhängiges BAföG für BOS-Schüler erhalten
- 13 Herbert Müller, Rudolf Geier: Brückenangebote verbessern die Erfolgsquoten

Aus dem Landtag

- 15 Quereinsteiger im Lehrerberuf nicht länger benachteiligen
- 15 Bayerischen Beamtenbund: Eingabe zur Stufenzuordnung von Lehrambtsbewerbern nach Inkrafttreten des TVL

Die Lehrerseite

- 17 Dr. Walter G. Demmel: Das Bild des Lehrers in der Geschichte
- 21 Ewald Blum: Die Regeln Benedikts – ein Weg zur Professionalität im Lehrerberuf?

Pädagogik und Unterricht

- 24 Christian Alt: Edutained intercultural Business-Training
- 28 Stephanie Mayer: Aids-Präventionsprojekt
- 31 Gerhard Clemenz: Was Sie schon immer über Geld wissen wollten

Schulpartnerschaften

- 33 Horst Grünewald: Vergangenheit bewältigen – gemeinsam Zukunft gestalten

Aus dem Verbandsleben

- Landesverband**
- 37 Einladung zur kaufmännisch-verwaltenden Fachtagung
- Kreisverbände**
- 37 KV Nürnberg
- Senioren**
- 38 Berthold Schuler: Versorgungsempfänger von Silberstreifen erreicht
- 40 Horst Lochner: Senioren-Nachmittag in Mittelfranken
- 41 Lothar Fischer: Oberpfälzer Pensionisten im Untergrund
- Personalien**
- 41 VLB-Urgestein Klaus-Peter Stix in den Ruhestand verabschiedet
- 42 Personalien
- Letzte Seite**
- 44 Besoldungstabelle ab 1. Oktober 2007 Bayern

Titelfotos: Hans Preißl

Aktuelles aus dem GV

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wie Sie wissen, wird unser Landesvorsitzender Hans Käfler eine sehr interessante und verantwortungsvolle berufliche Herausforderung in China übernehmen. Bereits zum neuen Schuljahr wird er sein Amt antreten. Geschäftsführender Vorstand und Hauptvorstand gratulieren ihm zu der ehrenvollen Berufung von ganzem Herzen und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute!

GV und HV stehen jetzt in der Pflicht, zeitnah Konzepte zu entwickeln und Beschlüsse zu fassen, die die Wahrnehmung der Führungsaufgaben im Verband reibungslos gewährleisten. Gemäß unserer Satzung ist der Hauptvorstand „das Gremium des Verbandes, das zwischen den Vertreterversammlungen Mitglieder betreffende Fragen berät und erforderliche Entscheidungen trifft“. Wenn der Hauptvorstand in dem konkret vorliegenden Fall eine Entscheidung treffen sollte, die bei Ihnen keine positive Resonanz findet, ist der demokratische Weg in der Satzung wie folgt geregelt: „Die Vertreterversammlung ist das oberste Organ des Verbandes ...“. Eine außerordentliche Vertreterversammlung ist einzu-berufen, wenn „... 1. es das Interesse des Verbandes erfordert, 2. mindestens ein Fünftel der Mitglieder, zwei BV oder acht KV die Einberufung schriftlich unter Angabe des Grundes verlangen“. Damit ist eine transparente Entscheidungsfindung sichergestellt.

Hans Käfler hat in der Sitzung des Hauptvorstandes am 29. und 30. Juni 2007 in Feuchtwangen erklärt, er werde sein Amt im September 2007 zur Verfügung stellen. Daraufhin hat der HV in einer intensiven, ausführlichen und außerordentlich konstruktiven Diskussion einvernehmlich folgende Eckpunkte des weiteren Vorgehens erarbeitet:

1. Bis zur nächsten turnusgemäßen Vertreterversammlung im November 2008 in Freising soll eine Übergangsregelung gelten.
2. Zeitlich befristet werden übertragen:
Wolfgang Lamb die Aufgaben des Landesvorsitzenden,
Jürgen Wunderlich die Aufgaben eines stellv. Landesvorsitzenden.
3. In der Sitzung des Hauptvorstandes am 14. September 2007 in Nürnberg werden die erforderlichen Beschlüsse getroffen.

Damit sind zwei ganz wesentliche Punkte der Verbandsarbeit sichergestellt: Einerseits ist die Verbandsführung uneingeschränkt arbeitsfähig, andererseits bleibt ausreichend Zeit, personelle Fragen mit aller Ruhe und Gelassenheit in den Kreis- und Bezirksverbänden zu diskutieren. Ich darf erinnern: Zwei der amtierenden stellvertretenden Landesvorsitzenden werden im November 2008 nicht mehr kandidieren, das ist unabhängig zu sehen von der aktuellen Entwicklung. Intention dieser Vorgehensweise war und ist der sinnvolle und harmonische Generationswechsel. Dieses Ziel bleibt bestehen. Gerade deshalb ist es zum jetzigen Zeitpunkt wichtig, nicht hektisch und unter Zeitdruck zu agieren, sondern ruhig und überlegt.

Es kommt darauf an, geeignete Kolleginnen und Kollegen für die Mitarbeit in der Verbandsspitze zu gewinnen. Dies gehört natürlich zu den Führungsaufgaben des Geschäftsführenden Vorstandes, aber eben nicht nur zu seinen Aufgaben. Wir fordern ganz bewusst insbesondere die Bezirks- und Kreisverbände zu einer intensiven, offenen und transparenten Diskussion über die zu treffenden Personalentscheidungen auf. Begreifen wir die jetzige Situation als Chance, die personellen Weichen zu stellen für die zukunftsorientierte Fortentwicklung des Verbandes.

Ein ganz anderes Thema: Die intensive und teilweise kontroverse Diskussion der verschiedenen Konzepte zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung erfordert unsere volle Aufmerksamkeit und verlangt schnelle Reaktionen, wenn erfolgreich Einfluss genommen werden soll. Ohne Zweifel hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag im Januar 2007 unter dem Titel „Dual mit Wahl“ eines der wichtigsten und am meisten diskutierten Modelle der Öffentlichkeit vorgestellt. Aus unserer Sicht beinhaltet das Modell durchaus positive, aber auch problematische Gesichtspunkte. Wir haben deshalb gerne ein Gesprächsangebot der Industrie- und Handelskammern Nürnberg und München zu diesem Thema angenommen. Die gemeinsame Diskussion mit Ursula Poller und Dr. Josef Amann ist in einer sehr konstruktiven und offenen Art und Weise geführt worden. Wir haben beiderseits klar definiert, wo sich Interessen decken und wo es unterschiedliche Betrachtungsweisen gibt. Unser zentrales Anliegen war es sicherzustellen, dass die Berufsschule als dualer Partner über die gesamte Ausbildung eingebunden wird. In diesem Punkt hat das Gespräch

absolute Übereinstimmung zwischen IHK und Verband ergeben. Wir werden auch Unterstützung bekommen bei unserem Ziel, in Bayern die berufsbegleitende Form der fachgebundenen Fachhochschulreife an den beruflichen Schulen zu etablieren. Es wurde darüber hinaus einvernehmlich diskutiert, die Berufsschulen stärker als bisher in Verbundstudiengänge zu integrieren. Ein ausgesprochen innovativer Aspekt mit besonderer Bedeutung für Berufsschulen mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Hochschulzugangsberechtigung.

Die juristische Auseinandersetzung zwischen Lehrkräften und dem Dienstherrn ist nicht die Regel, manchmal passiert es aber doch. An den Verband werden immer wieder Bitten um Unterstützung herangetragen. Leider häufig erst dann, „wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist“, spricht, wenn Rechtsanwälte eingeschaltet wurden, die sich dann leider nicht unbedingt als sehr kompetent im Recht des öffentlichen Dienstes erwiesen haben. Wir bitten deshalb dringend darum, dass Sie sich mit der Geschäftsstelle in Verbindung setzen, bevor Sie rechtlich aktiv werden und einen Rechtsanwalt konsultieren. „Bei der Durchführung des Rechtsschutzes bedient sich der VLB des BBB (Bayerischen Beamtenbundes) und des Dienstleistungszentrums Süd des Deutschen Beamtenbundes (DBB) in der Weise, dass die dort tätigen Juristen auf Veranlassung des VLB über den BBB Rechtsauskunft erteilen und/oder Gutachten erstellen und/oder Vertretung in einem gerichtlichen Verfahren übernehmen“, so regelt unsere Rechtsschutzordnung in § 9 die Abwicklung des Rechtsschutzes. Klingt kompliziert, ist es aber nicht. Sie liegen in jedem Fall richtig, wenn Sie in der Geschäftsstelle kurz anrufen bzw. mailen und nachfragen, welchen Schritt Sie als nächstes mit der Unterstützung des Verbandes machen können. Denken Sie bitte daran, die Juristinnen und Juristen des Dienstleistungszentrums Süd sind für unsere juristischen Fragen absolute Fachleute und Spezialisten. Sie sind bei rechtlichen Auseinandersetzungen nirgends besser aufgehoben als dort. Nutzen Sie den Service Ihres Verbandes. Anruf in der Geschäftsstelle genügt! Auch hier gilt unser Motto „Ihr Anliegen – Unser Auftrag“!

In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihr persönliches Engagement in unserer Solidargemeinschaft VLB!

Ihr

Alexander Liebel

Lehrermangel an beruflichen Schulen

HANS KÄFLER

Auf dem Arbeitsmarkt häufen sich die positiven Meldungen. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland geht zurück. Die Anzahl der Ausbildungsplätze steigt. Damit steigt auch die Erwartung, dass die Anzahl der Jugendlichen ohne Auszubildungsverhältnis trotz großer Nachfrage und vieler sog. Altbewerber in absehbarer Zeit wieder auf ein vertretbares Maß absinken wird. Mit dem einsetzenden Wirtschaftsboom sind inzwischen auch erste Klagen über einen Mangel an geeigneten Facharbeitern zu hören.

Aber nicht nur Facharbeiter und Ingenieure werden gesucht. Mindestens ebenso dringend werden Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen gebraucht. Die Gründe dafür liegen nicht nur an dem grundsätzlich geringen Interesse der Medien an den beruflichen Schulen mit ihrem komplizierten und schwer durchschaubaren System, sondern auch an dem „geringen Mobilisierungsgrad unserer Kunden“: der Schüler und der Betriebe. Wenn an einem Gymnasium Unterricht ausfällt und die Versetzung oder gar das Bestehen des Abiturs der eigenen Kinder dadurch gefährdet wird, werden Elternverbände sofort politisch aktiv. Die Betriebe und ihre Organisationen, die Kammern und Arbeitgeberverbände sind hier wesentlich zurückhaltender. Aber auch die Berufsschulen selbst tragen zu dieser Zurückhaltung bei, indem sie – im vermeintlichen Interesse ihrer Schüler – mit allen möglichen organisatorischen Kniffen die Folgen ihrer Unterversorgung mit Lehrkräften zu kompensieren versuchen. Dabei wird in Kauf genommen, dass etwa durch Stundenkürzung im allgemeinbildenden Bereich, die Bildung übergroßer Klassen und die Vermeidung notwendiger Gruppenbildungen im fachpraktischen Bereich eine formal noch akzeptable Unterrichtsversorgung auf Kosten der notwendigen

Unterrichtsqualität erreicht wird. Für einen begrenzten Zeitraum ist dieses Verhalten nachvollziehbar und vielleicht notwendig. Wie sieht die Lehrerversorgung bei den beruflichen Schulen aber wirklich aus?

Die Schülerprognose des Kultusministeriums verspricht den beruflichen Schulen von 2007 bis 2012 einen Rückgang von 420.000 auf 412.000 Schüler. Nicht eingerechnet ist dabei der Verdrängungseffekt, der durch den doppelten Abiturientenjahrgang 2011 bei überfüllten Hochschulen mit Sicherheit auf das duale Berufsausbildungssystem zukommt. Gleichzeitig ist der ebenfalls vom Kultusministerium berechnete Lehrbedarfsprognose zu entnehmen, dass das jährliche Angebot an Lehrkräften in den kommenden Jahren jeweils um bis zur 300 unter dem jeweiligen Bedarf für die beruflichen Schulen liegt. Berücksichtigt man die in ausreichendem Maß vorhandenen Fachlehrer, so laufen wir trotzdem in den kommenden Jahren in ein stetig und steil ansteigendes Defizit an universitär ausgebildeten Lehrkräften für berufliche Schulen hinein. Verschärft wird diese Entwicklung dadurch, dass die Fach- und Berufsoberschulen zunehmend weniger auf Gymnasiallehrkräfte zurückgreifen können, da an den Gymnasien ebenfalls „Land unter“ gemeldet wird.

Wie an den allgemeinbildenden Schulen ist der Lehrermangel auch an den beruflichen Schulen differenziert zu betrachten. So ist die Versorgung mit Lehrkräften für die Bereiche Bautechnik sowie Gesundheit und Pflege so gut, dass schon in den vergangenen Jahren nicht einmal alle Bewerber eingestellt werden konnten. Dramatisch ist dagegen die Versorgungssituation insbesondere in den Berufsfeldern Metall- und Elektrotechnik. Angesichts der weiterhin ausbleibenden Studenten für diese Fächer ist eine Verbesserung nicht in Sicht. Seit mehreren Jahren versucht das Kul-

tusministerium deshalb über Sondermaßnahmen Seiteneinsteiger einzustellen. Mit der anziehenden Konjunktur ist diesen Bemühungen derzeit jedoch wenig Erfolg beschieden. Die prekäre Versorgungslage wird noch verschärft dadurch, dass unsere gut ausgebildeten Lehrkräfte attraktive Angebote aus der Wirtschaft erhalten. Angesichts der wirklich geringen Verlockung, die 1083,62 Euro Anfangsgehalt für einen Referendar darstellen, ist es niemandem zu verübeln, wenn er den wesentlich attraktiveren Angeboten der Wirtschaft den Vorzug gibt.

Leider ist in dieser verfahrenen Situation eine schnelle Lösung nicht in Sicht. Jetzt rächt es sich, dass man der Attraktivität der Lehrämter und insbesondere des Lehramts an beruflichen Schulen in den zurückliegenden Jahren zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. Wenn nicht jetzt, wann dann ist der Zeitpunkt gekommen, notwendige Personalressourcen wieder realistisch wahrzunehmen und Lehrer nicht mehr nur nach Kassenlage sondern nach dem langfristigen Bedarf einzustellen? Um junge Menschen für unseren Beruf zu begeistern genügt es allerdings nicht, nur Einstellungsabsichten zu äußern. Es müssen auch die Bedingungen stimmen. Ohne angemessene Gehälter und akzeptable Arbeitsbedingungen – hier denke ich vor allem an die willkürlich, nach Gutsherrenmanier erhöhten Arbeitszeiten – werden wir auch in 10 Jahren noch über Lehrermangel an beruflichen Schulen klagen. Dabei wissen wir alle, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und damit unser Wohlstand zu einem großen Maß von der Qualität unserer Fachkräfte abhängt. Dafür zu sorgen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Politik. Ohne eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung werden wir auf Dauer an Konkurrenzfähigkeit einbüßen. Eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften für berufliche Schulen ist deshalb nicht nur ein Kostenfaktor im Personaletat unseres Finanzministers, sondern eine dringend notwendige Investition in die Zukunft unseres Landes. <

VLB organisiert Multiplikationsforum zu „LUZIA“:

Die Arbeitszeit der Lehrer ehrlicher und gerechter bilanzieren

HANS PREISSL

„Faul? – Von wegen! Viele Lehrer können von 40-Stunden-Wochen nur träumen – und von einer gerechteren Arbeitsteilung im Kollegium.“ Verlegen werden sich viele Kollegen bei der Lektüre der SZ die Augen gerieben haben. Weicht der an Stammtischen gemutmaßte Lehreralltag einer etwas rationaleren Betrachtung? Sind die demütigenden Jahre pauschaler Lehrerschelte in Lehrerhasserbüchern oder „Faule Säcke“-Zitaten zu Ende? Und erkennt das gerade die „Süddeutsche“, die ja weit davon entfernt ist. Als Massenblatt mit Anspruch nimmt sie offensichtlich sensibel wahr, wenn sich das Bild der Öffentlichkeit zu wandeln beginnt.

Ein großes Problem bestand ja bisher darin, dass die Lehrerarbeitszeit nicht hinreichend transparent war. In der öffentlichen Debatte wurde Lehrerarbeitszeit häufig mit der Zahl der zu erteilenden Unterrichtsstunden gleichgesetzt. Andere Tätigkeiten wurden weder erfasst noch beschrieben. Das machte es der Politik ja auch so leicht, den Schulen problemlos immer mehr Aufgaben aufzubürden. Und die einseitige Fixierung auf Unterrichtspflichtzeiten hat die gefühlte Arbeitszeit der Lehrer so kurz erscheinen lassen, dass über mehrfache Erhöhungen mühe- und kostenlos neue „Planstellenäquivalente“ erschlossen werden konnten.

Offensichtlich haben Debatten um PISA, Bildungsmisere oder Gewalt an Schulen den Blick dafür etwas geschärft, „wie hart die Arbeit im Klassenzimmer sein kann“. (SZ) In der Zwischenzeit gibt es auch hinreichend Studien, die mit dem Vorurteil vom „Halbtagsjobber“ gründlich aufräumen. Dieser Umschwung wird nun – wenn auch noch in sehr leisen Zwischentönen – selbst in Kultusbürokratien wahrgenommen. Auch das baye-

rische Staatsministerium für Unterricht und Kultus regelt die Erfassung der Unterrichtspflichtzeit für Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen neu.

Der VLB hat nun Bezirkspersonalräte und Schulleiter zu einer Multiplikationstagung eingeladen mit der Absicht die Intentionen des neuen LUZ – Wolfgang Lambl nennt es liebevoll LUZIA – in den Regionen zu kommunizieren. Verbandsvorsitzender Hans

Der schwäbische Bezirkspersonalrat Alois Rothermel (links) und der mittelfränkische Bezirksfürst Horst Lochner loten kritisch den Interpretationsspielraum der neuen Arbeitszeitregelung aus.



Käfler kündigte an, dass das neue Modell die Erfassung der Lehrerunterrichtszeit auf neue Füße stellen wird. Damit verlören alle bisherigen Direktiven zu LUZ ihre Gültigkeit. Die neue Regelung ersetze auch die „Vollzugshinweise“ aus dem Jahr 2000 und das Schreiben des Kultusministeriums aus dem Jahr 2005, das die „sonstigen schulischen Veranstaltungen“ betrifft. Das neue LUZ sei interpretationsfähig und damit mehrdeutig auszulegen. Der VLB habe die illustre Runde aus Schulleitern und Personalvertretern zusammengeholt, um den Auftrag des Kultusministeriums zu erfüllen „etwas Gescheites daraus zu machen“. Er empfahl den Schulen vor Ort, Dienstvereinbarungen mit dem Personalrat abzuschließen und Probleme gemeinsam und solidarisch anzugehen. Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl stellte den Teilnehmern die neue Regelung vor.



Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl erläuterte die Inhalte des Neuen „LUZ“.

Ziel der Neufassung sei es, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Deshalb soll auf eine detaillierte und zeitraubende Erfassung der eingebrachten Unterrichtswochenstunden während des Schuljahres weitgehend verzichtet werden. Gesondert erfasst wird deshalb in Zukunft nur noch die frühzeitige Beendigung des Unterrichts in den Abschlussklassen. Auch die Teilnahme von Lehrkräften an den Berufsabschlussprüfungen der Kammern wird gesondert geregelt.

Ermittlung des Jahressollstundenmaßes

Wie bisher schon errechnet eine einfache Formel das Jahressollstundenmaß der Lehrkräfte. Die wöchentliche Unterrichtspflichtzeit der Lehrerin oder des Lehrers wird mit der Zahl der Unterrichtstage multipliziert. Das Ergebnis wird durch fünf geteilt.

Eventuell zu berücksichtigende Anrechnungs-, Freistellungs- oder Ermäßigungsstunden sind vor der Multiplikation abzuziehen.

Für eine Lehrkraft, des höheren Dienstes, die in den Geltungsbereich des verpflichtenden Arbeitszeitkontos fällt, ergibt sich demnach folgende Rechnung

$$\text{Jahres-Sollstunden} = \frac{26 \times 190}{5}$$

Also muss die Lehrkraft im betreffenden Schuljahr 988 Unterrichtsstunden erteilen.

Diese Zahl wird als Basis genommen für die Einsatzplanung am Beginn des Schuljahres. Ziel ist es, den tatsächlichen Unterrichtseinsatz in

Der langjährige Dienstrechtsexperte des BLBS Alfons Ziller sieht das Kant-Zitat „Habe Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ als neuen „kategorischen Imperativ“ für Schulleiter.

lich. Damit kann auch noch während des Schuljahres auf eine veränderte Situation reagiert werden.

Besondere Regelungen gelten bei einem Unterrichtsausfall, der durch Abschlussprüfungen verursacht wird. Dabei unterscheidet das Ministerium zwischen schulischen Abschlussprüfungen und nicht schulischen Berufsabschlussprüfungen der Kammern.

Sonderfall Abschlussprüfung

Bei den schulischen Abschlussprüfungen wird unterschieden zwischen



VLB-Vorsitzender Hans Käfler sieht im neuen LUZ auch einen Hebel, um Defizite bei der Lehrerversorgung zu dokumentieren.



Das oberbayerische Bezirkspersonalratsduo Dr. Elfr. Bärwinkel (rechts) und Hans Sommerer sieht Spielräume für eine sachgerechtere Bilanzierung der Lehrerarbeitszeit.

Übereinstimmung zu bringen mit dem errechneten Sollstundenmaß. Falls diese Harmonisierung nicht gelingt, wird im darauf folgenden Schuljahr ein Ausgleich geschaffen.

Wenn ein Unterrichtsausfall während des Schuljahres vorhersehbar ist, weil die Schüler beispielsweise Praktika ableisten, so ist dies bei der Einsatzplanung zu Schuljahresbeginn schon zu berücksichtigen. Für eine gewisse Flexibilität bei diesem Abgleich sorgt das neu eingeführte freiwillige Arbeitszeitkonto. Das Schreiben des Ministeriums vom 13.4.2007 erlaubt es ja, die Unterrichtungspflichtzeit generell zu erhöhen beziehungsweise zu mindern. Die neuen LUZ-Vorgaben erlauben diese Änderung der Unterrichtungspflichtzeit nun auch zum Schulhalbjahr, vorausgesetzt sie geschieht einvernehm-

Lehrkräften, die als Prüfer teilnehmen und solchen, die sich nicht als Prüfer betätigen. Für prüfende Lehrkräfte gilt der dadurch verursachte Unterrichtsausfall durch die Korrektur der schriftlichen Abschlussarbeiten oder die Abnahme der mündlichen Prüfungen als eingebracht. Lehrer, die an der Prüfung nicht beteiligt sind, müssen den Unterrichtsausfall durch eine entsprechende Erhöhung des Unterrichtseinsatzes kompensieren. Diese Kompensation ist aber auch möglich durch sonstige zusätzliche dienstliche Tätigkeiten.

An einer völlig unscheinbaren und unverdächtigen Stelle also setzt das KM ein ganz entscheidendes und wichtiges Signal, das hoffentlich eine Trendwende einläutet. Es scheint die vorherrschende Praxis aufweichen zu

wollen, dass die Arbeitszeit der Lehrer allein über Pflichtstundendeputate definiert wird. Diese bisherige problematische Praxis lässt die Lehrerinnen und Lehrer allein, wie sie mit ihren übrigen pädagogischen und gesellschaftlichen Aufgaben zeitlich klarkommen. Dass diese Praxis höchst unbefriedigend ist, kritisieren Experten schon seit langem. Besonders deutlich formuliert diese Kritik die zweite Potsdamer Lehrerstudie, die Uwe Schaar Schmidt und Ulf Kieschke gerade vorgelegt haben.

„Angesichts der Vielfalt an Aufgaben und der immer neuen Forderungen, die heute an Lehrer gestellt werden, muss diese Praxis im Umgang mit der Arbeitszeit geradezu zwangsläufig zulasten der Lehrergesundheit aber auch zulasten Qualität der Leh-

rerarbeit gehen.“ Die Studie fordert dazu auf, die Regelung der Lehrerarbeitszeit endlich als Gestaltungsaufgabe zu begreifen und dieser Aufgabe die Kriterien Qualität und Lehrergesundheit zugrunde zu legen.

Hoffentlich widersteht deshalb das Ministerium – wie angekündigt – allen Versuchungen, denjenigen Schulleitern und Regierungen, denen es an Rückgrat fehlt und an „Mut sich des eigenen Verstandes zu bedienen“, mit exgetischen Hilfen beiseite zu stehen.

LUZIA: Die Lehrerarbeitszeit kann ehrlicher bilanziert werden

Die jetzt auch formale Anerkennung der Tatsache, dass den Lehrern über die reine Unterrichtszeit hinaus genügend Raum bleiben muss für die an Vielfalt und Umfang zunehmenden anderen pädagogischen und gesellschaftlichen An- und Herausforderungen, ist ein erster zarter Versuch, die Lehrerarbeitszeit ehrlicher und realitätsnäher zu bilanzieren als bisher üblich. Diese Tatsache hat Wolfgang Lambl dazu inspiriert, für das neue „Arbeitszeitmodell“ einen passenden Namen zu finden: LUZIA (Lehrer Unterrichtszeit Insgesamt Anrechnen). Damit wird deutlich dokumentiert: Unterricht ist mehr als Stunden halten.

Über Art und Umfang der Kompensation will das Ministerium die Schulleiter entscheiden lassen. Etwas anders stellt sich die Situation bei den Berufsabschlussprüfungen der Kammern dar. Sowohl bei den Abschlussklassen als auch bei den Nichtabschlussklassen wird der Unterrichtsausfall als Minus erfasst. Allerdings kann dieses Minus mit Zuteilung von Stunden aus dem Prüfungspool ausgeglichen werden. Auch hier liegt die Entscheidungskompetenz beim Schulleiter.

Die Erbsenzählerei beenden

Bei dem Unterrichtsausfall, der nicht vorhersehbar ist, möchte das Ministerium die bisherige Erbsenzählerei beenden. So werden beispielsweise Ausfallstunden als Folge von Schulveranstaltungen grundsätzlich nicht mehr spitz erfasst. Das Gleiche gilt allerdings auch für nicht vorherseh-

bare Unterrichtsmehrung während des Schuljahres. Hier bildet allerdings die angeordnete Mehrarbeit eine Ausnahme: bei Lehrerinnen und Lehrern, die angeordnete Mehrarbeit leisten, müssen der Unterrichtsausfall und die Unterrichtsmehrung während des Jahres erfasst und bei Bedarf verrechnet werden.

Eine lebhafte und engagiert geführte Debatte entwickelte sich darüber, wie man möglichst pragmatisch mit der neuen Regelung umgehen kann. Dabei zeichneten sich einige Konsenslinien ab.

Es wird davor gewarnt eine generalisierte Regelung flächendeckend für ganz Bayern durchsetzen zu wollen.

Es soll vielmehr die Chance gesehen werden, die in der Nutzung des Spielraums vor Ort liegt: Jede Schule soll sich an den jeweiligen Bedürfnissen nach Gerechtigkeit orientieren können.

Die Mehrarbeitsverordnung darf nicht dafür missbraucht werden, um gehaltene Stunden unter den Tisch fallen zu lassen.

VLB-Initiative erfolgreich:

„Rückgabe“ der eingesparten Anrechnungsstunden erster Erfolg

WOLFGANG LAMBL

Das Kultusministerium hatte mit den Schreiben vom 27.08.2004 und 23.05.2005 die im Nachtragshaushaltsgesetz 2004 beschlossene Einsparung durch Kürzung der Anrechnungsstunden und durch den Einzug von Planstellen umgesetzt.

Die Einsparung durch Kürzung der Anrechnungsstunden hat bewirkt, dass an den Berufsschulen durchschnittlich 15 % weniger Stunden im Anrechnungsstundentopf „für Aufgaben der Schulverwaltung und pädagogische Aufgaben“ vorhanden sind. Der Verband protestierte bei allen

Das pädagogische Ethos darf Lehrkräfte nicht dazu antreiben sich über Gebühr zu belasten.

Bei der Planung sollen Plusstunden nach Möglichkeit vermieden werden. Vielmehr gilt es das kreative Potenzial zu nutzen, das im Minus steckt.

Das Planstellendefizit offenlegen

Ein besonderes Anliegen ist es Hans Käfler die Engpässe bei der Unterrichtsversorgung nicht länger durch gut gemeinte Trickereien zu kaschieren. Es sei grundsätzlich falsch Klassen zusammenzulegen, Teilungen aufzuheben oder Gruppen mitzuführen. Darunter leide die Qualität des Unterrichts. Solche Ausfallvermeidungsstrategien seien zudem nicht zu verantwortende Planstellenverhinderungsstrategien.

Deshalb plädierte Käfler dafür die Versorgungslage an den Schulen schonungslos aufzuzeigen und so zu dokumentieren, dass die beruflichen Schulen mit Planstellen deutlich unterversorgt sind.

den bleibt den Regierungen vorbehalten. Herr Staatsminister Siegfried Schneider hat diese Lockerung den Schulleitern auf einzelnen Direktorenkonferenzen bereits in Aussicht gestellt. Der Grund für diese erfreuliche Maßnahme liegt in der Tatsache, dass bei Schularten, die die Anrechnungstunden nach Lehrerkapazitäten ermitteln – wie es die beruflichen Schulen tun – über die Jahre ohnehin ein deutlicher Einspareffekt gegenüber den Schularten erzielt wurde, die die Anrechnungstunden nach Schülerzahlen bemessen.

Staatsminister Schneider und Ministerialdirigent Dr. Müller gebührt Anerkennung und Lob für diese „Rückgabe“ der Anrechnungstun-

den. So können nunmehr insbesondere die pädagogischen Aufgaben der Lehrkräfte aber auch Projekte der Schulentwicklung angerechnet werden. Dadurch wird letztlich ein Signal in die richtige Richtung gegeben und die Belastung der Kolleginnen und Kollegen kann zu einem Teil ausgeglichen werden.

Damit ist für den Verband und den Hauptpersonalrat ein erstes Etappenziel erreicht, denn Forderung und Ziel bleibt weiterhin, die Anrechnungstundenausstattung der FOS/BOS auf allen beruflichen Schulen zu übertragen und die Stellvertreter mit zusätzlichen Anrechnungstunden auszustatten, analog zu den Regelungen der anderen Schularten. <

Ministerin fordert bei EU-Konferenz zur Berufsbildung internationale Leistungsvergleiche:

Schavan: „Wir brauchen Berufsbildungs-PISA in Europa“

Pressemitteilung BMBF

Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat bei der Eröffnung der EU-Berufsbildungskonferenz am Montag in München vorgeschlagen, internationale Leistungsvergleiche zu den Berufsbildungssystemen durchzuführen: „Die Ergebnisse der PISA-Studie zur Allgemeinbildung haben einen erheblichen Reformschub ausgelöst. Ähnliches ist auch in der beruflichen Bildung überlegenswert“. Das „Berufsbildungs-PISA“ soll nach Plänen der Bundesbildungsministerin „feststellen, was jemand kann – und nicht, in welcher Institution und mit welcher Dauer ein Bildungsgang absolviert wurde“. Damit könnten Berufsausbildungen, die in Deutschland nichtakademisch erworben werden, mit ähnlichen Ausbildungen in anderen Staaten, die dort akademisch vermittelt werden, verglichen werden.

Als Beispiele nannte Schavan Ausbildungen zu Krankenschwestern oder Optikern. Wenn sich bei den Untersu-

chungen herausstellen sollte, dass die erworbenen Kompetenzen kompatibel sind, hätte dies erhebliche Bedeutung für die Neueinstufung von deutschen Berufsbildungsabschlüssen im internationalen Ranking. „Ein solches „Berufsbildungs-Pisa“ könnte bei Erfolg als Blaupause für die gesamte EU-Berufsbildungspolitik genutzt werden“, so Schavan. Zurzeit werden im Bundesbildungsministerium gemeinsam mit mehreren EU-Staaten und deutschen Partnern die Möglichkeiten zur Umsetzung eines solchen Modells geprüft.

Die Bundesbildungsministerin unterstrich in diesem Zusammenhang, dass das deutsche duale Ausbildungssystem zunehmend von anderen Staaten als attraktives Modell übernommen werde: „Die duale Ausbildung ist in Europa auf dem Vormarsch“, so Schavan, „und sie kann von solchen internationalen Vergleichsuntersuchungen nur profitieren.“ Bei den Untersuchungen sollen die Lernergebnisse nach der beruflichen Ausbil-

dung beim Übergang in den Arbeitsmarkt gemessen werden.

Mobilität ist Schlüsselthema in München. „Europa braucht mehr Mobilität seiner Auszubildenden – nur so können wir im internationalen Wettbewerb bestehen“, sagte Schavan. Gemeinsam mit dem EU-Bildungskommissar Ján Figel machte Schavan deutlich, dass in der beruflichen Bildung weitere konkrete Schritte zur Stärkung eines europäischen Bildungsraums nötig sind. Im Mittelpunkt der Konferenz mit über 400 Teilnehmern aus 33 europäischen Staaten steht der Abschluss der Beratungen zum europäischen Leistungspunktesystem ECVET. Damit sollen Lernergebnisse messbar, grenzübergreifend bewertbar und in Form von Leistungspunkten sichtbar gemacht werden – und dadurch Wechsel einfacher möglich werden. „Das Leistungspunktesystem hilft uns dabei, Berufschancen für junge Menschen in Europa weiter zu öffnen“, betonte Schavan.

Die Teilnehmer der Konferenz im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft ziehen Bilanz der bisherigen Fortschritte bei der europäischen Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung. Zudem diskutieren die Teilnehmer weitere Bildungsinitiativen, um den technologischen, wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen in Europa gerecht zu werden. Kernthemen sind dabei die deutliche Steigerung von Auslandsqualifizierungen in Europa, die europäische Öffnung nationaler Berufsordnungen und die Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschulen. Im Zentrum stehen zudem die Umsetzung der neuen EU-Initiativen in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Dazu gehören der Europäische Qualifikationsrahmen, der die Vielfalt der Ausbildungsgänge transparenter macht, und das Europäische Leistungspunktesystem ECVET.

„Wir haben die Grundlage für eine neue Ära in der europäischen Berufsbildung gelegt“, sagte Schavan mit Blick auf die Ergebnisse der deutschen EU-Präsidentschaft in der beruflichen Bildung. Als Beispiele nann-

te sie den Start des bislang größten EU-Bildungsprogramms **Lebenslanges Lernen** mit einem Volumen von sieben Milliarden Euro, das Europäische Leistungspunktesystem und den Europäischen Qualifikationsrahmen, der Ende 2007 verabschiedet werden soll. Schavan nann-

te klare Ziele: „Wir wollen die Zahl der Auszubildenden in Deutschland, die sich im Ausland qualifizieren, verdoppeln.“ Außerdem müsse das strategische Marketing deutscher und europäischer Bildungsangebote auf dem internationalen Bildungsmarkt vorangetrieben werden. <

Gemeinsame Position der Beauftragten der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Länder des BIBB-Hauptausschusses zur Pilotinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF):

Ausbildung für Altbewerber über Ausbildungsbausteine

Pressemitteilung des BIBB

Die duale Ausbildung garantiert für viele Jugendliche eine qualitativ hochwertige, bundesweit einheitliche berufliche Qualifizierung – und somit auch die Mobilität von Arbeitskräften, deren Einsatz in Unternehmen sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Mitwirkung.

Die Berufsausbildung im Zusammenspiel von Betrieb und Berufsschule muss auch in Zukunft die Basis für ein erfolgreiches Berufsleben legen und zugleich den Startschuss für das lebenslange Lernen in der Arbeitswelt geben.

Deswegen muss die duale Ausbildung für alle Partner im System attraktiv bleiben und sich dafür auch ständig weiter entwickeln.

Durch die Problematik der angespannten Ausbildungs- und Arbeitsmarktlage in den letzten Jahren sowie der teilweise sehr heterogenen persönlichen und schulischen Biografien ist die Gruppe derjenigen Jugendlichen groß, die als so genannte „Altbewerber“ noch keinen erfolgreichen Einstieg in eine duale Berufsausbildung gefunden haben. Deshalb unterstützen die Beauftragten der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Länder des BIBB-Hauptausschusses grundsätzlich das Anliegen des BMBF, die Zahl der Altbewerber in den nächsten Jahren deutlich zu reduzieren.

Die dazu in der vom BMBF angekündigten Pilotinitiative „Ausbildung für Altbewerber über Ausbildungsbausteine“ aufgeführten Maßnahmen müssen jedoch in der Weise angelegt sein, dass folgende Kriterien berücksichtigt werden:

- Die Umsetzung darf zu keinen das duale Ausbildungssystem schwächenden Effekten führen.
- Bei der Bestimmung der für die Qualifizierungsmaßnahmen in Frage kommenden Berufe sowie bei der Entwicklung der Bausteine sind die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen – auch in der Region – zu beteiligen. Die Ausbildungsbausteine haben die Ausbildungsordnung und den Rahmenlehrplan zu berücksichtigen. Die Qualifizierung in Ausbildungsbausteinen ist strikt nachrangig zur regulären Berufsausbildung auszurichten. Daher ist die Zielgruppe der Altbewerber für diese Pilotinitiative entsprechend einzugrenzen.
- Die Laufzeit der Pilotinitiative und in Folge die Durchführung der Maßnahmen ist auf den Zeitraum zu beschränken, in dem durch die demografische Entwicklung von Schulabsolventinnen/-absolventen die Kapazitäten des dualen Systems nicht ausreichen.
- Nur solche Institutionen sind als Maßnahmenträger für die Pilotinitiative geeignet, die eine qualitativ

hochwertige Qualifizierung garantieren können, mit der vor allem die Einmündung der Altbewerber in ein reguläres Ausbildungsverhältnis genauso wie die Hinführung zur Externenprüfung weitgehend sichergestellt werden kann.

• Die von Altbewerbern erfolgreich absolvierten Ausbildungsbausteine können von den Betrieben auf eine reguläre Berufsausbildung angerechnet werden, damit die gesamte Ausbildungszeit für die betroffenen Altbewerber nicht unnötig ausgeweitet wird. Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft setzen sich für die Nutzung der Anrechnungsmöglichkeiten ein, wo es betrieblich sinnvoll und möglich ist.

• Im Programm sind Regelungen zu treffen, die Substitutionseffekte vermeiden. Außerdem sollen Maßnahmen vorgesehen werden, die darauf abzielen, das Ausbildungsangebot insgesamt zu erhöhen.

Den bisherigen Ankündigungen zufolge nimmt die Pilotinitiative des BMBF das auf, was auf regionaler Ebene gerade auch unter Beteiligung der Organisationen der Wirtschaft, der Länder sowie der Arbeitsagenturen bereits vielfach praktiziert wird. Deshalb werden sich die Beauftragten der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Länder des BIBB-Hauptausschusses im Rahmen der regionalen Umsetzung der Pilotinitiative verstärkt engagieren, damit Altbewerber so schnell wie möglich eine Ausbildungschance bekommen.

Die Beauftragten der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Länder des BIBB-Hauptausschusses plädieren aber für eine realistische Einschätzung der qualitativen und quantitativen Wirkungen der Pilotinitiative und geben insbesondere folgende Argumente zu bedenken:

• Vor dem Hintergrund der bisher bekannten Überlegungen zur Ausgestaltung der Pilotinitiative ist zeitnah zu evaluieren, inwieweit die Maßnahme greift, gegebenenfalls erweitert und/oder ergänzt werden muss.

- Die Anwendung der Ausbildungsbausteine ist, insbesondere mit Blick auf ihre systemische Wirkung auf die duale Berufsausbildung, zu evaluieren.
- Der Rekrutierungserfolg ist zu evaluieren, da die Erfahrung bei Länderprogrammen zur Qualifizierung von Jugendlichen auf der Basis von Bausteinen zeigt, dass die Planungsansätze und die realisierte Teilnehmerzahl sowie der Maßnahmenerfolg auseinander driften.
- Bei einem Umstieg auf Ausbildungsbausteine bleibt der Jugendliche im Übergangssystem, dessen Größe deshalb auch nicht schrumpft. Ebenso bleibt der Altbewerber ein Altbewerber, solange er kein reguläres Auszubildungsverhältnis antreten kann. Damit das Programm nicht als Notlösung betrachtet wird, ist eine fundierte Betreuung und Begleitung der Jugendlichen erforderlich.
- Die Beauftragten der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Länder des BIBB-Hauptausschusses plädieren abschließend für folgende Aktivitäten:
- Über das BMBF-Pilotprojekt „Ausbildung für Altbewerber über Ausbildungsbausteine“ hinaus sind weitere zielgerichtete Maßnahmen zu initiieren. Hierzu haben beispielsweise die Wirtschaftsorganisationen sowie die Gewerkschaften konkrete Vorschläge in den „Innovationskreis Berufliche Bildung“ (IKBB) eingebracht.
- Die vielfältigen Maßnahmen der Vorbereitung auf die Berufsausbildung sind qualitativ zu verbessern, damit die Übergangsquote in die duale Ausbildung erhöht wird.
- Das BMBF sollte dem BIBB-Hauptausschuss Erfahrungen der Länderprogramme für Altbewerber bzw. mit Baustein- bzw. Teilqualifikationen zur Verfügung stellen. Gerade die neuen Bundesländer haben in den vergangenen Jahren mit vielfältigen Maßnahmen auf die Knappheit an Ausbildungsplätzen reagiert.
- Die Maßnahmen im Rahmen des Bund-Länder-Programms, die vom BIBB evaluiert wurden, bieten eine gute Basis für eine Best-Practice-Sammlung, die verfügbar gemacht werden sollte. <

dbb appelliert an Kultusminister der Länder:

Lehrerbelastung ernster nehmen

Pressemitteilung dbb

Der dbb hat die Kultusminister aufgefordert, die Klagen über die wachsende Arbeitsbelastung der Lehrer in Deutschland ernster zu nehmen. Probleme mit gewaltbereiten Jugendlichen, Alkohol und Drogen in der Schule, Lernschwächen und soziale Probleme sowie eine Flut von Verwaltungsaufgaben kennzeichnen heute immer mehr den Berufsalltag der Pädagogen, sagte Bundesvorsitzender Peter Heesen am 14. Juni 2007 im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur dpa. Wir erwarten von den Kultusministern dringend mehr Prävention gegen Überlastung

und Selbstausbeutung im Lehrerberuf.

Auf ihrem Treffen in Berlin am selben Tag sprechen die Kultusminister auch mit den dbb Lehrgewerkschaften über die Arbeitssituation der Pädagogen und über Verbesserungen in der Lehrerausbildung. Am 15. Juni wird vor der Kultusministerkonferenz der Potsdamer Psychologieprofessor Uwe Schaarschmidt eine im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion erarbeitete Studie zur Lehrerbelastung vorstellen. Die Studie belegt, dass jeder zweite Lehrer in Deutschland überlastet ist und fast jeder dritte Anzeichen von Selbstüberforderung und Resignation zeigt, sagte Heesen.

Der dbb wolle sich nicht mehr damit begnügen, die prekäre Arbeitssituation nur anzuprangern. Man habe deshalb den Kultusministern ein umfassendes Präventionspaket auf den Tisch gelegt. Heesen: Wir erwarten, dass damit auch gearbeitet wird. Die Lehrerausbildung müsse entschieden reformiert werden.

Heesen verwies darauf, dass der dbb auf der Basis der Schaarschmidt-Studie für die betroffenen Kollegen im Internet einen interaktiven Lehrer-Check eingerichtet hat, mit dem sie ihre eigene Belastungssituation analysieren könnten. Auch Studienanfänger, die sich für den Lehrerberuf interessieren, können auf dieser Homepage ihre Eignung für diesen stressigen, aber schönen Beruf testen.

Die im Rahmen der Studie entwickelten diagnostischen Materialien können online bearbeitet werden:

<http://www.dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/3151.php>

Drei Prozent mehr Besoldung ab 01.10.2007 – ein bundesweit einmaliges Ergebnis:

Leistungen der bayerischen Beamtinnen und Beamten werden anerkannt

ANETTE EGGLE / ROLF HABERMANN

Ein bundesweit einmaliges Ergebnis konnte die Delegation des BBB-Vorstands in ihrem Spitzengespräch mit Ministerpräsident Edmund Stoiber und Finanzminister Kurt Falthausen erzielen:

- Drei Prozent Besoldungserhöhung ab 01.10.2007 für Beamte und Versorgungsempfänger sowie entsprechende Erhöhung der Anwärtergrundbeträge
- Erhöhung des Familienzuschlags für Beamtinnen und Beamte ab dem 3. Kind um jeweils 50,- Euro ab 01.10.2007

Der BBB bedankt sich bei allen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, die durch zahlreiche politische Gespräche geholfen haben, dieses Ergebnis zu erreichen!

Keine Benachteiligung mehr gegenüber Tarifentgelt

Mit dem erzielten Ergebnis wurde endlich die jahrelange Praxis aufgegeben, den Beamtenbereich gegenüber dem Tarifbereich zu benachteiligen, indem Anpassungen überhaupt nicht, nur verringert oder/und zeitverzögert nachvollzogen wurden (vgl. die Anlagen 1 bzw. 2). Seit 1991 fanden die Erhöhungen im Besoldungsbereich regelmäßig mehrere Monate später und immer wieder nur reduziert statt.

Für Tarifbeschäftigte ist im TV-L erst zum 01.01.2008 eine Erhöhung um 2,9 Prozent vorgesehen. Zusätzlich erhalten die Beschäftigten mit dem Dezembergehalt 2007 rund 1 Prozent ihres Jahrestabellenentgelts 2007 ausbezahlt (einmalig 12 Prozent des Tabellenentgelts für September 2007). Dies wird für die Beamten durch den vor-

gezogenen Auszahlungszeitpunkt sowie den zusätzlichen Familienzuschlag mehr als wettgemacht.

Bundesweit einmaliges Ergebnis

In keinem anderen Bundesland wurden derartige Verbesserungen erreicht

Der BBB konnte im Rahmen der Verhandlungen die Staatsregierung überzeugen, dass die Leistungen der bayerischen Beamtinnen und Beamten – sei es im Rahmen der tagtäglichen Arbeit oder ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung – angesichts steigender Steuereinnahmen endlich einer angemessenen Anerkennung bedürfen.

Zum Vergleich: Niedersachsen, als einziges Bundesland, das nach derzeitigem Stand eine der Höhe nach identische Anpassung vornimmt, gewährt diese erst ab 01.01.2008, allerdings bei weitgehender Streichung des Weihnachtsgeldes. Auch Schleswig-Holstein zahlt lediglich ab 01.01.2008 2,9 Prozent mehr. Hessen hat erst ab 01.04.2008 eine Erhöhung um 2,4 Prozent vorgesehen und Baden-Württemberg erhöht zum 01.01.2008 um 1,5 Prozent und erst ab 01.08.2008 bzw. 01.11.2008 um weitere 1,4 Prozent. In Rheinland-Pfalz erfolgt je nach Laufbahngruppe lediglich eine Erhöhung um 0,5 bis 1,7 Prozent zum 01.07.2007 und um weitere 0,5 Prozent bzw. ein (teilweiser) Inflationsausgleich zum 01.07.2008. In vielen anderen Ländern sind bisher noch gar keine Aussagen zu einer Besoldungsanpassung getroffen.

Leistungen endlich anerkannt

Der Ministerpräsident erkannte an: „Die Beamten haben in den vergangenen Jahren der geringen Steuerein-

nahmen und der Konsolidierung erhebliche Beiträge geleistet, zum Beispiel mit der 42-Stunden-Woche und dem Verzicht auf Besoldungserhöhungen seit über drei Jahren. Es ist mir auch ein persönliches Anliegen, dass die Normalisierung der Steuereinnahmen auch bei den Beamten ankommt und der Freistaat Bayern ihre Leistungen anerkennt. Das haben unsere Beamten für ihre gute Arbeit verdient.“

Hinweis für Versorgungsempfänger

Mit der Besoldungsanpassung greift eine weitere Stufe der im Versorgungsänderungsgesetz 2001 geregelten Absenkung des Versorgungsniveaus von früher 75 Prozent auf letztendlich 71,75 Prozent. Die Absenkung erfolgt in acht Stufen jeweils zusammen mit einer Besoldungsanpassung. Gemäß § 69 e BeamtVG sind die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nach jeder Bezügeanpassung mit einem neuen (niedrigeren) Anpassungsfaktor zu berücksichtigen. Im Ergebnis erhalten Versorgungsempfänger daher eine Bezügeerhöhung, die allerdings naturgemäß niedriger ausfällt als im aktiven Bereich.

Bei der jetzt angekündigten Anpassung handelt es sich um die vierte, im Rahmen derer eine weitere Absenkung durchgeführt wird. Künftig gilt dann ein Anpassungsfaktor von 0,97833.

Erhöhung des Familienzuschlags

Mit Erhöhung des Familienzuschlags für das dritte und weitere Kinder wird der jahrelangen Unteralimentation kinderreicher Beamter endlich entgegen gewirkt. Eine gleichartige Regelung findet sich derzeit nur im Bundesbereich und ist in Hessen lediglich beabsichtigt. Andere Länder halten ähnliche familienbezogene Komponenten deutlich geringer.

Weitere Gespräche zur Wiederbesetzungssperre und zur Versorgung aus dem letzten Amt

Obwohl nicht alles erreicht werden konnte, was der BBB sich zum Ziel gesetzt hatte – in der Frage der Ar-

beitszeit zeigte die Staatsregierung keinerlei Bewegung – kann sich das Erreichte durchaus sehen lassen. Hinsichtlich noch offener Punkte werden in den nächsten Wochen und Monaten weitere Gespräche stattfinden. Zum einen muss endlich die bereits seit Jahren geltende Wiederbesetzungssperre deutlich verringert, wenn nicht abgeschafft werden. Zum anderen wartet auch die durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgeworfene Problematik der Versorgung aus dem letzten Amt auf eine Lösung. Hier müssen Versorgungsempfänger, die auf das rechtmäßige Handeln ihres Dienstherrn vertraut haben, niedrigere Versorgungsbezüge hinnehmen, als ihnen aufgrund der materiellen Rechtslage zustehen würde. Obwohl ein rechtliches Vorgehen hiergegen nicht mehr möglich ist (entgegenstehende Rechtskraft), hält der BBB diesen Zustand im Rahmen eines vertrauensvollen Miteinanders für nicht tragbar.

Wir bleiben am Ball und werden über die weitere Entwicklung berichten!

Siehe auch neue Besoldungstabelle auf der „Letzten Seite“

Anhörung im Deutschen Bundestag zur BAföG-Reform:

SPD will elternunabhängiges BAföG für BOS-Schüler erhalten

HANS PREISL

Im Frühjahr, hatte sich die VLB-Spitze zu einem Sondierungsgespräch mit der BAföG-Berichterstatteerin der SPD Renate Schmidt getroffen. Die frühere Bundesministerin war auch Podiumsteilnehmerin bei einer Protestveranstaltung, die der Bezirksverband Niederbayern organisiert hatte. Renate Schmidt hat den Verband nun über die aktuelle Entwicklung in der BAföG-Debatte informiert.

Der Protest des VLB gegen die Kürzung des elternunabhängigen BAföG für BOS-Schüler scheint Früchte zu tragen.



derbetreuungszuschlags, die Verbesserung bei Auszubildenden mit Migrationshintergrund, die Mitnahmemöglichkeit des BAföG ins EU-Ausland ab dem ersten Semester sowie die Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze wurde grundsätzlich begrüßt.

- Kritisch gesehen wurde die seit den 70er Jahren unveränderte Vermögensfreigrenze von lediglich 5.200 Euro sowie die gerade für zeitlich nicht konsekutive Master-Studi-

Am 21. Mai 2007 hat der Deutsche Bundestag eine Anhörung zur BAföG-Reform durchgeführt. Aus der Sicht der SPD-Bildungsexpertin hatte diese Anhörung folgende wesentliche Ergebnisse:

- Alle Sachverständigen haben die Notwendigkeit einer deutlichen BAföG-Erhöpfung von mindestens 9 Prozent für die Einkommensgrenzen und mindestens 10 Prozent für die Bedarfssätze betont. Das sichert den Geförderten-Anteil von mindestens 25 Prozent ab, und gleicht den Erhöhungsbedarf der letzten sechs Jahre aus. Es herrscht unter den Experten Einigkeit, dass dies allerhöchste Priorität habe und längst überfällig sei.
- Die geplante Einführung eines Kin-

engänge hinderliche Altersgrenze von 30.

- Die von Bundesministerin Annette Schavan im Gesetzentwurf vorgeschlagene Einschränkung der elternunabhängigen Kollegiatenförderung ist rundweg abgelehnt worden. Befürchtet wird nämlich ein erheblicher Rückgang der Bildungsteilnehmer auf dem beruflichen Bildungsweg. Auch zahlreiche Einrichtungen wären in der Existenz gefährdet.

Insgesamt sieht die SPD-Bundestagsfraktion ihre Position bestätigt. Bereits früh habe Peter Struck, darauf hingewiesen, dass die SPD eine Erhöhung noch in dieser Legislaturperiode durchsetzen wolle und eine

Verschlechterung bei den Kollegiaten nicht mitmachen werde.

Ziel der Bildungspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion ist es nun, zügig zu einem BAföG-Paket zu kommen. Kerninhalt aus SPD-Sicht ist die Erhöhung der Bedarfssätze sowie der Freibeträge. Ebenfalls darin enthalten sein sollen die positiven Aspekte des Gesetzentwurfs zur 22. Novelle, wie der Kinderbetreuungszuschlag, die vorgeschlagene Migrantenregelung sowie die neue Hinzuverdienstgrenze. Nicht übernehmen will die SPD die vorgeschlagene Einschränkung bei den Kollegiaten.

Förderunterricht und Vorkurs:

Brückenangebote verbessern die Erfolgsquoten

HERBERT MÜLLER / RUDOLF GEIER

Die Fachoberschule soll unter dem Dach der geplanten „Beruflichen Oberschule“ für Schülerinnen und Schüler mit einem eher praxisorientierten Lernzugang zu einem zweiten, gleichwertigen, beruflichen Bildungsweg zur Fachhochschule und – für besonders begabte Schülerinnen und Schüler – zur Hochschule ausgebaut werden. Um den Übergang aus unterschiedlichen Bildungsgängen an die Fachoberschule zu erleichtern und die Erfolgsquote zu erhöhen wurden vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus „Brückenangebote“ an sechs Versuchsschulen in Bayern eingerichtet. Dieses Angebot besteht aus einem Vorkurs für Schülerinnen und Schüler des M-Zugs der Hauptschule und des H-Zweigs der Wirtschaftsschule sowie aus klassenübergreifendem Förderunterricht in der 11. Jahrgangsstufe für alle Schülerinnen und Schüler mit Defiziten in Einzel-fächern. Die Fachoberschulen Altötting und Neumarkt i.d.OPf. wurden ausgewählt, diese Fördermaßnahmen in der Praxis zu erproben.

Für dieses Paket hat die SPD-Bundestagsfraktion mindestens 290 Mio. Euro neue Mittel im Bundeshaushalt für das BAföG gefordert. Damit wären Erhöhungen wie vom 17. BAföG-Bericht gefordert ebenso möglich, wie die Umsetzung zahlreicher der oben angeführten Forderungen. Von den Haushaltsberatungen ist abhängig, wann weicher Baustein des BAföG-Paketes in Kraft treten kann. Die BAföG-Erhöpfung soll spätestens zum Wintersemester 2008/09 in Kraft treten.

Schulart – erleichtert werden. Dieser Unterricht zur individuellen Förderung fand im 1. Halbjahr des Schuljahres 2006/07 statt. Im 2. Halbjahr läuft ein Vorkurs speziell für die Schülerinnen und Schüler des M-Zugs der Hauptschulen und des H-Zweigs der Wirtschaftsschulen.

Förderunterricht in den Fächern Englisch, Mathematik, Physik und BWR im 1. Halbjahr des Schuljahres 2006/07

Die Einweisung in den Förderunterricht erfolgte durch die Klassenkonferenz. Als Grundlage dienten die mitgebrachten Vornoten in den entsprechenden Fächern und die Ergebnisse in den Eingangstests in den Fächern Englisch, Mathematik und Physik. Im Fach BWR erfolgte die Einweisung bei fehlenden Vorkenntnissen. An der FOS Altötting nahmen insgesamt 199 (61 Prozent) Schülerinnen und Schüler der 11. Jahrgangsstufe am Förderunterricht teil, an der FOS Neumarkt 177 Schülerinnen und Schüler (59 Prozent). Der Unterricht war für alle eingewiesenen Schülerinnen und Schüler verpflichtend. Der Förderbedarf ist bei den Absolventen und Absolventinnen der Hauptschulen und Wirtschaftsschulen am größten. 95 Prozent der M-Schüler wurden in den Förderunterricht eingewiesen.

Die Organisation des Förderunterrichts erfolgte in klassenübergreifenden Gruppen in den Fächern Englisch, Mathematik, Physik und BWR. An der FOS Altötting konnten beispielsweise im Fach Englisch 4 Gruppen, im Fach BWR 3 Gruppen, im Fach Physik eine Gruppe mit 20 Schülern und im Fach Mathematik 5 Gruppen gebildet werden. Pro Fach wurden zwei Wochenstunden – auch während der Praktikumsphase – erteilt.

An der FOS Neumarkt wurde Förderunterricht in den Fächern Englisch, Mathematik und BWR angeboten; aus organisatorischen Gründen allerdings nicht in der Praktikumswoche, wobei der Wechsel an unserer Schule wöchentlich erfolgt und damit der Abstand zur Schulwoche nicht zu groß ist.

Es wurde festgestellt, dass diejenigen Schüler, die die Probezeit nicht



Brückenangebote erleichtern den Übergang an die Fachoberschule und machen damit das dreigliedrige Schulwesen durchlässiger.

bestanden, nicht nur wegen mangelnder Vorkenntnisse scheiterten sondern häufig auch wegen fehlender Motivation und mangelhafter oder nicht oberstufengerechter Arbeitshaltung, was sich u. a. in schlechten Noten in sogenannten Lernfächern niederschlug. Es wurde großer Wert darauf gelegt, dass das Niveau des regulären Unterrichts in der 11. Jahrgangsstufe beibehalten wurde. Am Ende des Förderunterrichts wurde eine Evaluation durchgeführt. Die Schülerinnen und Schüler waren überwiegend mit dem Unterricht zufrieden. Auch die Ergebnisse nach Ablauf der Probezeit sprechen für den Erfolg des Förderunterrichts. In Neumarkt lag die Erfolgsquote (Schüler mit bestandener Probezeit / Schüler bei Eintritt in die 11. Klasse) der Schüler mit Förderunterricht bei 91 Prozent (M10 Schüler: 86 Prozent), bei den Schülern ohne Förderunterricht dagegen 79 Prozent. Fazit: Der Förderunterricht ist ein sinnvolles Angebot, das von den meisten Schülerinnen und Schülern gerne angenommen wurde.

Vorkurs für Schülerinnen und Schüler des M-Zuges der Hauptschule und des H-Zweigs der Wirtschaftsschule im 2. Halbjahr des Schuljahres 2006/07

Vor der Anmeldung fand in Altötting wie in Neumarkt bereits im vergangenen Schuljahr jeweils eine Infor-

mationsveranstaltung für die Hauptschulen in den entsprechenden Landkreisen statt. Nach der Vorstellung der Ausbildungswege an der FOS und im M-Zug der Hauptschule erfolgte eine intensive und informative Aussprache aller Teilnehmer über die Probleme der unterschiedlichen Schultypen. Die Kolleginnen und Kollegen der Hauptschulen und die Leiter der Schulämter zeigten sich sehr daran interessiert, Rückmeldungen über den Leistungsstand ihrer Absolventen zu erhalten. Neben organisatorischen Rahmenbedingungen zum Vorkurs wurde auch eine gegenseitige Hospitation der Lehrkräfte vereinbart.

Am Vorkurs teilnehmen können Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe des M-Zugs der Hauptschule und des H-Zweigs der Wirtschaftsschule, wenn sie voraussichtlich die Eignung für die Fachoberschule erbringen. Diese ist nachzuweisen durch einen Notendurchschnitt von mindestens 3,5 in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik im Zeugnis der 9. Jahrgangsstufe und eine Bescheinigung der besuchten Schule, dass dieser Schnitt voraussichtlich auch im Zeugnis des mittleren Schulabschlusses erreicht wird. An der FOS Altötting meldeten sich deutlich mehr Schülerinnen und Schüler für den Vorkurs an, als aufgenommen werden konnten. Die Schulleitung der jeweiligen Hauptschule

nahm die Auswahl der Bewerber nach folgenden Kriterien vor:

- Leistungsprinzip
- Bei Leistungsgleichheit sollen diejenigen Schüler bevorzugt werden, die voraussichtlich auf die FOS gehen werden. Jede Hauptschule bekam ein Kontingent. Meldet sich ein Schüler ab, so nominiert die betreffende Schule einen geeigneten Nachrücker von ihrer Warteliste.

In Altötting wurden alle Hauptschulen gebeten, den Dienstagmittag für den Vorkurs frei zu halten. Die Unterrichtszeit wurde in zwei Phasen eingeteilt: Bis zur Abschlussprüfung der Hauptschüler werden drei Wochenstunden unterrichtet, nach der der Abschlussprüfung wird der Unterricht verdichtet auf 15 Wochenstunden innerhalb von zwei Tagen. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass die Schülerinnen und Schüler zuverlässig und sehr engagiert am Unterricht des Vorkurses teilnehmen. Für die erzielten Leistungen im Vorkurs erhalten die Schülerinnen und Schüler eine Bescheinigung.

An der FOS Neumarkt wird der Vorkurs am Samstag mit jeweils zwei Stunden in Deutsch, Englisch und Mathematik gehalten. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Schülerinnen und Schüler außergewöhnlich motiviert am Unterricht teilnehmen und die Lernfortschritte beachtlich sind.

Die Brückenangebote sind aus unserer Sicht ein sehr sinnvoller Ansatz, die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule zu verbessern. <

Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes befürwortet Eingabe des Beamtenbundes:

Quereinsteiger im Lehrerberuf nicht länger benachteiligen

Einigkeit herrschte im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes zu einer Petition des Beamtenbundes: Darin wird beklagt, dass nach dem neuen Tarifvertrag für die Länder, der am 1. November 2006 in Kraft getre-

löst werden. Zudem müsse man darüber nachdenken, wie man künftig mit Quereinsteigern umgehen wolle. Dem konnte die Opposition nur zustimmen - allerdings nicht ohne darauf hinzuweisen, wie lange die CSU den Lehrermangel nicht habe sehen wollen. Einstimmig wurde für die Petition auf Berücksichtigung votiert. Zudem forderte der Ausschuss die Staatsregierung auf, bis 10. Juli ein Modell vorzulegen, wie künftig in dieser Frage zu verfahren sei. <



Ingrid Heckner will nicht hinnehmen, dass Quereinsteiger in den Lehrerberuf benachteiligt werden.

ten ist, insbesondere Quereinsteiger im Lehrerberuf benachteiligt werden. Arbeitnehmer werden nach der Neuregelung nicht mehr nach ihrem Lebensalter, sondern nach ihrer Erfahrung im entsprechenden Beruf in Gehaltsklassen eingruppiert. Bei Lehrern, die zuvor in einem anderen Bereich gearbeitet haben und nun umsteigen, bedeutet dies jedoch Einbußen um bis zu 30 Prozent. Dabei wurden diese Quereinsteiger bewusst angeworben, um den Lehrermangel in bestimmten Fächern zu bekämpfen. „So kann man mit Menschen nicht umgehen. Diese Leute haben sich auf den BAT verlassen“, sagte Ingrid Heckner im Ausschuss. Nach Ansicht der CSU-Politikerin dürfe es auch nicht allein bei einer Einzelfallregelung bleiben, das Problem müsse grundsätzlich ge-

Eingabe

des Bayerischen Beamtenbundes zur Stufenzuordnung von Lehramtsanwärtern und Studienreferendaren, die nicht in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden - § 16 Abs. 2 Satz 4, Abs. 5 TV-L

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter, der Bayerische Beamtenbund richtet sich mit der dringenden Bitte an Sie, die nachstehend dargestellte Lösung obigen Problems aus Nordrhein-Westfalen für Bayern zu übernehmen.

Die Problematik stellt sich zunächst wie folgt dar:

Lehramtsanwärter und Studienreferendare konnten vor Inkrafttreten des TV-L damit rechnen, voraussichtlich in das Beamtenverhältnis auf Probe mit den dort vorgesehenen Bezügen, zumindest aber in ein Angestelltenverhältnis mit entsprechendem BAT-Entgelt, übernommen zu werden. Nach Inkrafttreten des TV-L werden sie in der Regel in die Stufe 1 der Entgeltgruppe eingeordnet und erhalten unter Umständen ein bedeutend geringeres Entgelt. Besonders betroffen sind lebensältere Bewerber, da sich

das Lebensalter im Gegensatz zum BAT auf das TV-L-Entgelt nicht mehr auswirkt.

Lösung in NRW:

Nach dem Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung (den wir Ihnen in der Anlage beigelegt haben) gilt in Nordrhein-Westfalen Folgendes: Den Betroffenen, die sich bereits am 31.10.2006 – also mit Inkrafttreten des TV-L – im Beamtenverhältnis auf Widerruf befanden, soll ein Entgelt gewährt werden, das möglichst an das entsprechende BAT-Entgelt heranreicht.

Erreicht wird dies über die Instrumente des § 16 TV-L, die dort in das Ermessen des Arbeitgebers gestellt werden. In den genannten Fällen stellen sie nach dem Erlass die Regel dar.

In einem ersten Schritt werden zunächst Zeiten früherer beruflicher Tätigkeiten – unabhängig von ihrer Einschlägigkeit – grundsätzlich berücksichtigt.

In Abs. Satz 4 sieht § 16 TV-L vor, dass Zeiten jeglicher früherer beruflicher Tätigkeit vom Arbeitgeber („zur Deckung des Personalbedarfs“) bei der Stufenzuordnung berücksichtigt werden können, wenn sie für die Tätigkeit, für die eingestellt wird, förderlich sind.

Soweit das BAT-Entgelt danach noch nicht erreicht ist, werden entsprechend § 16 Abs. 5 TV-L bis zu zwei Stufen vorweggewährt. Sollte die Endstufe der Entgelttabelle erreicht sein, erfolgt ein Zuschlag von 20 % der Stufe 2.

Voraussetzung für die Gewährung des höheren Entgelts ist zudem, dass die Betroffenen nach einer Frist von höchstens zwölf Monaten nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unbefristet angestellt werden.

Erfolgt eine befristete Beschäftigung innerhalb dieses Zeitraums, verlängert sich der Zeitraum, in dem eine unbefristete Beschäftigung vorliegen muss, um die Zeit der befristeten Beschäftigung.

Derzeitige Lösung in Bayern:

Vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen wurde eine entspre-

chende Handhabung auf unsere Anfrage hin abgelehnt.

Begründet wurde dies zum einen mit den hieraus resultierenden Mehrkosten in Höhe von ca. sechs Millionen Euro, zum anderen mit der nach Ansicht des Ministeriums ohnehin großzügigen Berücksichtigung von Vordienstzeiten in der Praxis, vgl. KMS vom 15.01.2007 (Nr. 4 ff).

So erfolgt zum Beispiel eine Anrechnung „förderlicher Zeiten“ entsprechend § 16 Abs. 2 Satz 4 TV-L in vollem Umfang für Zeiten

- im Beamtenverhältnis in einem anderen Bundesland, bei einer bayrischen Kommune im Zusammenhang mit dem Lehrertausch
- in einem Kirchenbeamtenverhältnis
- in einem Beamtenverhältnis auf Probe
- in einem früheren Beamtenverhältnis, wenn Ruhestandsbeamte

als Aushilfslehrer tätig werden und eine Anrechnung zur Hälfte für Zeiten

- in einem Beamtenverhältnis an einer anderen Schulart
- in einem Beamtenverhältnis und einer dabei fachbezogenen Lehrtätigkeit an einer Universität
- im (aktiven) Beamtenverhältnis, wenn beurlaubte Beamte als Aushilfslehrkräfte tätig werden.
- selbstständiger Tätigkeiten von Handwerksmeistern usw. bzw. Zeiten als Fachhelfer und dgl. Nach dem Ablegen der einschlägigen Prüfung beim Einsatz (z. B.) im fachpraktischen Unterricht.

Gemäß FMS vom 14.02.2007 ist eine Vorweggewährung von Stufen nach § 16 Abs. 5 TV-L jedoch nur mit Zustimmung des Finanzministeriums möglich. Eine allgemeine Regelung liegt lediglich für den Bereich neu ein-

gestellter Lehrkräfte mit „Supervertrag“ vor. Diesen kann bis zu einer Stufe vorweggewährt werden.

Die bisher in Bayern praktizierte Lösung ist nach unserer Auffassung nicht ausreichend. Die Betroffenen haben auf ein bestimmtes Niveau ihres künftigen Einkommens vertraut. Diesem Vertrauen wird bei der derzeitigen Handhabung des § 16 TV-L nicht ausreichend Rechnung getragen. Die Motivation gerade der Berufsanfänger sollte nicht durch finanzielle Nachteile und enttäushtes Vertrauen gebremst werden.

Wir bitten Sie daher im Sinne der Lehramtsanwärter und Studienreferendare, dass die in NRW praktizierte Lösung entsprechend in Bayern übernommen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Rolf Habermann
Vorsitzender



8. Christiani Ausbilderinnen- und Ausbildertag in Konstanz*

unter dem Motto:

"Wie sieht die Zukunft der Berufsausbildung aus?"

am 27. und 28. September 2007 in Konstanz

Mit namhaften Referenten aus Bildung und Wirtschaft

Mit 7 Foren zu aktuellen Themen

Mit Fachausstellung

Mit 2 Fachtagungen

Mit Informationsaustausch bei geselliger Abendveranstaltung

Zusammenfassung des Ausbildertages auf CD-ROM

*Neben den Ausbilderinnen und Ausbildern nehmen auch immer mehr Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer an der Veranstaltung teil.

Gleich anmelden! www.christiani-ausbildertag.de

Christiani

Technisches Institut für
Aus- und Weiterbildung

Buchungs-Nr. 700550
Pro Person EUR 85,-

Anmerkungen zu 5000 Jahre Lehrer:

„... schwankt sein Charakterbild in der Geschichte“ (Schiller)

DR. WALTER G. DEMMEL

Hoch oder tief?

Das Titelbild der Nummer 11-12 2006 von VLB akzente brachte die irreführende Ankündigung „Das Bild des Lehrers in der Öffentlichkeit“, im Inneren fand ich den interessanten Artikel von Marion Merkle „Das Bild des Beamten in der Öffentlichkeit“. Nun ist zwar der Lehrer auch Beamter, aber „ein ganz besonderer“. Deshalb biete ich hier eine kleine Studie zum Bild des Lehrers in der Geschichte an, die ich aus meinen Arbeiten zur Schulgeschichte (Demmel, 2004) und meiner Sammlung von Lehrerbildern aus allen Jahrtausenden gewonnen und mit einem Zitat aus dem Prolog Schillers zu Wallenstein überschrieben habe. Ich hoffe, sie regt auch zum Nachdenken über das Bild des Lehrers in unserer Zeit an, - ein Problem, das mich schon seit längerem beschäftigt.

Nun jedoch vorweg ein Zeitsprung: „Die Geschichte des Lehrerstandes ist außerordentlich wechselvoll. Sie hat extreme Höhen und extreme Tiefen. Diese Geschichte begann vor etwa 5000 Jahren in Mesopotamien und Ägypten, als mit der Erfindung der Schrift der Schreib- und Leseunterricht der Kinder institutionalisiert

wurde“ (Johann Georg/Liedtke 1989, 7) und wird heute im Roman eines ehemaligen irischen Berufsschullehrers beschrieben: „In Amerika werden Ärzte, Anwälte, Generäle, Schauspieler, Fernsehleute und Politiker bewundert und reich belohnt. Lehrer mitnichten. Unterrichten ist die Küchenmagd unter den akademischen Berufen“ (McCourt, 2005, 11).

Irgendwann zwischen Vor- und Frühgeschichte

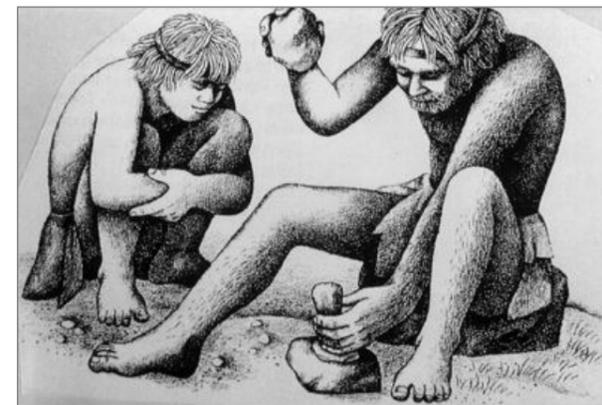
Mit dem Werkzeuggebrauch muss auch das Belehren verbunden gewesen sein, aber schon der nächste Schritt führte zur organisierten Schulung und damit zur Schule mit einem bestellten Lehrer. Als man zwischen 5000 und 2000 v. Chr. in Mesopotamien und Ägypten den Lese- und Schreibunterricht einführte, begann die Geschichte des Lehrerstandes. Lehrer, die einfach Schreiber hießen und keine besondere Ausbildung für ihre Lehrtätigkeit hatten, muss es also seit der Erfindung der Schrift gegeben haben. So wurden bestimmte Personen, die schriftkundig waren, beauftragt, die Kinder im Lesen und Schreiben zu unterrichten, sie aber auch entsprechend zu züchtigen. Diese Lehrer hatten bereits vielfältiges Lehrmaterial entwickelt und folgten erkennbaren

pädagogischen Gesichtspunkten (Watzold, 1989, 33-50).

Etwas später im Altertum

Das Alte Testament hatte vor allem die Leitbilder des Rabbi und des Richters vermittelt, was auch der Prophet Daniel zeigt in seiner Wertschätzung der Lehrenden: „...; und die Männer, die viele zum rechten Tun geführt haben, werden immer und ewig wie die Sterne leuchten“ (Bischöfe 2004, 12,3). Oder das Buch Jesus Sirach: „Kehrt bei mir ein, ihr Unwissenden, verweilt in meinem Lehrhaus!“ (a.a.O., 51,23). Der Rabbi lehrte immer in der Synagoge, ein Begriff, den Luther im Neuen Testament nicht ganz zutreffend mit „Judenschule“ übersetzte.

Ohne hier näher auf die unterschiedliche Erziehung im aristokratischen Kriegerstaat Sparta und im demokratischen Rechtsstaat Athen einzugehen, war in der griechischen Antike der Elementarunterricht vielfach Aufgabe der Sklaven, da Lesen und Schreiben längst allgemein beherrschte Kulturtechniken geworden waren. Den gesellschaftlichen Rang, den seine Vorgänger in Mesopotamien und in Ägypten teilweise erlangt hatten, hatte jedenfalls der Elementarlehrer völlig verloren. Man ist überrascht, wie niedrig die antike Gesellschaft dieses Lehramt einschätzte. Der Beruf des Schullehrers bleibt während der ganzen Antike ein niedriger, ziemlich verachteter Beruf, der dazu erhalten muss, diejenigen in Verruf zu bringen, deren Vater darauf angewiesen war, ihn auszuüben. Es ist auch der typische Beruf eines Mannes aus guter Familie, der als politisch Verbannter oder heimatlos Umherirrender vom Unglück getroffen wurde und gezwungen war zu unterrichten, man denkt dabei an die Könige Lukiens (120–180 n. Chr.), die sich in der Hölle, ihres Vermögens beraubt, gezwungen sahen, Salzfleischverkäufer, Schuhflicker oder Schullehrer zu werden. „Entweder ist er gestorben oder er ist irgendwo Schulmeister“, heißt es bei einem antiken Lustspiieldichter von einem, der nichts mehr von sich hat hören lassen. Warum diese Verachtung? (Marrou 1977, 278).



„Voll aufpassen“,
sonst gibt's Schläge.



Züchtigung eines Jungen in einer pompejanischen Schule. Nach einer verschollenen Wandmalerei aus Pompeji.

Mit nur wenigen Ausnahmen ist Lehrersein ein Handwerk im gewerbsmäßigen und niedrigen Sinn des Wortes, denn man muss der Kundschaft nachlaufen, sich bezahlen lassen. In den Augen der griechischen Aristokraten war dies entehrend: ein bezahltes, und was noch schlimmer war, ein schlecht bezahltes Handwerk, das wir auch im ausgehenden Mittelalter wieder finden. Vor allem aber war der Lehrerberuf deshalb nicht geachtet, weil er im Grunde keine Sonderbefähigung voraussetzte. Nirgends ist davon die Rede, von den Lehrern eine Berufsausbildung zu fordern. In technischer Hinsicht wurde jeder, der selbst lesen und schreiben gelernt hatte, für fähig erachtet, sich seinerseits zum Lehrer zu erklären.

Die Römer hatten den griechischen Brauch des die Kinder zum Schulbesuch begleitenden Sklaven übernommen und bezeichneten ihn mit dem griechischen Namen „paidagogos“. Aber auch die römische Schule, deren äußeren Rahmen wir besser kennen als den der griechischen, war nicht größer. Der lateinische Magister begnügte sich mit einem Laden, der „pergula“, als Einrichtung, die sich sehr oft auf die Säulenhallen des Forums öffnete. Die Kinder waren um einen Lehrer gruppiert, der auf einem Katheder saß und dem bisweilen ein Hilfslehrer zur Seite stand. Diese Inszenierung soll keinen falschen Eindruck erwecken: Der Schullehrer war auch im römischen Reich ein armer Schlucker, sein Beruf der niedrigste aller Berufe („res indignissima“), ermüdend, mühselig

und dazu noch schlecht bezahlt. Er schaffte dem, der ihn ausübte, keinerlei Ansehen und war geeignet für Sklaven, Freigelassene und kleine Leute; zudem war der Schulmeister auch vom moralischen Gesichtspunkt aus verdächtig in seinem Verhalten den Schülern gegenüber, die er auch bei jeder Gelegenheit prügelte (Marrou 1977, 494f.).

Vorgestern im Mittelalter

Wiederum änderte sich die Einschätzung der Lehrertätigkeit im christlichen Mittelalter, als der Lehrer fast ausschließlich Geistliche zu unterrichten hatte. Er wurde in der Nachfolge des göttlichen Lehrmeisters Christus ein Magister, der die Schrift als irdisches Instrument, „mit dem die göttliche Offenbarung in der Heiligen Schrift faßbar gemacht worden war“ (Johann Georg/Liedtke, 1989, 7), lehrte. Für Lehrer und Schüler werden vielfach ähnliche Ausdrücke verwendet, z.B. scholasticus, scholaris, die Schüler allein heißen puer, infans oder discipulus, die Lehrer allein magister oder didascalus. Der Magister-Titel erlaubt um diese Zeit noch keine Rückschlüsse auf eine besondere Ausbildung, aber das eingeschränkte Recht dieses Lehrers, von den Schülern „freiwillige“ Zahlungen zu fordern. Neben die traditionsreichen Dom-, Kloster- und Stiftschulen traten bis zur Reformation die neuen Bildungsstätten in großen Orten, vor allem in den Reichstädten, die mehr und mehr zu Zentren geistigen und schulischen Lebens wurden.

Besonders in den Reichsstädten wurden immer breitere Volksschichten vom Bildungsstreben erfaßt, langsam aber griff die Schule sogar auf das flache Land hinaus. Eine andere Art von Lehrer war gefragt.

Nach den Kreuzzügen gelangten viele deutsche Städte durch Handel und Gewerbe zu Reichtum und Blüte; immer lebendiger wurde beim aufstrebenden Bürgertum das Bedürfnis nach größerer geistiger Bildung. So entstanden allmählich unter dem Patronate der städtischen Obrigkeit eigene Stadtschulen, die als Lateinschulen oder als deutsche oder Schreibschulen den neuen Anforderungen Rechnung trugen. Man unterschied private (Winkel- oder Klippeschulen) mit einem Rechenmeister und öffentliche Schreibschulen als städtische Lehrhäuser. Die Verfassung der öffentlichen Schulen war zunft- und handwerksgemäß ausgerichtet. Im Spätmittelalter blieb die Schule nicht mehr vornehmlich den zukünftigen Geistlichen vorbehalten, sondern öffnete sich mehr und mehr auch den Laien. Dadurch verlor wiederum der Elementarlehrer, nicht der Lehrer der höheren Schulen und der städtische Schreib- und Rechenmeister, an gesellschaftlichem Ansehen.

Meister Eckart (1260–1328), der große deutsche Philosoph und Prediger, klagte seinerzeit: „Es gibt viele, ja überviele Lehrmeister, aber es gibt wenige, so überwenige Lebensmeister.“ Martin Luther (1483–1546) schreibt in seinen Tischreden zum Schulmeister: „Denn die Arbeit ist groß und wird ein wenig zu gering geachtet“. Aber die Angst vor der Härte der Eltern und die Furcht vor den grausamen Strafen der Schulmeister hat Luther sein Leben lang nur schwer überwunden. „Es sollen aber der Jugend in allen diesen Schulen, die gelehrt und in deme, was sie lehren sollen, wohl erfahren, gutes Wandels und höflicher Sitten, dabey ernsthaft, doch freundlich, geduldig, unverdrossen, langsam zum Zorn und nicht allzu strenge seyn, damit durch Lehr und Leben ihre Untergebene sich an

ihnen bespiegeln und mehr aus Liebe als Zwang zur Lehre und Folge angewiesen werden“ (Weigel 1698, 113).

Gestern in der Neuzeit

Da schon vom 9. bis zum 13. Jahrhundert Pfarrerherrschaft auch die Verbreitung der Schulpflicht empfohlen wurde, entwickelte sich das Amt des Schulmeisters noch im 14. Jahrhundert oft als Anfang einer beruflichen Karriere. Die Zeit von der Reformation bis etwa zum Ende des 30jährigen Krieges wird nun von einem Lehrerstand geprägt, der sein Handwerk vorwiegend in der Stadtschreiberei, bei einem Schulmeister in der Schule und als guter Musiker im Kirchendienst erlernt hat. Der lateinische Schulmeister aber hatte in der Regel eine Universität mit einem Magisterabschluss besucht. Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zeigt sich der Niedergang des Lehrerstandes darin, daß fast ausschließlich Kenntnisse in Lesen, Schreiben, Rechnen und Religion vermittelt werden und die Lehrer für anspruchsvolle Tätigkeiten nicht mehr einsetzbar sind. „Die große Zeit der angesehenen Schulmeister ist endgültig vorbei“ (Fickel 1989, 160–192). Die Zeit bis weit ins 19. Jahrhundert hinein war die des armen „Dorfschulmeisterleins“. Fast jeder Lehrer ergänzte in diesen Jahrhunderten seine Schultätigkeit durch Nebentätigkeiten als Bauer, Hochzeitslader oder/und Leichenbitter, Messner oder/und Organist und Schreiber, was oft dazu führte, daß das Unterrichten zur Nebentätigkeit wurde. Auch Berufe wie Schneider und Schuster wurden als sitzende Berufe oftmals mit dem Schulmeisteramt verbunden. Der Nebenerwerb war absolut normal.

Dadurch verlor wiederum der Elementarlehrer, nicht der Lehrer der höheren Schulen und der städtische Schreib- und Rechenmeister, an gesellschaftlichem Ansehen. Die Unterdrückung demokratischer Bestrebungen zwang den Lehrerstand, der auch dem Einfluss der Kirche noch nicht entkommen war, zwischen dem Verhältnis zum vordemokratischen Staat und dem zur Demokratie zu differenzieren, ein wesentlicher Faktor



nicht nur für das staatliche Verständnis des Verhältnisses Lehrer als Beamter zur Regierung, sondern auch für das Selbstverständnis des Lehrerstandes, für das der Graben zwischen volkstümlich und wissenschaftlich orientierter Bildung relevant wurde. Das Gefälle des Sozialprestiges vom Gymnasiallehrer über den Lehrer an beruflichen Schulen und den Fachlehrer bis zum Grund- und Hauptschullehrer steht in entscheidendem Zusammenhang mit der traditionell höheren Bewertung wissenschaftlich orientierter Bildung gegenüber beruflicher und volkstümlicher Bildung.

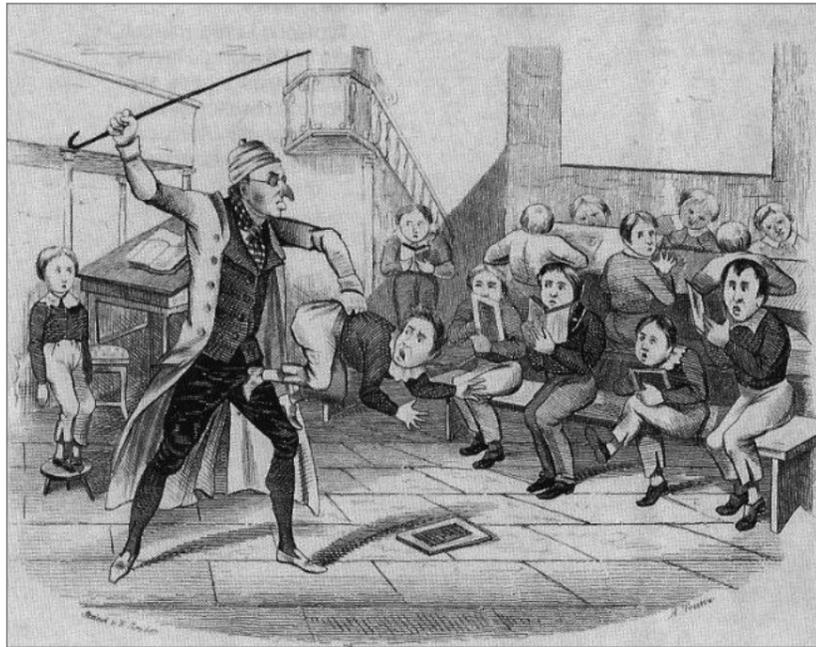
Die Einführung der Schulpflicht – durch Preußen im Jahr 1796 und Bayern 1802 – war ein einschneidender Punkt in der wechselvollen Geschichte des Lehrerstandes. Mit der Schulpflicht änderte sich nicht nur der Zugriff des Staates auf Schule und Schüler, auch Status und Bewusstsein der Lehrer traten in eine Phase neuer Abhängigkeit: Schule als Staatsan-

gelegenheit und Lehrer als Staatsdiener. Die positive Auswirkung: Mehr Lehrer, Vereinheitlichung und verbindliche Regelung der Ausbildung, neue unterrichtliche Aufgaben und gesellschaftliche Funktionen, die negative: „Der Staat verstaatlicht mit der Schule auch die Lehrerschaft. Der Lehrer wird zum Kulturbeamten des Staates – allerdings für die einzelnen Lehrergattungen in unterschiedlichen Schüben und mit unterschiedlicher ideologisch-politischer und bildungstheoretischer Befrachtung“ (Keck, 1989, 19–210). So wurde z.B. einem Befehl König Ludwigs I. von Bayern zufolge die bayerische Volksschule in „Teutsche Schule“ umbenannt, die dort angestellten Lehrer mussten den Titel „Schullehrer“ führen und nicht „Volksschullehrer“, weil sich die

Lehrer nicht einbilden sollten, Lehrer des ganzen Volkes zu sein. Am liebsten wäre Ludwig zu der alten Bezeichnung „Schulmeister“ zurückgekehrt, die jedoch zu lange schon negativ besetzt gewesen war. Ein Landrichter aus dem bayerischen Rottenburg schrieb damals: „Gegenwärtig sind die meisten Schullehrer Messner und Handwerker ..., die selbst kaum recht lesen und noch schlechter schreiben und rechnen fast gar nicht können.“

Bild oder Zerrbild?

Wer sich mit dem Lehrerbild beschäftigt, wird nicht nur in der wissenschaftlichen Literatur fündig, sondern auch in der schöngestigten, der Kriminalliteratur und in Filmen und findet vom Lehrer Bilder und Zerrbilder, Realität und Phantasie, Gutes und Böses, Schönes und Hässliches. Er findet Bildbände über den Lehrer in der Vergangenheit – wunderschöne Holzschnitte und Kupferstiche – und heitere Zeich-



„Der Lehrer in der Ausübung seiner hauptsächlich pädagogischen Tätigkeit“, wie ihn Generationen von Schülern und Eltern sahen oder sehen wollten.

nungen und kritische Karikaturen in der Gegenwart und muss sich ständig fragen, welches Bild nun stimme. Warum „schwankt sein Charakterbild in der Geschichte“ und warum auch in der Gegenwart zwischen Vorbild und Zerrbild? Die Inszenierung von Pädagogen ging in der Vergangenheit und geht in der Gegenwart vom Traumbild bis zum Alptraum.

Schließen möchte ich, weil ich auch so begonnen habe, mit einem aktuellen Zitat: „Hierzulande gehören Lehrer zu den erbarmungswertesten Geschöpfen, und selbst als ehemaliges Opfer ihrer Willkür – die Mathestunden sind noch nicht vergessen, Herr Oberstudienrat! – treibt es einem die Tränen in die Augen, wenn von ihrem grausamen Schicksal die Rede ist. Demütigungen aller Art sind ihr tägliches Los, keiner folgt ihnen mehr, sie sind Zielscheibe von Spott und Wurfgeschossen, und wenn sie nach dem Unterricht nach Hause fahren, wird ihr Kleinwagen vom Landrover ihres schlechtesten Schülers in den Straßengraben gedrängt“ (SZ, Das Streiflicht, 18.01.2007).

Es wird Zeit, dass wir etwas gegen diese Zerrbilder tun! Demnächst einige Vorschläge. <

Literatur

BISCHÖFE Deutschlands und anderer Länder (Hrsg.): Die Bibel. Einheitsübersetzung Altes und Neues Testament. Freiburg/Basel/Wien 1980. Lizenzausgabe Freiburg/Breisgau 2004

DEMMELE, Walter G.: Lernort Schule. In: Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung: Berufsausbildung in Deutschland. Ausstellungskonzept zu ihrer Geschichte und Gegenwart. München 2004. Materialband 1, S. 122-146

FICKEL, Alfred: Die Entwicklung des städtischen Lehrerstandes von den Anfängen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, illustriert an den Schulverhältnissen in Mühlendorf am Inn. In: Johann Georg/Liedtke (Hrsg.): Schreiber Magister Lehrer. Bad Heilbrunn 1989

JOHANN GEORG, Prinz von Hohenzollern/LIEDTKE, Max (Hrsg.): Schreiber Magister Lehrer. Bad Heilbrunn 1989

KIRCHHOFF, Hans Georg (Hrsg.): Der Lehrer in Bild und Zerrbild. 200 Jahre Lehrerbildung Wesel – Soest – Dortmund. Bochum 1986

KECK Rudolf W.: Die Entwicklung der Lehrerbildung in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert. In: Johann Georg/Liedtke (Hrsg.): Schreiber Magister Lehrer. Bad Heilbrunn 1989

MCCourt, Frank: Tag und Nacht und auch im Sommer. München 2005

MARROU, Henri Irene: Geschichte der Erziehung im klassischen Altertum. München 1977

PLETICHA, Heinrich: Ihnen ging es auch nicht besser. Schule und Schüler in vier Jahrtausenden. Würzburg 1965

Schiffler, Horst/ Winkeler, Rolf (1999): Tausend Jahre Schule. Eine Kulturgeschichte des Lernens in Bildern. 6. Aufl. Stuttgart, Zürich

SCHWERDTFEGGER, Erich (Hrsg.): Die Schulmeister, die gedrücktesten aller Menschen in deutschen Landen. Lebenserinnerungen des Lehrers Anton Grooß (1813–1899). Bochum 1997

WAETZOLD, Hartmut: Der Schreiber als Lehrer in Mesopotamien. In: J Georg/M.Liedtke (Hrsg.): Schreiber, Magister, Lehrer. Zur Geschichte und Funktion eines Berufsstandes. Bad Heilbrunn 1989

WEHRMANN, Volker u.a.: Die Schule in der Karikatur. Fünf Jahrhunderte Pädagogik im Spiegel ihrer Kritiker. Bielefeld 1989

WEIGEL, Ch.: Abbildung und Beschreibung der gemeinnützlichen Stände von den Regenten bis auf die Künstler und Handwerker. Regensburg 1698

Führungskraft Lehrer:

Die Regeln Benedikts – ein Weg zur Professionalität im Lehrerberuf?

EWALD BLUM

Einleitung

Im Jahr 2006 veröffentlichte Anselm Grün¹ das Buch „Menschen führen – Leben wecken“. Auf der Basis der Regeln des Heiligen Benedikts stellt Grün in dem Buch ein Führungsmodell vor, welches Hinweise geben soll, wie Menschen mit Führungsverantwortung ihrer Aufgabe am Besten gerecht werden. Hierbei geht es neben konkreten Hinweisen, wie man führen soll, vor allem um die Frage, wie einer der führen soll, beschaffen sein muss und wie er an sich arbeiten muss, um überhaupt führen zu können. Beim Lesen des Buches wurde mir sehr schnell deutlich, dass Führung auch im Lehrerberuf einen großen Raum einnimmt. Anselm Grün schreibt selbst, dass jede Erziehung zugleich auch Menschenführung ist.² Vor diesem Hintergrund stellte ich mir die Frage, ob die Regeln Benedikts auch Lehrkräften nützliche Hinweise in Richtung Professionalisierung bieten können.

Professionalität im Lehrerberuf auf der Basis der Regeln Benedikts

Die Grundlage für die folgenden Regeln bildet das in der Einleitung erwähnte Buch von Anselm Grün. Obwohl die Ausführungen in einer veränderten Struktur wiedergegeben werden, sei darauf hingewiesen, dass viele Teile aus dem Buch übernommen und lediglich auf den Lehrerberuf angepasst wurden. Für die Erlaubnis möchte ich mich herzlich bei Pater Anselm Grün bedanken. Über konstruktive Hinweise zur Weiterentwicklung dieses Ansatzes würde ich mich sehr freuen.

• **Eine Lehrkraft soll über einen reifen Charakter verfügen.**³
Eine Voraussetzung für jene, die eine

verantwortliche Aufgabe übernehmen sollen, ist der reife Charakter. Kriterien für die menschliche Reife sind die innere Ruhe, die Gelassenheit und das Einsseins mit sich selbst. Wer mit seiner Mitte in Berührung ist, der lässt sich nicht leicht verunsichern. Wer jedoch unreif ist oder unausgegoren, bei dem schleichen sich Verhaltensweisen ein, die dem Menschen nicht gut tun.

Zu einem reifen Charakter gehört aber auch, dass die Lehrkraft anderen keinen Schaden zufügt bzw. sie verletzt. Jeder wird in seinem Leben verletzt und ein wichtiger Grundsatz der Psychologie ist, dass der, der seine eigenen Verletzungen nicht anschaut, dazu neigt, entweder andere zu verletzen oder sich selbst. Von einem der für andere Verantwortung übernimmt, verlangt Benedikt, dass er sich den eigenen Verletzungen gestellt hat. Die Beschäftigung mit der eigenen Lebensgeschichte ist daher die Voraussetzung, andere Menschen zu fördern und zu entwickeln. Andernfalls besteht die Gefahr, dass sich die unaufgearbeitete Lebensgeschichte mit den eigentlichen Aufgaben vermischt und die Lehrkraft unbewusst die eigenen Verletzungen an Schüler weitergibt.

Ein reifer Charakter verlangt von einer Lehrkraft vor allem aber auch Gerechtigkeit. Gerechtigkeit meint, dass ich alle gleich behandle und dass ich keinen bevorzuge. Schüler schätzen immer, wenn ihr Lehrer gerecht ist. Er darf ruhig streng sein. Aber wenn er gerecht ist und unbestechlich in seinem Urteil, dann wird er von allen geachtet.⁴

• **Eine Lehrkraft soll über die Tugend der Demut verfügen⁵ und soll die Kunst des Lobens beherrschen.**⁶

Benedikt fordert von der Führungspersönlichkeit, dass sie nicht hochmütig ist. Viele Menschen missbrauchen

ihre Macht, indem sie andere klein machen und sich über sie stellen, indem sie andere entwerten, um sich selbst aufzuwerten. Demut heißt im Gegensatz, sich seiner eigenen Menschlichkeit und Unbeständigkeit zu stellen. Sie führt zur Ehrfurcht und Freundlichkeit den Menschen gegenüber.

Bei seinem Umgang mit den Menschen soll die Lehrkraft vor allem auf seine Worte achten. Viele Menschen schimpfen ständig und verbreiten damit ein negatives Klima. Sie sind auf das Negative fixiert und werden dann auch nur eine negative Ausstrahlung haben. Ein gutes Wort hingegen lockt Gutes im Menschen hervor. Deshalb muss eine Lehrkraft vor allem die Kunst des Lobens beherrschen. Er motiviert den Schüler damit mehr als durch Kritik. Das gute Wort ist Zeichen von Zuwendung und ein Schüler, der solche Zuwendung erfahren hat, der kann sich auch mit ganzem Herzen dem Lernen zuwenden.

Korrektur von Fehlern ist eine wichtige Aufgabe im Lehrerberuf. Bei aller Korrektur muss die verantwortliche Lehrkraft immer auch die Schüler lieben, die er korrigiert. Er muss ihnen zutrauen, dass sie es eigentlich gut meinen und nur aus Unwissenheit in die Irre gegangen sind. Das Volk weiß, dass alles Zuviel dem Menschen nur schadet. Die Psychologie (etwa Paul Watzlawick) spricht hier vom Grundsatz des „immer mehr desselben“, der mehr Probleme schafft, als dass er sie löst. Wer Schüler zu viel verbessern will, demotiviert sie letztendlich nur.

• **Eine Lehrkraft soll dem Schüler ein Vater sein.**⁷

Die Vorstellung, die Lehrkraft soll dem Schüler ein Vater sein, erscheint zunächst befremdlich. Aber Benedikt hat mit seinem Wort vom Vater einen speziellen Aspekt im Sinn. Der Vater ist von der Erziehung her der, der dem Kind das Rückgrat stärkt, der ihm Mut macht, etwas zu wagen und zu riskieren, das Leben selbst in die Hand zu nehmen. Wenn der Lehrer wie ein Vater sein soll, dann heißt das, dass er den Schülern Mut macht etwas zu wagen, ein Risiko einzugehen und auch Fehler zu machen. Fehler sind aus pädago-

gischer Sicht hervorragende Chancen, um Defizite zu erkennen und zielgerichtete Förderung zu leisten. Ein Vater schenkt seinen Kindern einen Vorstoß an Vertrauen, damit sie ihre eigenen Erfahrungen machen können. Gerade die selbstgesteuerten Formen des Lernens erfordern Lehrkräfte, die ihren Schüler zutrauen, dass sie diese Lerninhalte selbstständig erarbeiten können.

- **Eine Lehrkraft soll fordern, aber nicht überfordern⁸**

Die Lehrkraft darf ihr Maß nicht zur Richtschnur für die Schüler machen. Manche Lehrkräfte vermitteln den Schülern ständig das Gefühl, dass sie zu wenig arbeiten. Führung in diesem Zusammenhang heißt jedoch auch, dass ich als Lehrkraft das Maß jedes Einzelnen erkenne und achte. Ich kann ihr Maß jedoch nicht erkennen, indem ich Schüler unterfordere und in Ruhe lasse. Ich soll sie vielmehr herausfordern, damit sie die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit entdecken. Ich muss mein Maß einmal überschritten haben, um zu erkennen, wo meine wahre Grenze liegt. Wenn Schüler nie an ihre Grenzen gekommen sind, wissen sie auch nicht, wie viel in ihnen steckt. Aber wenn sie an ihre Grenzen stoßen, muss ich das respektieren. Dann muss ich sehen, was ich dem Schüler innerhalb seiner Möglichkeiten zutrauen darf.

Eine gute Lehrkraft zeichnet sich aber auch dadurch aus, dass die Starken in der Klassengemeinschaft herausgefordert werden. Es geht nicht darum Starke und Schwache zu nivellieren, sondern beiden gerecht zu werden. Die Kraft des Starken strömt in die richtige Richtung, wenn er den Schwachen unterstützt, wenn er ihm etwas von seiner Kraft, von seinem Vertrauen, von seinen Fähigkeiten mitteilt. Dann wird auch der Schwache Erfolge erzielen und Lust am Lernen gewinnen.

- **Eine Lehrkraft soll ihre Aktivitäten mit der Schulleitung abstimmen⁹**

Die Lehrkraft soll selbst Phantasie entwickeln und neue Ideen einbringen. Aber sie ist verpflichtet, auch die

Rückbindung an die Verantwortlichen zu suchen. Wenn jede Lehrkraft ständig seine Lieblingsideen verwirklicht, ohne dieses mit dem Schulleiter abzustimmen, entsteht in der Schule eine ziellose Unruhe und die klare Linie geht verloren. Der Rektor soll die Ideen der Lehrkräfte erst einmal prüfen. Das verlangt von der Lehrkraft, dass er sie selbst klarer durchdenkt und so formuliert, dass sie den Schulleiter überzeugen. So ist gewährleistet, dass nicht jede unausgereifte Idee sofort in die Tat umgesetzt wird, sondern eine gute Kontinuität gewahrt bleibt.

- **Eine Lehrkraft soll an den guten Kern im Menschen glauben¹⁰**

Man merkt es einer Lehrkraft schnell an, ob sie an den guten Kern in den Menschen glaubt oder ob sie ein pessimistisches Menschenbild hat. Letzteres wird dazu führen, dass der Lehrer alle Schüler kontrollieren möchte. Aber je mehr er kontrollieren will, desto mehr Gegenkräfte weckt er bei seinen Schülern. Wenn die Kontrolle zum wichtigsten Instrument wird, dann werden Kreativität und Phantasie unterdrückt und die Lust am Arbeiten und Lernen stirbt ab.

Der Glaube an den guten Kern im anderen heißt jedoch nicht, dass die Lehrkraft die Schüler frei gewähren lässt. Jede Lehrkraft wird immer auch mit unangemessenem Verhalten und irrationalen Forderungen der Schüler konfrontiert. Sie soll darüber nicht hinwegsehen, sondern auch den Mut aufbringen, das Negative und Irrationale zur Sprache zu bringen. Aber auch bei einem Tadelgespräch darf es nie darum gehen, den Schüler zu kränken, denn das würde ihn demotivieren. Ziel eines Tadelgesprächs sollte immer sein, die Motivation des Schülers aufzubauen. Dies gelingt jedoch nur, wenn ich nicht die Person tadle, sondern sein Fehlverhalten.

Es gibt immer wieder Klassen, in denen das Klima äußerst schlecht ist und man gewinnt schnell den Eindruck, dass alles so verfahren ist, dass man nichts mehr ändern könne. Führung heißt in diesem Zusammenhang aber, die Fehler anzusprechen und – wie Benedikt sagt – abzuschneiden. Es

geht ihm also um ein wirksames Beseitigen der Fehler, nicht nur um ein moralisierendes Schimpfen. Das kann nur gelingen, wenn er die Klassengemeinschaft mit ihrer eigenen Wahrheit konfrontiert und wenn er gemeinsam ansprechen lässt, was die Einzelnen gegeneinander haben. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass das Ansprechen der Fehler mit Klugheit und Liebe geschieht. Aggressive und verletzende Äußerungen sind nicht zielführend. Sie führen nur zu Gegenangriffen und letztendlich dazu, dass sich jeder zurückzieht.

- **Eine Lehrkraft soll danach streben, mehr geliebt als gefürchtet zu werden.¹¹**

Manche Lehrkräfte meinen, sie seien nur dann gut, wenn alle vor ihnen Angst hätten. Doch Angst lähmt. In einem Klima der Angst entstehen keinen neuen Gedanken und es kann nicht wirklich kreativ und effektiv gelernt werden. Während Angst lähmt und entzweit, verbindet die Liebe und erzeugt ein Klima der Lust an der Arbeit und am Lernen. Mit der Forderung, dass die Lehrkraft danach streben solle, geliebt zu werden, ist aber sicherlich nicht gemeint, dass die Lehrkraft sich überall beliebt machen und anbieten sollte. Das wäre ein Zeichen von Schwäche. Wenn die Schüler spüren, dass die Lehrkraft darauf angewiesen ist, Zuwendung zu bekommen und gelobt zu werden, wird sie verachtet. Liebe und Respekt gehören durchaus zusammen. Nur wenn die Lehrkraft in sich selbst ruht und nicht abhängig davon ist, dass sie bei allen Schülern beliebt ist, wird sie wirklich geliebt werden.

- **Eine Lehrkraft soll dem Leben dienen¹² und Kreativität wecken.¹³**

Die Lehrkraft soll vor allem Leben aus den Schülern hervorlocken. Anstatt auf einen Schüler, der unaufmerksam ist und den anderen auf die Nerven geht, sofort mit Sanktionen zu reagieren, wäre es viel besser, sich erst in ihn hinein zu versetzen und sich zu überlegen, wonach er sich im Tiefsten sehnt. Warum ist er so unaufmerksam? Worunter leidet er? Wonach

sehnt er sich? Wenn ich als Lehrkraft seine Sehnsucht und Träume verstärke, wecke ich mehr Leben in ihm, als wenn ich nur auf seine Fehler reagiere. Führung und Erziehung hat die Aufgabe das Leben im Einzelnen hervorzulocken, das in ihm schlummert. In diesem Sinne ist Erziehung die Kunst, den Schlüssel zu finden, der die Schatztruhe des Schülers aufschließt und ihm das Gefühl vermittelt, dass in ihm viele Möglichkeiten und Fähigkeiten stecken.

- **Eine Lehrkraft soll auf die eigene Seele achten.¹⁴**

Eine Lehrkraft kann nur dann ihre Aufgabe gut erfüllen und nur dann wirklich in Beziehung zu den Menschen treten, wenn sie zuerst in Beziehung zu sich selbst ist und auf ihre Seele achtet. Achtgeben heißt in diesem Zusammenhang, für seine Seele sorgen, für sich selbst sorgen. Bei ihrer Aufgabe darf die Lehrkraft sich selbst nicht vergessen. Wer mit sich selbst in Beziehung steht, wer auf seine Seele achtet, der kommt auch schnell in Beziehung zu den Menschen. Wer aber für sich selbst nicht sorgt, wer sich nur von den äußeren Aufgaben bestimmen lässt, der merkt gar nicht, wie all die unterdrückten Bedürfnisse auf ihn zurückschlagen. Er wird sich verausgaben und nicht spüren, wie er immer empfindlicher wird. Nur wenn eine Lehrkraft auf sich selbst acht gibt und für sich sorgt, wird sie auch für die Schüler gut sorgen können. Andernfalls wird die Lehrkraft bald ausgebrannt sein. Wenn eine Lehrkraft sich ganz für die Schule und die Schüler aufopfert und selbst dabei zu kurz kommt, wird sie innerlich hart werden und die Härte ihren Schülern spüren lassen.

Fazit

Obwohl ich versucht habe, die Regeln Benedikts auf den Lehrerberuf zu übertragen, so weiß ich nur zu gut, dass ich selbst den Forderungen Benedikts gegenüber zurückbleibe. Wenn ich den Anspruch habe, die Regeln perfekt erfüllen zu wollen, dann wirken sie einengend und machen mich kaputt. Wenn ich sie aber als gut ge-

meinte Anregungen in Richtung Professionalisierung betrachte, dann halten sie mich lebendig. Es ist wichtig, sich nicht zu überfordern und zu spüren: Ich bin Mensch und habe meine Begrenzungen. Die soll ich verstehen und akzeptieren, aber nicht als Ausrede nutzen, mich nicht weiter zu entwickeln.

Schließlich machen die Regeln auch deutlich, welche vielfältigen Anforderungen Lehrkräfte allein im Bereich Menschenführung zu erfüllen haben. Dies stärkt hoffentlich das berufliche Selbstbewusstsein vieler Kollegen und trägt möglicherweise auch zu einem verbesserten Meinungsbild in der Öffentlichkeit bei.

Jeder, der Jugendliche und junge Erwachsene erzieht, hat letztendlich eine Führungsaufgabe. Sein Führen wird wesentlich darin bestehen, Leben in

den Jugendlichen hervorzulocken und ihnen die Lust zu vermitteln, in das einmalige Bild hineinzuwachsen, das Gott schon in sie hineingelegt hat.

¹ Anselm Grün ist Benediktinermönch in der Abtei Münsterschwarzach und wirtschaftlicher Verwalter des Klosters.

² Vgl. Grün, S. 60.

³ Vgl. Grün, S. 15 ff.

⁴ Vgl. Grün, S. 23 f.

⁵ Vgl. Grün, S. 20

⁶ Vgl. Grün, S. 77 ff.

⁷ Vgl. Grün, S. 31.

⁸ Vgl. Grün, S. 88 ff.

⁹ Vgl. Grün, S. 34.

¹⁰ Vgl. Grün, S. 35 ff.

¹¹ Vgl. Grün, S. 83 f.

¹² Vgl. Grün, S. 49 ff.

¹³ Vgl. Grün, S. 52 ff.

¹⁴ Vgl. Grün, S. 45 ff und 107 ff.

¹⁵ Vgl. Grün, S. 60.



Deutsch-tschechische Kooperation zur Erstellung von eLearning-Kursen zum Erwerb kaufmännischer und interkultureller Kompetenzen:

Edutained intercultural Business-Training

CHRISTIAN ALT

Vorüberlegungen und wissenschaftlicher Hintergrund

In der Februarausgabe 2006 wurde bereits die ursprüngliche Kernidee der Kooperation des kaufmännischen Bereichs der Berufsschule Schwandorf mit dem Fachbereich Elektro- und Medientechnik der Fachhochschule Deggendorf bei der Entwicklung von eLearning-Kursen vorgestellt, die in der Aufspaltung der Erstellungskomponenten besteht. Die ursprünglichen drei Teilbereiche Content¹, dessen didaktische Aufbereitung sowie die technische Umsetzung² der Kurse wurden in der Zwischenzeit um eine vierte Komponente, die als „gestalterische Ideen“ bezeichnet wird, ergänzt. Um bestmögliche Ergebnisse zu erzielen, ist der Einsatz von Spezialisten in jedem dieser Teilbereiche notwendig und auch angedacht. Das bedeutet, dass die Auswahl der Inhalte sowie deren didaktische Aufbereitung von Lehrkräften an den Schulen in Zusammenarbeit mit Schülern durchgeführt wird. Die Schüler liefern auch die gestalterischen Ideen, während die technische Umsetzung durch Studenten der Medienpädagogik an der Fachhochschule Deggendorf erfolgt.

Aber auch der ursprüngliche inhaltliche Ansatz wurde ausgeweitet: Mit den zu erstellenden eLearning-Kursen sollen nicht mehr „nur“ fachliche (kaufmännische) Inhalte vermittelt, sondern auch der Erwerb von interkulturellen Kompetenzen angeleitet werden. Um dieses Ziel erreichen zu können, ist es zunächst notwendig, sich mit dem Konstrukt „interkulturelle Kompetenz“ näher zu befassen.³ Kompetenzen lassen sich in dieses Zusammenhang als Selbstorganisationsdispositionen beschreiben; d.h. sie „charakterisieren die Fähigkeiten von Menschen, sich in offenen und unüberschaubaren, komplexen und dynamischen Situationen selbstorganisiert zurechtzufinden.“⁴ Seit den 90er Jahren wird Kompetenz auch zunehmend als multiples Konstrukt verstanden⁵, welches durch das Zusammenwirken von Personal-, Sozial-, Fach- und Methodenkompetenz dargestellt wird.⁶ Das bedeutet, dass das synergetische Produkt des Interdependenzverhältnisses dieser vier Teilkompetenzen als „Handlungskompetenz“ beschrieben werden kann.⁷ Interkulturelle Handlungskompetenz wiederum kann deshalb als eine auf interkulturelle Kontexte bezogene Variante von allgemeiner Handlungskompetenz gesehen werden.⁸ Bolten

definiert interkulturelle Kompetenz als „erfolgreiches ganzheitliches Zusammenspiel von individuellem, sozialem, fachlichem und strategischem Handeln in interkulturellen Kontexten“. Daraus lässt sich ableiten, dass ganzheitlich orientierte Angebote notwendig sind, um den Erwerb von interkulturellen Kompetenzen anzuleiten.⁹ Ganzheitlich sind webbasierte Angebote zum interkulturellen Lernen dann, wenn sie Interaktionsszenarien erzeugen und den Lerner dabei in das Spannungsverhältnis der Interdependenzdynamik interkultureller Teilkompetenzen versetzen.¹⁰ Reale interkulturelle Interaktionsszenarien (z.B. E-Mail-Verkehr mit dem Ausland) lassen sich nur unter Einbeziehung von Partnern aus anderen Kulturen erzeugen. Aus diesem Grund und da sich wegen der regionalen Gegebenheiten eine Zusammenarbeit mit unserem Nachbarland Tschechien anbietet, wurde die Partnerstruktur des Projektes EdiBuT um die Berufsakademie Ceske Budejovice sowie um die Obchodní akademie Orlová erweitert. Bei der Obchodní akademie Orlová handelt es sich um eine sogenannte Mittelschule, die zum Abitur führt, während die Berufsakademie Ceske Budejovice dem tertiären Bildungs-

¹Anmerkung des Autors: Content = Inhalte von eLearning-Einheiten

²Siehe dazu auch Alt: „eLearning-Konzepte für den Berufsschulunterricht“ in der Februarausgabe 2006

³Anmerkung des Autors: Die Begriffsauslegung des Konstrukts der interkulturellen Kompetenz bildet die Basis aller weiteren Überlegungen zur Gestaltung der zu erstellenden Kurse. Deshalb kann auf eine kurze, wissenschaftlich angehauchte Verständnisklärung des Begriffes „interkulturelle Kompetenz“ – ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben – hier nicht verzichtet werden.

⁴vgl. Heyse/Erpenbeck (2004), S. XIII

⁵vgl. Rauner (2004), S. 8

⁶vgl. Erpenbeck (2001)

⁷vgl. Bolten (2006), S. 7

⁸vgl. Bolten (2006), S. 8

⁹vgl. Bolten (2006), S. 8

¹⁰vgl. Bolten (2006), S. 14

bereich in Tschechien zuzuordnen ist, deren Studenten das tschechische Abitur als Einstiegsvoraussetzung benötigen.

Um auch in finanzieller Hinsicht die Umsetzung der gesteckten Ziele verwirklichen zu können, wurde bei der letztjährigen Ausschreibung der hiesigen Sparkassenstiftung ein Antrag auf finanzielle Projektförderung gestellt und bewilligt.

Projektbeschreibung¹¹

Im Folgenden soll nun das Projekt hinsichtlich seines Grundgedankens und der enthaltenen innovativen Kernideen beschrieben werden.

Europäischer Grundgedanke

Eine Qualifikation der Lerner in wirtschaftlichen Belangen wird immer mehr auch auf „europäischer“ Ebene erforderlich. Mit internationalen Geschäftsbeziehungen sind Menschen in ihrer Arbeitswelt mittlerweile fast täglich konfrontiert, aber auch die Bereitschaft junger Menschen ihre Zukunft im Ausland aufzubauen (zum Beispiel durch Beschäftigung im Ausland), muss aufgrund der vorherrschenden Arbeitsmarktsituation sowie im Rahmen der Europäisierung gefördert werden. Um den damit verbundenen Anforderungen gerecht werden zu können, sind zwei Punkte von entscheidender Bedeutung: Kenntnisse über die wirtschaftlichen Gegebenheiten im jeweiligen Land sowie das Erkennen von und das Umgehen mit kulturellen Unterschieden.

Produkt des Projekts und innovative Kernidee: WBTs (Web Based Trainings) mit pädagogischem Schwerpunkt Edutainment¹²

Das Projekt EdiBuT umfasst die Erstellung von eLearning-Sequenzen im Rahmen einer Blended Learning-Konzeption¹³ über wirtschaftliche und kulturelle Grundkenntnisse der beiden Länder Deutschland und Tschechien, welche in einem eLearning-Portal mit länder- und themenspezifischem Zugang in Form von ganzheitlich orientierten eLearning-Kursen mit sozialer Interaktionsmöglichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen. Die

kaufmännische Thematik wird dabei zuerst einmal auf den Bereich der „Unternehmensgründung“ beschränkt. Bei einem ersten Projektmeeting vom 13. bis 15.12.06 in Schwandorf einigten sich die Beteiligten¹⁴ darauf, als erste Einheit die Gründung einer GmbH (respektive einer s.r.o.) in beiden Ländern zu thematisieren und umzusetzen. Dabei wurden fünf Stufen vereinbart, die im zukünftig entstehenden eLearning-Kurs von den Schülern und Studenten durchlaufen werden sollen: Nachdem sich die Kursteilnehmer mit der Vorbereitung einer GmbH-Gründung im eigenen Land beschäftigt und sich in einem zweiten Schritt mit den rechtlichen Vorgaben dieser Unternehmensrechtsform auseinandergesetzt haben, erfolgt im dritten Schritt die Herausarbeitung der Vor- und Nachteile der GmbH im jeweiligen eigenen Land. Nach der Bearbeitung der Module 1 bis 3 des jeweiligen Partnerlandes ist in einem vierten Level ein Vergleich der Unternehmensrechtsform der GmbH nach deutschem und nach tschechischem Recht durchzuführen. Im fünften und zugleich anspruchsvollsten Schritt des Kurses ist eine GmbH bzw. s.r.o. aus dem jeweiligen Partnerland nach den bisher gelernten Kriterien zu analysieren. Das heißt, dass die Kursteilnehmer aus Deutschland in Kontakt mit einer tschechischen Firma treten, die in der Rechtsform der s.r.o. geführt wird, während die tschechischen Schüler mit der Analyse einer deutschen GmbH beauftragt werden. Dadurch werden die gelernten fachlichen Kompetenzen noch einmal gefestigt sowie durch den geforderten Kontakt mit einem ausländischen Unternehmen den Kursteilnehmern die Möglichkeit zum Erwerb von interkultureller Kompetenz in einer realen Handlungssituation gegeben. Die Kontaktaufnahme ist vorher durch entsprechende Maßnahmen vorzubereiten, um die Kursteilnehmer für interkulturelle Erfahrungen zu sensibilisieren. Innovativ ist hierbei sicherlich die arbeitsteilige Vorgehensweise bei der Erstellung der Kurse, bei der alle Partner ihre Kernkompetenzen einbringen:

Schüler dienen als Ideengeber, Lehrer sowie die beteiligten Ausbildungsinstitutionen bringen die fachlichen und kulturellen länderspezifischen Inhalte ein, während Studenten und Professoren der Fachhochschule Deggendorf basierend auf dem vorgegebenen Material die strukturierten eLearning-Kurse in technischer Hinsicht erstellen. Dabei wird der Lerner mit seinen individuellen Bedürfnissen bezüglich der Art der Inhaltsvermittlung und -sicherung in den Mittelpunkt gerückt. Dies geschieht durch den Aufbau der Trainingseinheiten nach dem Prinzip des Edutainments, wodurch bezüglich des Schwierigkeitsgrades eine userspezifische Abstufung vorgenommen werden kann sowie ein angemessener „Spaßfaktor“ bei der Bearbeitung ermöglicht wird. Ziel des Projekts ist es also, ganzheitlich orientierte eLearning-Kurse zu entwickeln, die zum einen fachliche Inhalte vermitteln und zum anderen den Erwerb von interkulturellen Kompetenzen fördern sollen. Der Einbezug eines angemessenen „Spaßfaktors“ zielt auf eine Verringerung der Drop-out-Raten bei den WBTs ab. Da Lehrkräfte zwar gute Didaktiker sein mögen, ihnen aber oftmals das technische Verständnis für die Erstellung von gut funktionierenden Kursen fehlt, ist das Ergebnis bei einer kompletten Umsetzung von Kursen an der eigenen Schule häufig wenig professionell. Dies führt wiederum dazu, dass die Schüler aufgrund technischer Schwierigkeiten oder aufgrund mangelhaft aufgebauter Kurse schnell die Lust an der Bearbeitung der Sequen-

¹¹Die Projektbeschreibung erfolgt in Anlehnung an den von Alt, Bormann und Brunner formulierten Leonardo-da-Vinci-Vollantrag vom Februar 2006

¹²Anmerkung des Autors: Edutainment = Education and Entertainment

¹³Anmerkung des Autors: Blended Learning i. V. mit eLearning-Kursen = Abwechslung bei der Inhaltsvermittlung zwischen Präsenzunterricht und eLearning-Sequenzen

¹⁴Vertreter des BSZ Schwandorf, der Berufsakademie Ceske Budejovice und der Obchodní akademie Orlová

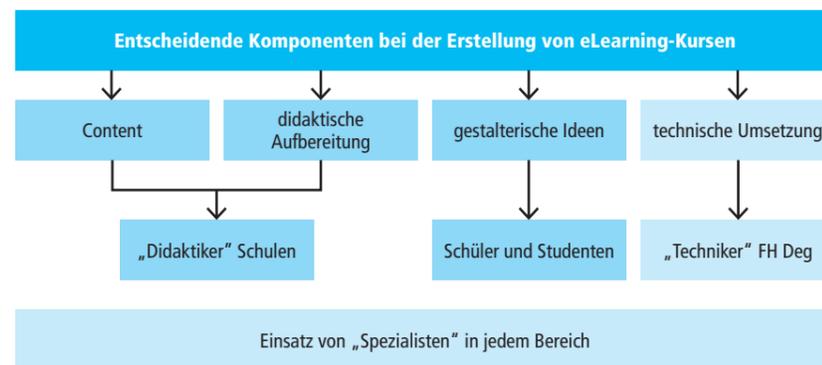


Abbildung 1: Aufgabenverteilung bei der Erstellung von eLearning-Kursen

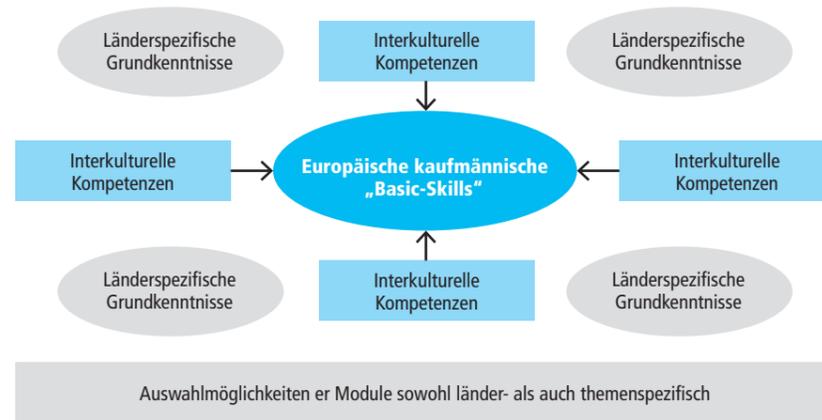


Abbildung 2: Darstellung der Inhalte der WBTs

zen verlieren. Durch den Einsatz von Spezialisten in jedem Bereich der Kurserstellung soll dieser oftmals auftretende Effekt im Projekt EdiBuT so weit wie möglich vermieden werden.

Eine mögliche Interaktion der Lernenden auf transnationaler Ebene verstärkt den interkulturellen Charakter der eLearning-Kurse und soll den Aufbau von interkultureller Kompetenz in realen Handlungssituationen ermöglichen.

Zeitplan und Vorgehensweise

Kurze Erläuterungen zur den einzelnen Phasen:

In den Phasen „Briefing“ und „Angebot/Kalkulation“ finden erste Absprachen auf der Ebene der Koordinatoren statt. Zielgruppen, Designvorgaben, Inhalte, Zeitplan, Kommunikationswege usw. werden festgelegt. Das Meeting zu diesen beiden Phasen fand vom 13. bis 15.12.06 am Beruflichen Schulzentrum Schwandorf statt.

Die Phasen „Grob- und Feinkonzept“ bzw. Teile des „Designkonzepts“ bestehen in der Ausarbeitung und didaktischen Aufbereitung der Inhalte. Die Ergebnisse werden in Form eines „Drehbuchs“ festgehalten.

Die Umsetzung dieses „Drehbuchs“ in WBTs findet in den Phasen „Designkonzept“ und „Umsetzung“ an der Fachhochschule Deggendorf statt.

Die Phase „Usability-Tests“ stellt erste Probedurchgänge der fertigen Produkte dar.

„Launch“ ist der Moment, in dem die Sites online gehen bzw. für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Einbindung von Ausbildungsbetrieben in das Projekt

Die Projektidee sowie das -konzept werden von dem am BSZ Schwandorf im Schuljahr 2002/2003 gegründeten Arbeitskreis „Banken – Berufsschule“ mitgetragen und unterstützt. Im Rahmen dieses Arbeitskreises kommt es zu einem regelmäßigen Treffen der Ausbildungsleiter der Kreditinstitute mit den Lehrkräften der Bankklassen am BSZ Schwandorf. Die Betriebe waren somit vom Zeitpunkt des Entstehens der Projektidee in den Prozess mit einbezogen und begrüßten und unterstützten von Anfang an diese Initiative. Die Sparkasse Schwandorf, größter Ausbilder im Bankensektor im Raum Schwandorf, ist als strategischer Partner in das Projekt involviert. Wie schon oben ausgeführt, wurde das deutsch-

tschechische Projekt EdiBuT von der Sparkassenstiftung Schwandorf mit einem Geldpreis ausgezeichnet und gefördert.

Des Weiteren sollen eine deutsche GmbH und eine tschechische s.r.o. als Partner an dem Projekt beteiligt werden. Diese beiden Unternehmen sind von den Kursteilnehmern zu kontaktieren und nach den zuvor im eLearning-Kurs gelernten Kriterien zu analysieren.

Erfüllung der jeweiligen Lehrplanvorgaben in Übereinstimmung mit dem Bildungsauftrag der Berufsschule

Da bei den zu erstellenden Kursen sowohl ein länder- als auch ein themenspezifischer Zugang möglich sein wird, sind die eLearning-Sequenzen der einzelnen Länder auch auf den Einsatz im jeweiligen landesspezifischen Unterricht zugeschnitten. Aufgrund der Tatsache, dass es sich bei den fachlichen Inhalten der zu erstellenden eLearning-Szenarien um allgemeine kaufmännische Grundkenntnisse handelt, die im Lehrplan jedes kaufmännischen Berufes zu finden sind, ist der Einsatz der in Deutschland erstellten Kurse in jedem Berufszweig der kaufmännischen Ausbildung denkbar. Die interkulturelle Komponente der Einheiten würde eine Zusatzqualifikation für die Schüler darstellen, die wegen der aktuellen Entwicklungen auf dem Arbeits- und Wirtschaftsmarkt von nicht unerheblicher Bedeutung sein dürfte.

Weil sogenannte Softskills in der modernen Berufswelt eine immer größere Rolle spielen, müssen die beruflichen Schulen noch stärker die Vermittlung von „Schlüsselkompetenzen“ wie z. B. Eigenverantwortung und Einsatzbereitschaft, Team- und Kooperationsfähigkeit sowie ganzheitliches Denken und ergebnisorientiertes Handeln betonen. Das Projekt EdiBuT möchte einen Beitrag dazu leisten, dass die Berufsschulen diesen Anforderungen an die berufliche Bildung in der heutigen Zeit gerecht werden können.

Zudem wird vor dem Hintergrund der europaweiten Fusionen auf dem

Die Teilnehmer des Meetings in Schwandorf: von rechts Milan Klepac, Christian Alt (Projektleiter), Martin Wurdack (stellvertr. Schulleiter am BSZ Schwandorf), Zdenek Caha, Lida Opekarová, Kamila Zelinková (verdeckt), Wolfgang Stöber (Vertreter der Regierung der Oberpfalz), Svatava Rumpelová.



Evelin Brunner und Ralf Bormann (Schulleiter des BSZ Schwandorf).



Wirtschaftsmarkt ein Umdenken notwendig. Durch die Globalisierung ist mittlerweile auch ein Blick über den „Tellerrand“ der Landesgrenzen hinaus notwendig, was bisher in den jeweiligen Curricula noch kaum Berücksichtigung findet. Durch die Bearbeitung der im Projekt EdiBuT zu erstellenden Kurse kann der Erwerb dieser in vielen Berufen heutzutage wichtigen interkulturellen Kompetenzen angeleitet werden. Durch den Einsatz von Gruppenarbeiten als Bestandteile der fortgeschrittenen eLearning-Szenarien ist zudem auch der Nachweis von Team- und Kooperationsfähigkeit zu erbringen, da ansonsten eine erfolgreiche Bearbeitung der gestellten Aufgaben nicht möglich ist.

Nachhaltigkeit der Projektergebnisse

Die an der Erstellung beteiligten Institutionen handeln ausschließlich aus Eigenbedarf. Das bedeutet, dass die fertigen Produkte durch die Projektpartner auch selbst genutzt werden. Wenn man sich die Partnerstruktur betrachtet, stellt man fest, dass Schulen und Fachhochschulen aus den beiden Ländern Deutschland und Tschechien am Projekt beteiligt sind. An

diesen Institutionen werden ja letztendlich auch die Zielgruppen der WBTs unterrichtet..

Damit auch die Bedürfnisse der Zielgruppe erkannt werden, ist neben einer Beteiligung bei der abschließenden Evaluation der Projektergebnisse auch eine aktive Partizipation der Zielgruppen bei der Erstellung der Produkte geplant. Die späteren Nutzer sollen ihre Ideen in die Gestaltung der WBTs einbringen, die dann von den Spezialisten umgesetzt werden. Dadurch soll erreicht werden, dass der Content bzw. die Aufbereitung der Inhalte die Zielgruppe auch anspricht. Denn wenn die Ideen von der Zielgruppe selbst stammen, ist die Wahrscheinlichkeit umso höher, dass die fertigen Produkte von dieser Zielgruppe auch angenommen werden. Einen zusätzlichen Anreiz die WBTs einzusetzen, dürfte die Möglichkeit des Erwerbs von interkulturellen Kompetenzen darstellen.

Außerdem sind der Bedarf und das Interesse an eLearning-Produkten an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie Fachhochschulen enorm. Viele der befragten Lehrkräfte würden gerne WBTs einsetzen, wenn es dementsprechende und leicht zugängliche Produkte zu erschwinglichen Preisen auf dem Markt geben würde. Der tatsächliche Einsatz von eLearning-Produkten an Schulen ist bisher jedoch noch als gering einzustufen. Diese Situation lässt sich auch in unserem Nachbarland Tschechien feststellen.

Damit kann insgesamt gesehen die Nachfrage nach fertigen WBTs als hoch eingestuft werden, was die Nachhaltigkeit der Projektergebnisse sicherstellt.

Grundsätzlich lässt sich das Orojekt in folgende Phasen gliedern:

Zeitraumen	Phase(n)	Zuständigkeit
Dezember 2006	Briefing, Angebot/Kalkulation	alle Partner
Dezember 2006 bis März 2007	Grob- und Feinkonzept, Designkonzept (1. Teil)	BSZ Schwandorf + Ceske Budejovice + Obchodní akademie Orlová
März 2007 – August 2007	Designkonzept, Umsetzung	FH Deggendorf
Schuljahr 2007/2008 bzw. WS 2007/2008	Usability-Test	alle Partner
noch nicht festgelegt	Launch	alle Partner

Abbildung 3: Zeitplan und Vorgehensweise

¹⁵ vgl. Jacobsen (2004), S. 20

Zusammenfassung und Ausblick

Durch die Projektaktivitäten sowie durch die spätere Nutzung der Projektergebnisse soll ein länderübergreifendes Netz von Bildungsinstitutionen im Bereich des eLearnings aufgebaut werden, welches nach Ende der Projektlaufzeit fortgeführt und ausgebaut werden soll. Ziel ist es zum einen, einen Beitrag zu leisten, die Methode des eLearnings für Bildungsinstitutionen zugänglich zu machen, die bisher noch nicht oder nur in geringem Umfang mit dieser innovativen Form der Inhaltsvermittlung gearbeitet haben, und ihnen die Möglichkeit zu geben, die Vorteile des eLearnings zu nutzen. Zum anderen soll der Aufbau von interkulturellen Kompetenzen durch die Kurse sowie durch die länderübergreifende Partnerschaft gefördert werden. Ob diese Ziele erreicht werden können bzw. ob die Kurse nachgebessert werden müssen, wird eine Evaluation nach der ersten Durchführungsphase des Projekts zeigen. <

Literaturverzeichnis:

Alt, Christian: eLearning-Konzepte für den Berufsschulunterricht, in: Akzente 02/06, 2006

Alt, Christian / Bormann, Ralf / Brunner, Evelin: Edutained intercultural Business-Training, Programm Leonardo da Vinci, Vollantrag für die Maßnahme Pilotprojekte, nicht veröffentlicht, 2006

Bolten, Jürgen: Interkulturelles Lernen mit Multimedia gestalten, in: Handbuch E-Learning, Hrsg.: Hohenstein, Andreas / Wilbers, Karl, Köln, 16. Ergänzungs-Lieferung Mai 2006, Ordnungsnummer 4.24

Erpenbeck, John: Wissensmanagement als Kompetenzmanagement, in: Komplexität und Kompetenz. Ausgewählte Fragen der Kompetenzforschung, Hrsg: Franke, G., Bielefeld, 2001

Jacobsen, Jens: Website-Konzeption – Erfolgreich Web- und Multimedia-Anwendungen entwickeln, München, 2004

Heyse, Volker / Erpenbeck, John: Kompetenztraining, Stuttgart, 2004

Rauner, F.: Praktisches Wissen und berufliche Handlungskompetenz, ITB-Forschungsberichte 14/2004, Bremen, 2004

Kooperation zwischen JoA/BVJ und kaufmännischen Auszubildenden:

Aids-Präventionsprojekt

STEPHANIE MAYER

Bedeutung und Aktualität des Themas

Obwohl die Aids-Forschung und die Behandlung von HIV-Infektionen Fortschritte macht, nehmen die Neuinfektionen auch in Deutschland seit 2001 wieder zu. Allein von 2004 auf 2005 stiegen die neu diagnostizierten HIV-Infektionen in Deutschland um 13 % von 2.210 auf 2.490. Im Jahr 2006 haben sich nun geschätzte 2.700 Personen neu infiziert. (RKI 2006) Wie kann das sein?

In den 90er Jahren sanken die HIV-Diagnosezahlen durch erfolgreiche Präventionsarbeit und durch verbesserte Behandlungsmöglichkeiten ab. Dies ließ den Eindruck entstehen, das Problem wäre bei uns weitgehend unter Kontrolle und lediglich in den Entwicklungsländern und Osteuropa stellt Aids noch eine Gefahr dar. Doch die Zahlen der vergangenen Jahre belegen, dass es „auch hierzulande erhebliche Probleme in der Prävention und Betreuung (gibt), und die ungünstigen Entwicklungen in anderen Regionen wirken sich auch auf die Entwicklung der Epidemie in Deutschland aus“. (RKI 2005) Unaid-Direktor Bertil Lindblad weist auch darauf hin, dass die neuen Medikamente den Gedanken hervorrufen, HIV bedeute kein Todesurteil mehr. Dieser Irrglaube sei auch mitverantwortlich für die kaum sinkenden Zahlen in reichen Ländern West- und Zentraleuropas sowie in Nordamerika, wo sich auch 2006 wieder ca. 65.000 Menschen neu ansteckten. (Berchtesgadener Anzeiger, 22.11.2006)

Eine Umfrage in EU-Ländern belegt, dass die Aufklärung über das Aids-Virus verbesserungswürdig ist. So sind die Deutschen mit 43 % richtiger Antworten zwar besser informiert als der EU-Durchschnitt, doch halten 51 % eine Ansteckung durch Küssen für möglich. (RP online 2006)

Dieses Ergebnis und die alarmierenden Neuinfektionszahlen veranlassen zu Gesprächen mit Schülern über HIV- und Aids-Aufklärung in den von ihnen besuchten Schulen. Dabei wurde erkennbar, dass in den letzten Jahren, laut Schüleraussagen, das Thema nur noch wenig besprochen wurde. Deshalb wurde im Schuljahr 2006/2007 in der Woche vom 27. November bis zum Welt-Aids-Tag am 1. Dezember ein Aids-Präventionsprojekt durchgeführt, das im Januar noch durch einen Mitmach-Parcours der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) abgerundet wurde.

Im Folgenden werden die einzelnen Aktivitäten näher beschrieben.

Programmablauf – Schülerbefragung

Einige Schülerinnen der 10. Klasse des Ausbildungsberufes Steuerfachangestellte erarbeiteten im Deutschunterricht einen Fragebogen. Es sollen Schülerinnen und Schüler der Berufsschule Berchtesgadener Land in Freilassing ihr Wissen über HIV und ihren Umgang mit dieser Gefahr angeben. So wurde u. a. gefragt, wie hoch sie ihr Wissen über Aids selbst einschätzen, ob die Krankheit heilbar ist, bei welchen Gelegenheiten (z. B. Trinken aus demselben Glas, in der Sauna, auf der Toilette, Geschlechtsverkehr ohne Kondom) man sich infizieren kann, ob sie mit einer neuen Freundin/einem neuen Freund das Thema HIV ansprechen würden und ob sie einen HIV-Test verlangen würden.

An der Fragebogenaktion nahmen ca. 360 Schülerinnen und Schüler gewerblicher und kaufmännischer Ausbildungsberufe sowie die JoA-, BVJ- und BFS-Klassen teil. Im Datenverarbeitungsunterricht einer kaufmännischen Klasse wurden die Daten mittels Excel ausgewertet und Präsentationen für die Ausstellung vorbereitet.

Es bestanden kaum nennbare Wissensunterschiede hinsichtlich der schulischen Vorbildung und der ein-

zelnen Berufsgruppen. Im Vergleich zur oben angeführten EU-weiten Untersuchung wussten die SchülerInnen zu 90 %, dass Küssen nicht ansteckend ist. Im Gesamtergebnis schnitten unsere Schüler sehr gut ab. Allerdings besteht noch Informationsbedarf darin, dass die Zahl der Betroffenen in Deutschland und weltweit deutlich unterschätzt wurde. Außerdem dachten ca. 40 % der Befragten, dass die Krankheit Aids heute bei weniger als 70 % der Infizierten ausbricht, was jedoch nicht der Fall ist. Die Inkubationszeit wurde von mehr als 70 % der Befragten deutlich kürzer eingeschätzt als die angegebenen acht bis

beschränkten sich lediglich auf „sehr viel“, jedoch wurde erwähnt, dass dies vorwiegend in Entwicklungsländern z. B. in Afrika der Fall sei. Beantwortet werden konnte jedoch von allen Interviewten die Frage nach den Übertragungswegen. Es wurde auch betont, dass Aids ein ernst zu nehmendes Problem ist, das man nicht vergessen darf.

Für die Schülerinnen war es jedoch eine unerwartete Erfahrung, dass die meisten Angesprochenen nicht über Aids sprechen wollten. Bei den Leuten, die etwas dazu sagten, konnten sie an ihrer Nervosität erkennen, dass auch ihnen das Thema sehr unange-



Die Initiatorinnen in der Eingangshalle (von links): Claudia Servais (SKF), Rosa Mayer, Dipl. Soz. Päd. Petra Neubauer und Stefanie Mayer).

zehn Jahre ohne medizinische Therapie. Laut Böhringer Ingelheim (2007) kann beim momentanen Forschungsstand der Ausbruch der Krankheit durch Medikamente, jedoch mit hohen Nebenwirkungen, ab der Infektion auf ca. 20 bis 25 Jahre hinausgezögert werden.

Interviews

Eine Schülerin hatte die Idee, in der Fußgängerzone von Freilassing Passanten zu befragen. So ging eine Kleingruppe von angehenden Steuerfachangestellten hoch motiviert los, mussten jedoch die Erfahrung machen, dass nur wenige der angesprochenen Personen verschiedener Altersgruppen bereit waren, sich zum Thema Aids zu äußern.

Von diesen wiederum konnte keiner eine nahezu richtige Einschätzung der Infiziertenzahlen in Deutschland bzw. weltweit geben. Die Aussagen

nehmen ist. Die Schülerinnen machten sich darüber Gedanken, woran das liegen könne. Ihrer Meinung nach ist dies ein Zeichen dafür, dass Aids für viele noch immer ein Tabuthema ist, die Gefahr einer Ansteckung verkannt wird oder diese vermeintlich nur für andere besteht, sie selbst davon aber nicht betroffen sind.

Ausstellung

Die SchülerInnen wurden während der Projektwoche im Eingangsbereich von einer beleuchteten Stellwand mit der Aufschrift „Hand in Hand gegen Aids“ der Landeszentrale für Gesundheit in Bayern e.V. (LZG) begrüßt. Zudem bastelten die Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz und einige Steuerfach-Auszubildende Modelle von Aids-Viren aus Styropor-Kugeln, die dann als Mobiles im Schulhaus auf das Thema einstimmten. Außerdem wurden von den JoA kreative Werbepla-

kate für den Kampf gegen Aids entworfen und ausgestellt. Informationsbroschüren der BZgA und LZG zum Thema Liebe, Sexualität und Aids liegen für die SchülerInnen seit der Projektwoche bereit.

Neben den Ergebnissen der oben dargestellten schulinternen Befragung wurden folgende Informationen auf Plakaten und Schautafeln von den 10. Klassen des Ausbildungsberufes Steuerfachangestellte und den Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz erarbeitet und in den Eingangsbereichen präsentiert.

Ansteckungswege und medizinischer Stand

Die Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz haben im Unterricht Ansteckungsängste und -gefahren besprochen und diese dann bildlich umgesetzt. Auf grünen Plakaten wurde der ungefährliche Umgang (z.B. Besuch einer Toilette, Benutzen eines gemeinsamen Glases, Küssen) und auf roten der riskante Umgang mit HIV-Infizierten (z.B. ungeschützter Geschlechtsverkehr, Blutsbrüderschaft) sehr verständlich und einprägsam dargestellt. Zusätzlich wurde von den Steuerfachangestellten der Krankheitsverlauf und der medizinische Forschungsstand visualisiert.

Aids in Zahlen

Zentrales Plakat dieses Ausstellungsbereichs war der schwarze Schriftzug vor einem Kreuz: „Todesfälle bisher weltweit 25 Millionen“. Neben den weltweiten Zahlen wurden einzelne Kontinente näher betrachtet. So konnte erkannt werden, dass die Zahl der HIV-Infektionen in westeuropäischen Ländern prozentual in Deutschland und Frankreich am höchsten ist. Deutschland wurde noch näher beleuchtet. Zum damaligen Zeitpunkt lagen nur die Gesamtjahreszahlen des Robert-Koch-Instituts von 2005 vor, so dass diese herangezogen wurden. Geschätzte 70 % der Infektionen werden von Männern, die mit Männern Sex haben, übertragen, 20 % infizieren sich jedoch durch heterosexuelle Kontakte. Im Jahr 2005 haben sich 2.250 Männer, 350 Frauen und 20 Kin-

der neu infiziert, so dass insgesamt ca. 49.300 Menschen Ende 2005 mit einer HIV-Infektion oder Aids in Deutschland lebten. Nicht nur die Zahlen in Deutschland steigen an, sondern auch in Nord- und Südamerika ist seit den letzten Jahren eine steigende Infektionsrate erkennbar. Im Weiteren wurden drastischen Zahlen aus Asien veranschaulicht. Ein Teil der Ausstellung konzentrierte sich auf die afrikanische Aidsproblematik. Im Gegensatz zu uns infizieren sich dort überwiegend Frauen mit dem Virus. Hingewiesen wurde auch darauf, dass von den ca. 40,3 Millionen Infizierten weltweit nur ungefähr 1,3 Millionen Medikamente erhalten. Diese leben in Industrieländern.

Kinoprogramm

Jeden Tag wurde ein Kulturkino mit Dokumentationen (z.B. Ulis letzter Sommer), autobiographischen Berichten (z.B. Frauen mit HIV berichten) und Spielfilmen (z.B. Unsichtbare Mauern) geboten. Dadurch setzten sich die SchülerInnen zusätzlich auf unterhaltsame Weise mit dem ernstesten Thema HIV/Aids auseinander.

Tombola

Auszubildende im Einzelhandel halfen bei der Vorbereitung und Durchführung der Tombola, für die einige Ausbildungsbetriebe Preise zur Verfügung stellten. Die angehenden VerkäuferInnen und Einzelhandelskaufleute übernahmen mit den Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz engagiert die Aufgabe des Losverkaufs und der Preisausgabe.

Rote Schleifen

Seit 1988 wird jedes Jahr am 1. Dezember der Welt-Aids-Tag begangen. Das weltweit bekannte Symbol für die Solidarität mit HIV-Positiven und Aidskranken und für den Kampf gegen die Krankheit ist die Rote Schleife, die seit 1992 auch in Europa kostenlos verteilt werden, meist wird jedoch um eine kleine Spende gebeten.

Dieser Gedanke wurde aufgegriffen. Schülerinnen und Schüler des BVJ Pflege stellten diese Schleifen her, um Spenden zu sammeln.

Auch die Berufsfachschule für gastgewerbliche Berufe wurde mit einbezogen. Als Einstimmung auf die Adventszeit wurden von Schülerinnen und Schülern Plätzchen in Schleifenform mit roter Zuckerglasur gebacken, die dann verkauft wurden.

SchülerInnen beim Verkauf von Plätzchen und Losen sowie beim Verteilen Roter Schleifen gegen kleine Spenden.



Schülerinnen und Schüler überreichen den Scheck.



Sexualberatung des Sozialdienstes Katholischer Frauen (SKF)

Zweimal täglich wurde vom SKF für jeweils eine Klasse (ohne Lehrkraft) eine Sexualberatung angeboten. Die SchülerInnen wurden u. a. über verschiedene Verhütungsmethoden und Schutzmöglichkeiten vor Infektionen aufgeklärt. Für persönliche Probleme und Fragen stand das Team des SKF in persönlichen Präventionsgesprächen zur Verfügung.

Information zur Blutspende

Der Blutspendedienst des Bayerischen Roten Kreuzes beteiligte sich an der Aktionswoche mit dem Vortrag „Leben retten“ und wies auf die Bedeutung des Blutspendens hin. Es

wurde betont, dass man als Blutspender mit dazu beiträgt, dass sich die Immunschwächekrankheit Aids nicht weiter ausbreitet, denn zum Ausschluss von Risiken wird jede Bluteinheit einem kostenlosen Testverfahren zum direkten Nachweis des Aids-Erregers bzw. seiner Antikörper un-

terzogen. Dadurch kann garantiert werden, dass kein „Problemblood“ in bayerische Krankenhäuser kommt. (Aids-Information des Blutspendedienstes des Bayerischen Roten Kreuzes)

Den volljährigen SchülerInnen der Berufsschule in Freilassing wurde im Januar an einem Tag ermöglicht, in der Schule Blut zu spenden. Die Aktion wurde sehr gut angenommen. Ca. 30 SchülerInnen nahmen das Angebot wahr und halfen auch dabei, den Kreis der dringend benötigten jungen Blutspender zu vergrößern.

Aids-Quiz der LZG

Unter dem Motto des diesjährigen Welt-Aids-Tages „Gemeinsam gegen

AIDS: Wir übernehmen Verantwortung – für uns selbst und andere“ verschickte die LZG ein Aids-Quiz an Schulen, um den Schülern die Möglichkeit zu geben, ihr eigenes Wissen über HIV und Aids, zu Ansteckungswegen und Schutzmöglichkeiten zu testen.

Einige Lehrkräfte der Berufsschule Berchtesgadener Land nutzten im Anschluss an unsere Projektwoche die Möglichkeit, das Thema durch dieses Gewinnspiel noch einmal aufzugreifen und Informationen zu wiederholen.

Folgeausstellung der BZgA

Um das Thema HIV und Aids nachhaltig wieder ins Bewusstsein zu rücken, wurde es ca. zwei Monate nach der oben dargestellten Projektwoche noch einmal aufgegriffen.

Es konnte den Schülerinnen und Schülern der Mitmach-Parcours zu Aids, Liebe und Sexualität der BZgA angeboten werden. An fünf Stationen zu je 15 Minuten erarbeiteten die SchülerInnen in Gruppen die Themen „Leben mit HIV“, „Übertragungswege“, „Schutz vor HIV“, „Verhütung“ und „Körpersprache“. Ziel dieser Veranstaltung war es u. a., Solidarität mit HIV-Infizierten und Aidskranken Menschen zu entwickeln und Kenntnisse über Schwangerschaftsverhütungsmittel und deren Schutzmöglichkeiten vor einer HIV-Infektion zu vermitteln.

Abschließende Beurteilung

Die SchülerInnen beurteilten die Aids-Präventionswoche anonym mit Feedback-Bögen. 86 % der Befragten fanden die Woche interessant, 91 % konnten Neues erfahren. Über 60 % der SchülerInnen sagten, sie würden nun offen und ohne Angst auf einen Infizierten zugehen, 36 % gaben aber auch an, nicht zu wissen, wie sie in dieser Situation reagieren würden. Wie von den Organisatorinnen wurde auch von den SchülerInnen bedauert, dass es an aktuellen Filmen zu der Thematik HIV/AIDS mangelt. Die meisten der gezeigten Filme stammen aus den frühen 90er Jahren. Trotzdem erzeugten

die Beiträge Betroffenheit. Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass die gesehenen Filme im Unterricht nachbesprochen werden (z.B. in Religion), aber auch die statistischen Daten der Ausstellung interpretiert werden (z.B. in Wirtschaftslehre). Gut angenommen wurden die Sexualpräventions-Veranstaltungen mit Gruppengesprächen.

Die Organisatorinnen und die Schülerinnen und Schüler der Berufsschule Berchtesgadener Land wünschen sich, dass Aids-Aufklärung vermehrt in Schulen statt findet. Deshalb wurde der eingennommene Betrag von 380 Euro der Aids-Präventionsstelle des Gesundheitsamtes Berchtesgadener Land in Bad Reichenhall zur Verfügung gestellt.

Bei näherem Interesse (z. B. an den gezeigten Filmen) oder Meinungen,

Tipps etc. schreiben Sie eine E-Mail an: stefanie.mayer@bsbgl.de

Literaturverzeichnis:

Aids-Information des Blutspendedienstes des Bayerischen Roten Kreuzes
Robert Koch Institut, Epidemiologisches Bulletin, Nr. 47, 24.11.2006

Robert Koch Institut, Epidemiologisches Bulletin, Nr. 47, 25.11.2005

www.rp-online.de/public/druckversion/nachrichten/wissenschaft/medizin/354539_09.10.2006

Berchtesgadener Anzeiger, Nr. 224, Jg. 121, S. 1, 22.11.2006

www.boehringer-ingelheim.de/produkte/rezeptpflichtig/hiv.jsp, 06.02.2007

www.bzga-ausstellungen.de

Angehende Bankkaufleute informiert über Geldangelegenheiten:

Was Sie schon immer über Geld wissen wollten

GERHARD CLEMENZ

Zahlreiche Besucher nutzten den „Bankentag“ der Berufsschule Erlangen, um sich von angehenden Bank-

kaufleuten informieren zu lassen. Die Klassen hatten in einer Projektarbeit verschiedene Themen aus dem Bereich der Geldanlage, Kontoführung und Kreditwirtschaft ausgearbeitet,



Die Gäste bei der Einführung im Konferenzraum

die sie den interessierten Gästen auf einfallreiche Art und Weise präsentierten.

Nach der Begrüßung durch den Schulleiter Manfred Müller und Bürgermeister Lohwasser, erläuterte Fachbereichsleiter Gerhard Clemenz die Entstehungsgeschichte des Projektes. Anschließend wurden die Gäste durch ein kleines Rollenspiel in die Berufswelt der Bankkaufleute eingeführt.

Danach konnten sich die Gäste, die überwiegend aus anderen Erlanger Schulen sowie aus anderen Berufsschulklassen kamen, den verschiedenen Projektgruppen zuwenden.

Um die Besucher gezielt über die sie interessierenden Themen informieren zu können, hatten die Auszubildenden des Bankbereichs verschiedene Präsentationen und Beratungsstände vorbereitet. Die angebotenen Themen reichten vom „Ausweg aus der Schuldenfalle“ über Formen der Geldanlage bis hin zu Fragen des Zahlungsverkehrs. Dabei konnten die Besucher, den einen oder anderen nützlichen Hinweis mit nach Hause nehmen.

Für das leibliche Wohl sorgten die Erlanger Stadtwerke mit ihrer „Wasserbar“ sowie das IHK-Gremium Erlangen.

Insgesamt hatten die angehenden Bankkaufleute in eindrucksvoller Weise unter Beweis gestellt, was diesen Beruf so interessant macht.

Die Berufsschule Erlangen bedankt sich bei den Banken und Sparkassen, dem IHK-Gremium, den Stadtwerken und dem Förderverein der Berufsschule für die sehr gute Kooperation. <

Auszubildende simulieren ein Vorstellungsgespräch.



Auszubildende stellen einen Haushaltsplan auf.



Auszubildende beraten die Gäste zur Kontoführung.



Koordinator Michael Wachtler mit Thomas Stefaniuk und „Bankerinnen“ am Infostand.



17 Jahre Berufsschul-Partnerschaft Dachau – Oswiecim, dem früheren Auschwitz:

Vergangenheit bewältigen – gemeinsam Zukunft gestalten

HORST GRÜNEWALD

„Polen? Nein danke!“ – „Nach Polen? Da ist doch nichts los!“ – „Warum denn nicht in ein schönes Nachbarland?“ – „Polen, na gut. Aber warum ausgerechnet mit dieser Stadt?“ – „Wir haben schon genug Probleme mit dem Namen Dachau. Und jetzt noch Auschwitz dazu – ich weiß nicht.“

Ausdrücke des Unbehagens und der Ablehnung, vielleicht auch einer unterschweligen Angst. Es sind natürlich Vorurteile, die keineswegs nur von Jugendlichen geäußert werden.

In unschöner Regelmäßigkeit schlagen sie den Organisatoren an der Berufsschule Dachau entgegen, wenn es um Werbung geht für die aktive Teilnahme an unserer Partnerschaft mit zwei beruflichen Schulen im südpolnischen Oswiecim, dem früheren Auschwitz. Und wie alle Vorurteile halten auch diese sich hartnäckig und sind mit Worten allein kaum zu entkräften.

Dennoch besteht die Schulpartnerschaft schon volle 17 Jahre, und der Wille zur Fortsetzung ist beiderseits ungebrochen, unbeschadet durch Personenwechsel in der Leitung. In Dachau hat nach der Pensionierung von Robert Baars, dem Begründer der Schulpartnerschaft, im Jahre 2002 mit Horst Grünewald, Nadja Reiß und Hansjochen Vogt ein tatkräftiges Organisationsteam die Arbeit an der Schulpartnerschaft übernommen.

An der „Szkol Zawodowych Towarzystwa Salezjanskiego“ (von Salesianern geführte Berufs- und Berufsfachschule) von Oswiecim hat die Deutschlehrerin Krystyna Kucharska die Leitung von Pater und Deutschlehrer Jan Domaradzki übernommen. Pater Jan, dem die Schulpartnerschaft sehr am Herzen lag, folgte dem Ruf seines Ordens und ist seit Januar 2006 im oberbayerischen Ilmmünster als Pfarrer tätig. An der „Szkol Ekonomi-

czno – Gastronomicznych“ (staatliche Wirtschaftsschule mit Lyzeum) ging im letzten Jahr die Deutschlehrerin Stanislaw Zajas, die mit großem Engagement, die Partnerschaft 16 Jahre leitete, in Ihren wohlverdienten Ruhestand. Seit dem organisieren die junge Englischlehrerin Magdalene Walczak und die Deutschlehrerin Ewa Gorska den Schüleraustausch.

Das Organisationsteam (von links): Horst Grünewald, Hansjochen Vogt und Nadja Reiß.



Kontinuität und Wandel

In ununterbrochener Folge haben seit 1990 in jedem Frühjahr 20 bis 24 Schülerinnen und Schüler sowie 2 bis 4 Lehrkräfte der Dachauer Berufsschule ihre Partnerschulen in Oswiecim für 10 Tage besucht. Jeweils im Herbst erschien der Gegenbesuch einer aus beiden polnischen Schulen gemischten Gruppe in Dachau. Zusätzlich wurde 1998 die Einrichtung „Berufspraktika polnischer Schüler in Dachauer Ausbildungsbetrieben“ geschaffen.

Vorurteile und Ängste verschwanden bei den Teilnehmern nach den konkreten Begegnungen und kehrten sich um in begeisterte Zustimmung. Als die Schulpartnerschaft 10 Jahre alt geworden war, sagte Landrat Hansjörg Christmann in der Festrede: „Ich sehe mit freudigem Erstaunen, dass die Berufsschulpartnerschaft Dachau

– Oswiecim zu einem festen Bestandteil des öffentlichen Lebens in unserem Landkreis geworden ist.“

Erfahrungen der Teilnehmer

Die Teilnehmer erfahren in Polen regelmäßig geradezu ungeahnte Gastfreundschaft und Herzlichkeit. Davon berichten sie daheim, aber auch von etwas noch Wichtigerem: vom offenen Umgang mit den Themen der Zeitgeschichte an den Orten des Grauens, Auschwitz I und Birkenau, zusammen mit den Jugendlichen aus Oswiecim. Niemals spielen Vorwürfe oder gar Schuldzuweisungen eine Rolle. „Leszek, mein Gastgeber“, berichtet Philipp, ein Dachauer Azubi,

„hatte mir erzählt, dass seine Großeltern von den Nazi aus ihrem Bauernhof im Dorf Brzezinka (= Birkenau) vertrieben und später ermordet wurden. Nun waren wir gemeinsam in der Gedenkstätte Birkenau. Ich hatte ein total beklemmendes Gefühl. Am schlimmsten war es, als wir vor den Fundamenten des Weißen Hauses standen. Der Betreuer sagte, das sei bis 1941 ein normales Bauernhaus gewesen. Die SS habe die Bewohner umgesiedelt und das Haus als provisorische Gaskammer benutzt. Hier sei vermutlich auch Edith Stein vergast worden. Ich konnte das alles schon nicht mehr hören. Mir ging es einfach schlecht. Der Leszek hat das gemerkt und den Arm um mich gelegt. Wir haben später noch öfter über diese Sachen gesprochen. Im Sommer, wenn ich Urlaub habe, fahre ich hin. Wir

wollen eine Woche wandern, in den Beskiden, mit Zelt und so.“

Vergangenheit bewältigen – Zukunft gestalten

Beim ersten Besuch in Oswiecim 1990 standen das kennen lernen der KZ-Gedenkstätten Auschwitz I und Birkenau und Gespräche mit Überlebenden noch im Mittelpunkt. Die Erfahrungen an diesen Orten erschütterten die deutschen Schüler und Lehrer in ungeahnter Weise. „Ich dachte“, sagte die 17-jährige Katharina aus Gröbenzell, „ich hätte das alles schon gewusst“. Aber nach der Führung durch Birkenau habe ich gemerkt, dass ich noch gar nichts wusste. Dass das Unbegreifliche wirklich geschehen ist – das habe ich erst hier richtig gespürt. Bevor jemand irgend etwas über Auschwitz sagt, sollte er zuerst hierher kommen.“

Die Dachauer Pädagogen kamen mit ihren polnischen Kollegen überein, die Programme möglichst vielseitig und jugendorientiert zu gestalten; zwar unter sehr ernsthafter Einbeziehung der Zeitgeschichte mit qualifizierten Führungen und Gesprächen in den Gedenkstätten, auch mit sinnvollem Tun (praktischen Arbeiten, Gottesdiensten), aber im Programm „dezentriert“ und im Rahmen gegenwartsorientierter Schwerpunkte wie: kennen lernen der Städte, der Ausbildungsbetriebe, des Berufsschulunterrichtes in Klassenzimmern und Werkstätten mit gruppenweiser Unterrichtsteilnahme, Ausflügen nach Krakau und Warschau, in Bayern nach Augsburg und Regensburg, Nürnberg und natürlich München, in die polnischen Beskiden und ins bayrische Voralpenland, wo sich besonders zum Kurort Bad Reichenhall eine Art Dreiecksbeziehung entwickelte durch das Engagement des Landrats Berchtesgadener Land und des Leiters der Standortverwaltung.

Gemeinsame Theater- und Konzertbesuche, Fußballspiele und viele gesellige Veranstaltungen, immer auch ein gemeinsamer Oktoberfestbesuch (ermöglicht durch das Wohlwollen der Spatenbrauerei) schufen Freude, stärkt das Zusammengehörig-

keitsgefühl und bewahrten vor düsterem Verharren in der Vergangenheit.

Familienintegration

1990 und 1991 wohnte die Dachauer Gruppe in der Jugendbegegnungsstätte Auschwitz. Das war schön, aber man blieb (Gedenkstätten-) Tourist, vom Leben draußen isoliert. Außer-

Berührungängste

Das Wohnen in den Familien, möglichst einzeln (oft erst nach schwerer Überzeugungsarbeit möglich), trug ganz wesentlich zum Abbau von Berührungängsten bei. Im Vorfeld stößt man auf unglaubliche Sorgen: „Haben die auch Badezimmer und richtige Toiletten? Wohnen die denn in richtigen

Tor zum Stammlager Auschwitz I mit der zynischen Aufschrift „Arbeit macht frei“.



Die deutsch-polnische Gruppe zu Gast bei den Gebirgsjägern der Bundeswehr in Bad Reichenhall

dem war es zu teuer. Seit 1992 wohnen die Dachauer Jugendlichen bei den polnischen Familien, die Polen in Dachau bereits seit 1991 in deutschen Familien. Die Teilnehmer kennen sich dann bereits von der Begegnung im Frühjahr in Polen. Weil das „Wohnen“ meist nur „Übernachten“ bedeutet, wurde der „Familientag“ eingeführt, an dem die Gesamtgruppe nichts unternimmt und der Gast ganz seiner Gastgeberfamilie „gehört“.

Häusern? Haben die auch nichts gegen Deutsche? Kann ich mich überhaupt verständigen?“ Aufklärung durch Worte allein bewirkt wenig, tatsächliches kennen lernen viel. Dennoch bleibt bei manchen die Angst vor dem engen Miteinander in den Familien der entscheidende Grund für die Nichtteilnahme. Hat man sich schließlich auf das „Wagnis“ eingelassen, wirken die konkreten Erfahrungen geradezu erlösend. Aus der Angst, sich auf

Die Dienstanfänger-Police:
Jetzt NEU und
besonders günstig!



Volltreffer!

Die Dienstanfänger-Police der DBV-Winterthur – Einkommensabsicherung bei Dienstunfähigkeit mit Altersvorsorge

Mit der neuen Dienstanfänger-Police kombinieren Sie clever Einkommensabsicherung bei Dienstunfähigkeit mit Altersvorsorge. Und das zu einem besonders günstigen Preis.

Einfach den Coupon einsenden. Wir beraten Sie gerne!

DBV-Winterthur
Versicherungen
234 Bereich Service
Frankfurter Straße 50
65178 Wiesbaden
Tel.: 01803 335346*
Fax: 01803 202147*
www.dbv-winterthur.de
*9 Cent/Minute

DBV-winterthur

Bitte informieren Sie mich über die Dienstanfänger-Police

Name	Vorname
_____	_____
Strasse, Hausnummer	PLZ, Ort
_____	_____
Telefon dienstlich/privat	Geburtsdatum
_____	_____

Wir versichern Ihnen, dass wir Ihre Angaben nur für interne Zwecke speichern.

VLB akzente 07/07

Übrigens:
Das dbb vorsorgewerk
empfiehlt die
DBV-Winterthur!

die fremden Verhältnisse einzulassen, wird regelmäßig freudige, erleichterte Zustimmung.

Sprachbarrieren

Im Kontakt zu den Familienmitgliedern werden Phantasie und Einfühlungsvermögen zur Verständigung wirklich gefordert, denn die Sprachbarrieren sind oft hoch. Zwar lernen alle polnischen Teilnehmer Deutsch oder Englisch, aber die Deutschen nicht Polnisch. Umso größer ist die Freude, wenn Verständigung gelingt

det die Menschen und fördert Humanität und Toleranz mehr als tausend Worte.“ Umgekehrt ist es schwieriger. Im dualen System sind Auszubildende teuer und müssen fleißig mitarbeiten. Zwei Gründe, warum Ausbildungsbetriebe sie schwerlich freigeben zum Praktizieren in polnischen Lehrwerkstätten. Der bisher einzige Dachauer Berufsschüler, der ein Praktikum in der Schreinerwerkstatt des Salesianums machte, Johannes Wegele aus Odelzhausen, hat dafür seinen Urlaub geopfert.

men dieser Partnerschaft, hat der Name Dachau jetzt in Oswiecim einen normalen Klang bekommen, den er lange Zeit für viele unserer Bürger nicht hatte.“

Als der Dachauer Oberbürgermeister Peter Bürgel beim letzten Besuch der polnischen Gruppe sah, dass schon Freundschaften unter den Jugendlichen geschlossen wurden, formulierte er es in seiner Ansprache so: „Die Politiker reden, die Jugend handelt“.

Zukunft der Schulpartnerschaft

Wenn auch derzeit ein eisiger Wind in den deutsch-polnischen Beziehungen herrscht, lassen sich die Pädagogen aus Oswiecim und Dachau nicht beeinflussen, sondern halten an der Partnerschaft fest und sind bestrebt diese Partnerschaft auszubauen. Die Dachauer Berufsschullehrer haben sich erst kürzlich in einer eigens einberufenen Sitzung zur Zukunft der Schulpartnerschaft mit großer Mehrheit zur Fortführung und zum Ausbau bekannt. Auch wenn dies für die Lehrer viel zusätzliche Arbeit bedeutet, bekennen sich die Pädagogen zur Partnerschaft und hoffen, durch die Fortsetzung der Begegnungen zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen einen kleinen Beitrag für die Verständigung zwischen Deutschland und Polen und für ein friedliches und freundschaftliches Zusammenleben in Europa zu leisten.

Zur Information für interessierte Lehrer

Der VLB Oberbayern plant für die Osterferien 2008 eine Studienreise für Berufsschullehrer nach Krakau und Oswiecim. Interessenten können sich schon jetzt vormerken lassen bei: VLB Oberbayern, Horst Grünewald, Tel/Fax: 089-58 93 93 85, E-Mail: gruenewald.h@web.de <



Schon Tradition: Das Fußballspiel um den deutsch-polnischen Freundschaftspokal. Nach einer 3:1 Niederlage im Frühjahr in Polen konnten die Dachauer Berufsschüler durch ein schwer erkämpftes 5:3 den Pokal zurück nach Dachau holen.

und Vertrautheit, nicht selten Freundschaft entsteht. Solche Erfahrungen werden dann natürlich auch von den daheim Gebliebenen wahr genommen. „Kann ich das nächste Mal mitfahren?“, fragt manch einer, der zuerst den Mut zum Mitmachen nicht aufgebracht hat.

Hohe Wertschätzung der Praktika

Die Praktika in Dachau haben in Polen einen hohen Stellenwert. Der Schulkurator (eine Art Kulturminister) der Wojewodschaft Malopolska, zu der Oswiecim gehört, sagte vor ein paar Jahren: „Eine Schulpartnerschaft ins Berufsleben hinein zu verlängern, ist eine zukunftsweisende Idee. Zusammen lernen und arbeiten, das verbind-

Wegele nutzte die, durch die Schulpartnerschaft entstandenen Kontakte und absolvierte in der Zwischenzeit auch ein Auslandssemester an der Technischen Hochschule Krakau.

Politik und Öffentlichkeit

Jede Begegnung enthält auch Empfindungen durch die Kommunalpolitiker, von denen die Partnerschaft ideell, aber auch finanziell unterstützt wird. Letztere ist notwendig und hoch willkommen, erstere kann aber wichtiger sein.

Worte und gute Absichten

2006 sagte der Stadtpräsident Janusz Marszalek zur Dachauer Gruppe: „Durch euch, durch die vielen menschlichen Begegnungen im Rah-

Landesverband

Programm der kaufmännischen Fachtagung 2007

20. Oktober 2007
Leo-von-Klenze-Schule, Staatliche Berufsschule II
Ingolstadt, Brückenkopf 1

ab 9.00 Uhr	Beginn der Lehr- und Lernmittelausstellung
10.00 Uhr	Hauptveranstaltung Begrüßung Rudi Keil, Bezirksvorsitzender des VLB in Oberbayern Alexander Liebel, stellv. Landesvorsitzender des VLB
10.15 Uhr	„Der neue Bachelor-/Master-Studiengang in der Wirtschaftspädagogik“ , Prof. Dr. Karl Wilbers, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung
11.15 Uhr	„Ihre Anliegen – Unser Auftrag“ Wolfgang Lambl und Horst Hackel, VLB-Hauptpersonalräte
12.15	Mittagspause / Lernmittelausstellung
13.30 Uhr – 15.00 Uhr	Arbeitskreise
15.10 Uhr	Gemeinsamer Ausklang in der Pausenhalle Dr. Angelika Rehm, stellv. Landesvorsitzende des VLB
ca. 15.30 Uhr	Ende der Veranstaltung

Kreisverbände

KV Nürnberg

Mitgliederversammlung mit Prof. Wilbers

Anfang Mai fand die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes in der Aula der Beruflichen Schule 14 statt. Schulleiter Harald Braunschweiger begrüßte die Anwesenden und wünschte der Mitgliederversammlung einen guten Verlauf. Die Mitgliederversammlung wurde von den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Lutz Pertek und Elfriede Sulzer-Gscheidl geleitet, da die Vorsitzende Ulla Pilz im Januar 2007 aus persönlichen Gründen von ihrem Amt zurückgetreten war. Elfriede Sulzer-Gscheidl gab einen Rückblick über die Aktivitäten des Kreisverbandes im Jahr 2006 (Informationsveranstaltung mit HPR Wolfgang Lambl, PR-Wahlen im Mai, Jahresabschluss mit Kulturveranstaltung). Vom Stufenpersonalrat berichtete Norbert Durner über den TVöD (Leistungsentgelt), verpflichtende Mitarbeitergespräche, Einstellungsverfahren, Schulraumkonzept, Haushaltskonsolidierung und die neue Dienstvereinbarung (Einsatz automatisierter Verfahren für Evaluationszwecke). Auf Antrag des Rechnungsprüfers Klaus Göltenboth wurden der Schatzmeister Gerhard Albrecht und die Vorkonferenz einstimmig entlastet. Anschließend erläuterte der stellvertretende Landesvorsitzende Alexander Liebel Aktuelles aus der Landespolitik:

- Neuer Abteilungsleiter im Kultusministerium (Abteilung berufliche Bildung) ist Dr. Müller (Gymnasiallehrer)
- Verantwortlichkeit und Einbindung von Funktionsträgern in Führungsaufgaben
- TVöD (Leistungsentgelt) fordert jährliche Unterrichtsbesuche?
- Reform der Hauptschule – Auswirkungen auf die beruflichen Schulen?



Bleibt weiterhin eine sehr gute Adresse – die Nürnberger WiSo mit Wirtschaftspädagogik Professor Wilbers.

Der Kreisvorstand freute sich besonders, Prof. Dr. Karl Wilbers als Referenten gewinnen zu können. Die Mitglieder und zahlreiche Gäste verfolgten aufmerksam den interessanten Vortrag „Die neue Bachelor/Master-Studienstruktur an der WiSo“. Der Bachelor-Studiengang Wirtschaftswissenschaften gliedert sich in eine einjährige Assessmentphase, sowie in eine zweijährige Bachelorphase, z. B. mit Studienschwerpunkt Wirtschafts- und Betriebspädagogik. Nach Ende der Bachelorphase besteht für den Absolventen die Möglichkeit eine Stelle in der Wirtschaft anzutreten. Weiterhin werden, wie bisher zwei Studienrichtungen unterschied-

den. Studienrichtung I hat eine rein wirtschaftswissenschaftliche Ausrichtung. Studienrichtung II kombiniert Wirtschaftswissenschaften mit einem Zweitfach, z. B. Englisch. Mit beiden Studienrichtungen ist nach Abschluss des Masters, nicht nach Abschluss des Bachelors, der Übertritt in das Referendariat, d. h. in den Schuldienst möglich. Prof. Dr. Karl Wilbers konnte uns mit seinen Ausführungen überzeugen, dass die WiSo auch nach der Umstellung auf die Bachelor/Master-Studienstruktur eine interessante Studienadresse für Lehramtsstudenten sein wird. Weitere Informationen unter <http://www.wipaed.wiso.uni-erlangen.de> *Elfriede Sulzer-Gscheidl*

zahlungsgesetz bis zum 31.12.2006 befristet war, wurde gesetzlich festgelegt:

1. Die unveränderte Fortgewährung der Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) nach dem Bayerischen Sonderzahlungsgesetz über 2006 hinaus bis 31.12.2009.
2. Die Gewährung von Einmalzahlungen in den Jahren 2006 und 2007 für aktive Beamte, Richterinnen und Richter sowie für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in Höhe von jeweils 250 Euro. (Teilzeitbeschäftigte und Versorgungsempfänger anteilmäßig, Assistenten 100 Euro, Dienstanfänger 60 Euro.
3. Die Frage der linearen Anpassung ab 2008 wird zeitnah im Lichte der haushaltspolitischen Situation in einer eigenen gesetzlichen Regelung entschieden.
 - Die Sonderzahlung(en) (1) und die Einmalzahlungen (2) sind bis jetzt gesetzesmäßig erfolgt;
 - die lineare Anpassung (3) ist praktisch in trockenen Tüchern.

Am 12. Juni 2007 haben sich Ministerpräsident Edmund Stoiber und Finanzminister Kurt Faltlhauser einerseits und der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes Rolf Habermann andererseits geeinigt:

- Ab 1. Okt. 2007
- erhalten die Bayerischen Beamten einschließlich Versorgungsempfänger (die müssen allerdings von dieser Steigerung die 2001 beschlossene, 2003 erstmals durchgeführte anteilige Absenkung des Versorgungsniveaus von 75 % auf 71,25 % hinnehmen) 3 % mehr;
- werden die Familienzuschläge ab dem 3. Kind um jeweils 50 Euro im Monat erhöht.

Würdigung aus Sicht der Versorgungsempfänger

Unser gesundes Volksempfinden signalisiert: die Verbesserungen waren längst überfällig. Ja! Aber folgender Hintergrund ist den meisten nicht bewusst: das Bundesverfassungsgericht hat in seinem fundamentalen Urteil, zum Beamtenrecht von

2005 (BVerfG, 2 BvR 1387/02 vom 27.09.2005) festgestellt und begründet, dass der von uns gerne zitierte Grundsatz von der „Parallelität von Besoldungs- und Versorgungsentwicklung“ kein hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums ist; also der Gesetzgeber ist nicht gezwungen, eine strikte Parallelität von Besoldungs- und Versorgungsentwicklung einzuhalten. Das hatte in unserem Zusammenhang bereits fatale Folgen. Eine Reihe von Bundesländern hat die Versorgungsempfänger von Sonder- und Einmalzahlungen ausgenommen, ebenso der Bund. Und einem ziemlich sicheren Ondit zufolge hatte auch der bayerische Finanzminister vorgeschlagen, die Versorgungsempfänger nicht zu bedenken; erst ein temperamentvolles Dazwischengehen des bayerischen Ministerpräsidenten habe die Parallelität hergestellt.

Im Übrigen zeigt ein Vergleich mit den anderen Bundesländern und dem Bund, dass Bayern an der Spitze der Besoldungsskala steht. Allerdings auch was die (erhöhte) Arbeitszeit betrifft! Der BBB sieht im Übrigen in der – durchaus zu würdigenden – Besoldungserhöhung keinen Ausgleich für die Arbeitszeiterhöhung!

Der Prädikatsentzug hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums für die Parallelität von aktiven Bezügen und Versorgungsbezügen ist aber kein Freibrief für Willkürlichkeiten. Das Bundesverfassungsgericht hat im selben Urteil das Alimentationsprinzip als wohl wichtigsten hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums weiter gestärkt, und das verlangt die Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung: „die Sicherung eines angemessenen Lebensunterhaltes – zu der auch die Versorgung des Beamten nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst zählt – ist deshalb ein besonders wesentlicher Grundsatz, zu dessen Beachtung der Gesetzgeber verpflichtet ist“ – also gleichermaßen für Aktive wie Versorgungsempfänger.

II. Unabhängig ob man das neue, ab 01.01.07 geltende Bayerische Beihilferecht zu den Realität gewordenen

Senioren

Versorgungsempfänger von Silberstreifen erreicht?

„Im TOP 1 Entwicklungen im Versorgungsrecht konnten neben den beschlossenen und weiterlaufenden Grausamkeiten endlich auch einige Silberstreifen sogar am nahen Horizont ausgemacht werden“, so meine Worte anlässlich des Senioren-Arbeitskreises im Rahmen unseres letzten Berufsbildungskongresses im November 2006 in Memmingen.

Was ist aus den angekündigten, von vielen skeptisch aufgenommenen Silberstreifen geworden? Zwar keine goldenen Eier, aber doch bemerkens-

werte und endlich wieder dokumentationsfähige Fortschritte: die verfahrenere und verhärtete Situation hat sich aufgelockert in Richtung Normalität.

I. Das Gesetz über eine Bayerische Einmalzahlung und zur Änderung des Bayerischen Sonderzahlungsgesetzes von 2006 hat die entscheidenden Weichen in die positive Richtung gestellt. Aus der Überzeugung

- aus den Tarifiergebnissen im öffentlichen Dienst sollen für den Beamtenbereich zeitnah Folgerungen gezogen werden
- und der Tatsache
- dass das alte Bayerische Sonder-



Video-Präsentationen leicht gemacht!

Der Preisknaller



29,60

Filmgenuss pur
Toshiba SD 170. Neben der hohen Bild- und Tonqualität besticht der Toshiba SD 170 durch seine vielfältige Format-Wiedergabe. Das edle und schlanke Design macht überall eine gute Figur.
158 515

35,22 inkl. MwSt.

Der Klangvolle



Surround-Sound

LG DR-275. Der exzellente Dolby Digital Sound wird Sie begeistern. Auch die Aufzeichnung Ihrer Lieblingsfilme ist mit dem LG DR-275 ein Kinderspiel. Dank der einfachen Menüführung und dem FT-Display ist der Rekorder im Handumdrehen programmiert.
157 171

108,-

128,52 inkl. MwSt.

Das Filmarchiv



247,-

Integrierter Festplattenspeicher
Samsung DVD-HR 755. 250GB interner Speicher machen diesen DVD-Rekorder zum idealen Filmarchiv. Zudem können Sie fast alle gängigen DVD's, CD's und MP3-Dateien abspielen. Genießen Sie Ihre Lieblingsfilme in Dolby Digital.
163 562

293,93 inkl. MwSt.

Alle Preisangaben Stand 02.07.2007



TECHNIKdirekt.de
business

Telefon: 09 31-9 70 84 56
www.technikdirekt-business.de

Silberstreifen am Horizont zählt oder nicht – zwei elementare praktische Hinweise:

1. Krankenkosten anlässlich von Reisen ins außereuropäische Ausland sind nicht mehr beihilfefähig! Sie benötigen unbedingt eine private Auslandskrankenversicherung.
2. Kuren von Versorgungsempfängern sind nun auch – wie die von Aktiven – beihilfefähig. Obwohl ein Genehmigungsverfahren nicht vorgeschrieben ist, erkundigen Sie sich vor Antritt einer Kur über die Beihilfefähigkeit bei Ihrer Beihilfestelle. Hinsichtlich der Verschreibungspflicht, Kurort, Kurhaus ... sind doch einige Anforderungen zu erfüllen, die man ohne ihre Kenntnis leicht, übersehen kann.

III. Noch ein Wort zum Problem Pflege. Unsere demographische Entwicklung erhöht zweifellos das Risiko, im Alter pflegebedürftig zu werden. Die gesetzliche Pflegeversicherung (seit 1995) ist bei einem Beitragssatz von 1,7 % zur Zeit in ihren Leistungen gedeckelt. Bei häuslicher (ambulanter) Pflege trägt sie monatlich maximal

in Pflegestufe I	384,00 Euro
in Pflegestufe II	921,00 Euro
in Pflegestufe III	1432,00 Euro.

Diese Beträge reichen oft nicht aus; die Kosten sind – und zwar in jeder Pflegestufe – oft wesentlich höher und müssen vom zu Pflegenden privat getragen werden. Ist er dazu nicht in der Lage, werden – nach dem Grundsatz Kinder haften für ihre Eltern – die Kinder – unter Berücksichtigung eines angemessenen Eigenbedarfs – herangezogen. Erst wenn diese beiden Quellen ausgeschöpft sind, springt die Sozialhilfe ein.

Diese Situation will man durch die zur Zeit diskutierte Gesundheitsreform in den Griff bekommen. Die Aussichten sind nicht sehr Erfolg versprechend. Auch Privatversicherungen bieten ihre Hilfe an. Bevor Sie eine solche Versicherung abschließen, achten Sie besonders auf folgendes: Häufig schaffen Versicherungen durch Hinweis auf den allgemein steigenden

Pflegebedarf einen günstigen Boden für einen Versicherungsabschluss, bieten dann aber oft nur die Versicherung der Pflegestufe III an. Bedenken Sie dabei: die Pflegestufe III, die Stufe der höchsten Pflegebedürftigkeit, ist zwar i. d. R. auch die kostenträchtigste, aber sie ist auch die seltenste. Die Beiträge erscheinen moderat, erklären sich aber mit dem relativ seltenen Auftreten. Bei Abschluss sind Sie daher nur gegen ein seltenes Risiko versichert. Bei den viel häufigeren Risiken insbesondere der Stufe II stehen Sie weiterhin allein. Die Prämien für die häufigeren Stufen I und II werden nach meiner Erfahrung – wenn überhaupt – nur zögerlich genannt, weil sie wegen der Häufigkeit des Risikos abschreckend hoch sind.

Berthold Schulter

Senioren-Nachmittag der mittelfränkischen Ruheständler

Es ist eine gute Tradition in unserem Bezirksverband, dass wir einmal im Jahr auch einen speziellen Nachmittag für die Personen gestalten, die vor uns den Verband gegründet und groß gemacht haben. In diesem Jahr war das Interesse so groß, dass wir, wegen Kapazitätsgründen bei den Führungen, das gleiche Programm zweimal im Abstand von drei Wochen durchführen mussten.

Ziel unseres Treffens war die Stadt Stein und das dort beheimatete Industrieunternehmen Faber-Castell. Bei zwei Führungen konnten wir das erst im 19. Jahrhundert erbaute Schloss der Familie Faber-Castell besichtigen.

Gerhard Wolfgang Hergert mit einigen Teilnehmern in der „Alten Mine“.



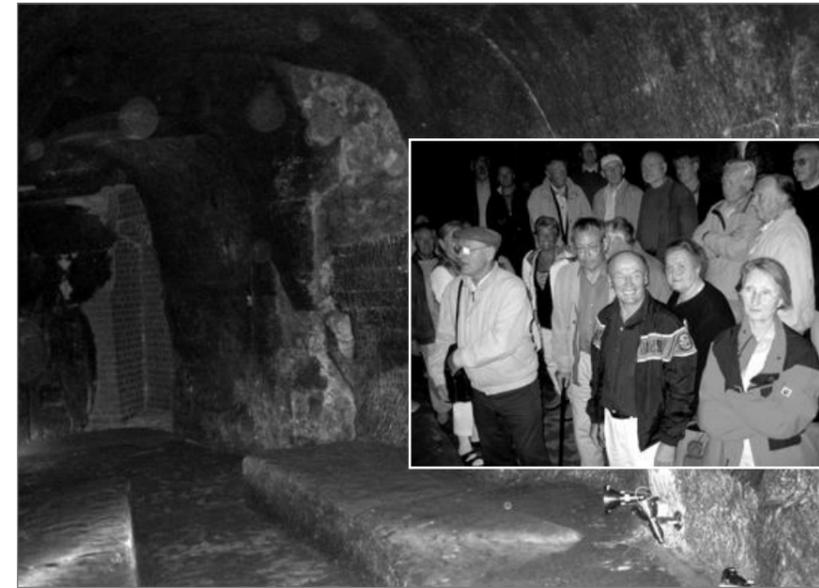
Berthold Schulter – wie immer sehr sachkundig und gründlich bei der Analyse.

Die für die damalige Zeit hochmodernen Duschanlagen waren ein Erlebnis – nicht nur für die Installationsfachkräfte. Nach der Schlossführung ging es in das Museum „Alte Mine“, wo uns die Herstellung des Bleistiftes und später der Buntstifte vom Mittelalter bis heute nahegebracht wurde.

Nach so viel neuem Wissen wurden die Teilnehmer vom VLB-Mittelfranken im Frauenwerk Stein zu Kaffee und Kuchen eingeladen. Bei dieser Gelegenheit referierte unser Seniorenvertreter im Hauptvorstand, Berthold Schulter, über Neuerungen im Versorgungs- und Beihilferecht. Viele Zusatzfragen zeigten, dass hier ein großer Informationsbedarf besteht.

Herzlichen Dank von dieser Stelle an die Seniorenvertreter Berthold Schulter und Gerhard-Wolfgang Hergert, der diese beiden Veranstaltungen so hervorragend vorbereitet hat.

Horst Lochner



Interessante Einblicke im Schwandorfer Felsenkeller.

Pensionisten im Untergrund

Das 10. Oberpfälzer Pensionistentreffen am Ende Mai in Schwandorf war mit fast 60 Teilnehmern ausnehmend gut besucht. Zum einen war zum Besuch der Schwandorfer Felsenkeller eingeladen und obendrein ein interessantes Referat über die geänderte Beihilfeverordnung angekündigt. Schon beim Einstieg in die weit verzweigten Felsengewölbe bewies die Besucher-schar, dass die seit Jahren an der A 93 für diese Attraktion werbenden Schilder ihre Wirkung getan hatten. Viele der über 130 unterirdischen Gänge, die sich unter dem Weinberg im Schwandorfer Osten weit verzweigt und z.T. bis in drei Etagen hinstrecken, reichen bis ins Mittelalter zurück. Seit vier Jahrhunderten haben sich unsere Altvorderen mit Meißel und Schlägel in den weichen Sandstein hineingearbeitet, um dem Bier, das einst bis zu 80 Bürger im Kommunbraugewerbe herstellten, den nötigen Gär- und Lagerplatz zu bereiten. Die das Jahr über gleich bleibende Temperatur von ca. 8 bis 10 Grad begünstigte den Gärprozess und damit das Schwandorfer Brauwesen durch die Jahrhunderte derart, dass Bier, ins „Ausland“ bis nach Nabburg und Regens-

burg „exportiert“, entsprechenden Profit abwarf. Dr. Stümpfl, ehemals Urologe, im Ruhestand aber als passionierter Historiker tätig, verstand es ausgezeichnet, Geschichte mit Geschichtchen zu würzen und so diesem Nachmittag zum Historischen eine erfrischende Portion Unterhaltungswert beizumischen. Lang anhaltender Beifall waren verdienter Lohn.

Zum Referat im Hotel „Schwefelquelle“ hatte sich die Schar noch vergrößert, wohl, weil es leichter fällt, bei Kaffee und Kuchen auf Informationen zur Beihilfe zu warten als sich durch finstere Kellergewölbe zu tasten. Der Leiter der Beihilfestelle bei der Finanzdirektion Regensburg, Reinhard Schöfthuber, stellte die einschlägigen Änderungen, die durch die neue Beihilfeverordnung speziell für Pensionisten zu Buche schlagen, verständlich dar, wies auf Tipps oder mögliche Nachteile hin bzw. darauf, wie man sie umschiffen oder ganz vermeiden könne. Die zahlreichen Fragen während seines Referats als auch danach zeigten, wie interessiert und dankbar man diese Informationen aufnahm, und insgesamt signalisierten die mit Sachkenntnis und der nötigen Geduld immer wieder gegebenen Antworten, dass man auf das Personal bei der Beihilfestelle zählen kann.

Lothar Fischer

Personalien

VLB-Urgestein Klaus-Peter Stix in den Ruhestand verabschiedet

Im Mai 2007 verabschiedete der VLB-Bezirksverband Niederbayern Klaus-Peter Stix in den wohlverdienten Ruhestand.

Fast 30 Jahre war Klaus-Peter Stix für den Lehrerverband in Niederbayern tätig. 1978 wurde er in Plattling zum Schatzmeister des damaligen VBB gewählt. Die Ironie daran war, dass dies in seiner Abwesenheit stattfand. Doch Klaus Stix ließ sich nicht lange „bitten“ und nahm das Amt an. Er schaffte es durch seinen Fleiß und durch sein großes Engagement in kurzer Zeit, aus den roten Zahlen zu kommen und schwarze Zahlen vorzuweisen, u. a. durch den Aufbau einer effizienten und schon sehr früh computergestützten Mitgliederverwaltung. Er wurde nicht müde, immer wieder für den VBB und nach der Fusion für den VLB zu werben. Im Jahre 1992 wurde er zum Gründungs-Betriebsvorsitzenden des VLB Niederbayern gewählt. An der Berufsschule I in Deggendorf war er bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand im Jahre 2006 Kontaktkollege.

Bei einer kleinen Feierstunde dankte ihm der Bezirksvorstand Niederbayern für seine langjährige Tätigkeit und übergab ihm ein paar Geschenke, damit aus dem Ruhestand auch manchmal ein „Unruhestand“ wird.

Christian Wagner



Wir gratulieren im August ...

... zum 89. Geburtstag

Mannes, Rita, 11.08.
89231 Neu-Ulm, KV Nordschwaben

... zum 88. Geburtstag

Rockinger, Elisabeth, 20.08.
83022 Rosenheim,
KV Rosenheim-Miesbach

... zum 87. Geburtstag

Neumaier, Engelbert, 28.08.
87629 Füssen, KV Allgäu

... zum 86. Geburtstag

Kielmann, Erika, 12.08.
90451 Nürnberg, KV Mfr.-Nord
Sadowsky, Walter, 17.08.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd
Kollmannsberger, Hans, 24.08.
93098 Mintraching, BV München

... zum 85. Geburtstag

Zappe, Michael, 11.08.
85774 Unterföhring, KV Obb.-Südwest

... zum 84. Geburtstag

Kremerskothen, Josefine, 26.08.
93096 Köfering, KV Regensburg

... zum 83. Geburtstag

Zeitler, Rudi, 08.08.
91322 Gräfenberg,
KV Bamberg-Forchheim

... zum 82. Geburtstag

Liebscher, Gerhard, 07.08.
85049 Ingolstadt,
KV Oberbayern-Nordwest
Herrlein, Alois, 20.08.
93179 Brennbach, KV Donau-Wald
Rauh, Ludwig, 23.08.
95028 Hof, KV Ofr.-Nordost
Ponn, Bartl, 24.08.
83471 Berchtesgaden, KV Taunstein-BGL
Jopke, Annemarie, 29.08.
86529 Schrobenhausen,
KV Oberbayern-Nordwest
Süß, Wilhelm, 31.08.
81735 München, BV München

... zum 81. Geburtstag

Söffler, Georg, 09.08.
91459 Markt Erlbach, KV Mfr. Nord

Sailer, Maria, 12.08.
89407 Dillingen, KV Nordschwaben
Ippisch, Hermann, 16.08.
92421 Schwandorf, KV Schwandorf
Kittner, Hans-Joachim, 28.08.
84524 Neuötting,
KV Altötting-Mühlendorf

... zum 80. Geburtstag

Huber, Klara, 19.08.
83365 Nußdorf, KV Traunstein-BGL
Nikol, Harald, 05.08.
95447 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz
Rösch, Günther, 08.08.
87437 Kempten, KV Allgäu

... zum 75. Geburtstag

Engel, Adolf, 14.08.
96317 Kronach, KV Ofr.-Nordwest
Hilner, Konrad, 13.08.
83278 Traunstein, KV Traunstein BGL
Reisert, Hans-Klaus, 18.08.
97276 Margetshöchheim, KV Würzburg

... zum 70. Geburtstag

Altschäffel, Emilie, 18.08.
94377 Steinach, KV Donau-Wald
Botzlar, Heinz-Jürgen, 16.08.
94032 Passau, KV Ndb.-Ost
Bruckmoser, Josef, 08.08.
81825 München, BV München
Färber, Eduard, 01.08.
93346 Ihrlerstein, KV Landshut
Greser, Karl-Heinz, 08.08.
97072 Würzburg, KV Würzburg
Huber, Gisela, 30.08.
84034 Landshut, KV Landshut
Lenzner, Karl-Heinz, 03.08.
90491 Nürnberg, KV Mfr.-Nord
Norpoth, Gertraud, 28.08.
94034 Passau, KV Ndb.-Ost

... zum 65. Geburtstag

Grosch, Günter, 21.08.
90513 Zirndorf, KV Mfr.-Nord
Karches, Georg, 23.08.
97218 Gerbrunn, KV Würzburg
Obst, Manfred, 03.08.
94315 Straubing, KV Donau-Wald
Ruffert, Udo, 22.08.
95447 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz
Saam, Wolfgang, 21.08.
94032 Passau, KV Ndb.-Ost

... zum 60. Geburtstag

Dr. Acksteiner, Fritz, 23.08.
86150 Augsburg, BV München

Braun, Helga, 19.08.
82041 Deisenhofen, KV Obb.-Nordwest
Clemenz, Gerhard, 27.08.
91096 Möhrendorf, KV Mfr.-Nord
Häfele, Max, 06.08.
87746 Erkheim, KV Allgäu
Holzner, Walter, 06.08.
84539 Ampfing, KV Altötting-Mühlendorf
Kothe, Jochen, 18.08.
85521 Ottobrunn, BV München
Krenberger, Harald, 14.08.
97084 Würzburg, KV Würzburg
Merten, Hans-Joachim, 16.08.
90411 Nürnberg, KV Nürnberg
Nussbaum, Heidi, 18.08.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu
Reumann, Gerhard, 31.08.
95100 Selb, KV Ofr.-Nord
Trippner, Arnold, 11.08.
63846 Laufach, KV Untermain
Zöller, Horst, 22.08.
96164 Kemmern, KV Bamberg-Forchheim

Wir gratulieren im September ...

... zum 90. Geburtstag

Hofbeck, Rudolf, 19.09.
91161 Hiltpoltstein, KV Mfr.-Süd
Schwipps-Adomat, Ingrid, 13.09.
90762 Fürth, KV Mfr.-Nord

... zum 89. Geburtstag

Mayer, Helmut, 14.09.
97078 Würzburg, KV Würzburg

... zum 88. Geburtstag

Pöhner, Elisabeth, 08.09.
90763 Fürth, KV Mfr. Nord

... zum 87. Geburtstag
Weigand, Ernst, 14.09.
97478 Kentzgau, KV Main-Rhön
Langer, Arnold, 22.09.
97209 Veitshöchheim, KV Würzburg

... zum 86. Geburtstag

Gleissner, Max, 20.09.
81377 München, BV München
Pirkl, Eleonore, 30.09.
84130 Dingolfing, KV Landshut

... zum 85. Geburtstag

Eicher, Eduard, 22.09.
84494 Neumarkt St. Veit,
KV Altötting-Mühlendorf

Grolig, Ingeborg, 02.09.
87634 Obergünzburg, KV Allgäu
Haase, Kurt, 27.09.
86899 Landsberg, KV Obb.-Südwest
Kellner, Martin, 15.09.
80939 München, BV München

... zum 83. Geburtstag

Sonntag, Ursula, 06.09.
85339 Neuenmarkt, KV Ofr. Nordwest
Starklauf, Irmgard, 15.09.
86159 Augsburg, KV Nordschwaben
Meyer, Heinrich, 16.09.
95158 Kirchenlamitz, KV Ofr. Nordost
Krahmer, Walter, 24.09.
81929 München,
KV Amberg-Sulzbach

... zum 82. Geburtstag

Steiner, Emil, 01.09.
97318 Kitzingen, KV Würzburg
Götz, Anton, 09.09.
93051 Regensburg, KV Regensburg
Bruha, Dagmar, 17.09.
85652 Waldsassen, KV Untermain
Fink, Friedrich, 24.09.
93183 Kallmünz, KV Regensburg
Scherm, Walter, 29.09.
88505 Ingolstadt,
KV Oberbayern-Nordwest

... zum 81. Geburtstag

Schäffler, Friedrich, 01.09.
87545 Burgberg, KV Allgäu
Schmid, Agathe, 03.09.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu
Dr. Klaus, Karl, 11.09.
90451 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 80. Geburtstag

Holzmann, Gebhard, 03.09.
83024 Rosenheim,
KV Rosenheim-Miesbach
Kuhbandner, Heinz, 12.09.
97318 Kitzingen, KV Würzburg
Miller, Willi, 21.09.
95032 Hof, KV Ofr.-Nord

... zum 75. Geburtstag

Hagn, Hans, 25.09.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord
Schmidt, Hans Theo, 29.09.
96047 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim
Thoma, Ludwig, 02.09.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Weieder, Ilse, 18.09.
94099 Sulzbach/Inn, KV Ndb.-Ost

... zum 70. Geburtstag

Griesbeck, Pauline, 20.09.
90596 Schwanstetten, KV Nürnberg
Hüttinger, Wilfried, 16.09.
96049 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim
Klotz, Philipp, 21.09.
90480 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 65. Geburtstag

Boysen, Heinz, 24.09.
86529 Schrobenhausen,
KV Obb.-Nordwest
Harter, Annemarie, 24.09.
86356 Neusäß, KV Augsburg
Hofer, Gertraud, 30.09.
82327 Tutzing, KV Obb.-Südwest
Krassa, Peter, 05.09.
95030 Hof, KV Ofr.-Nord
Neumann, Ulrich, 01.09.
97464 Niederwerrn, KV Main-Rhön
Rau, Gerhard, 01.09.
95176 Konradsreuth, KV Ofr.-Nord
Schlögl, Lutz, 02.09.
86132 Schernfeld, KV Obb.-Nordwest
Schroll, Günther, 23.09.
86551 Aichach, KV Nordschwaben
Vogl, Josef, 28.09.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu
Weinberger, Ernst, 28.09.
83365 Nußdorf, KV Traunstein-BGL
Weiß, Helga, 22.09.
84489 Burghausen,
KV Altötting-Mühlendorf
Wiesentheit, Karl-Heinz, 06.09.
91564 Neuendettelsau, KV Mfr.-Süd

... zum 60. Geburtstag

Bartmann, Johann, 04.09.
92536 Pfreimd, KV Opf.-Nord
Dimper, Alois, 29.09.
95506 Kastl, KV Opf.-Nord
Gock, Horst, 17.09.
97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön
Hanrieder, Joachim, 11.09.
91242 Ottensoos, KV Nürnberg
Hartwig, Herbert, 24.09.
90489 Nürnberg, KV Mfr.-Nord
Hillebrand, Wolfgang, 20.09.
85435 Erding, BV München
Hofmockel, Werner, 20.09.
91334 Hemhofen, KV Mfr.-Nord
Lang, Franz, 17.09.
93051 Regensburg, KV Regensburg
Dr. Lutz, Leonhard, 27.09.
90491 Nürnberg, KV Nürnberg
Meier, Martin, 19.09.
90491 Nürnberg, KV Nürnberg

Moser, Bernhard, 03.09.
91180 Heideck, KV Landshut
Pöhner, Dieter, 05.09.
63768 Wenighösbach, KV Untermain
Schmidmeir, Franz, 06.09.
86579 Waidhofen,
KV Obb.-Nordwest
Ullmann, Siegfried, 22.09.
93152 Nittendorf Pielmühle,
KV Regensburg
Zöllner, Günter, 03.09.
82152 Planegg, BV München

In den Ruhestand sind gegangen ...

Bredl, Helga (BV München)
Zeitler, Siegfried (KV Nürnberg)
Hussendörfer, Gerald
(KV Oberbayern-Nordwest)

Wir trauern um ...

Krahmer, Hans,
KV Mittelfranken-Nord (67)
Weiß, Helmut, KV Ofr. Nordost (58)
Zinkernagel, Elke, KV Untermain (63)

Autorenverzeichnis

Alt, Christian, BSZ, Glätzlstr. 29,
92421 Schwandorf, Tel.: (09431) 7280
Blum, Ewald, FOS/BOS, Otto-Hahn-Str. 36,
97616 Bad Neustadt/Saale, Tel.: (09771) 7038
Dr. Demmel, Walter G., Grandauerstr. 71,
80997 München, Tel.: (089) 8123072
Clemenz, Gerhard, BS, Schillerstr. 58,
91054 Erlangen, Tel.: (09131) 533848-0
Egle, A./Habermann R., Schwanthalerstr. 21,
80336 München, Tel.: (089) 552588-0
Grünwald, Horst, BS, Heinrich-Neumaier-
Platz 1, 85221 Dachau, Tel.: (08131) 1744
Käfer, Hans, VLB-Landesvorsitzender
BS, Am Fernsehturm 1, 94036 Passau,
Tel.: (0851) 9591300
Lambl, Wolfgang, stellvertr. VLB-Landes-
vorsitzender und Hauptpersonalrat
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: (09363) 5278
Liebel, Alexander, stellvertr. VLB-Landes-
vorsitzender, BS, Schönweißstr. 7,
90461 Nürnberg, Tel.: (0911) 231-3948
Müller, H./Geier, R., FOS/BOS, Ingolstädter
Str. 1, 92318 Neumarkt, Tel.: (09181) 9730
Schulter, Berthold, VLB-Senioren-
beauftragter, Weitlstr. 66, 80935 München,
Tel.: (089) 38584084



Bayerischer Beamtenbund
 Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes

Besoldungstabelle ab 01. Oktober 2007 Bayern

(noch keine Rechtskraft – Zahlen beruhen auf eigenen Berechnungen)

+ 3,0 %
 (ab 01.10.2007)

Rolf Habermann
 Postfach 31 03 48 • 80103 München
 Tel. 089-552588-10 • Fax 089-552588-50
 e-mail: Rolf.Habermann@bbb-mail.de

Besoldungsgruppe	Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in EURO)																									
	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus																	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
A 2	1.518,83	1.555,50	1.592,18	1.628,86	1.665,54	1.702,24	1.738,93																			
A 3	1.582,17	1.621,20	1.660,23	1.699,25	1.738,30	1.777,34	1.816,37																			
A 4	1.618,10	1.664,08	1.710,01	1.755,97	1.801,92	1.847,88	1.893,82																			
A 5	1.631,18	1.690,02	1.735,75	1.781,45	1.827,18	1.872,89	1.918,61	1.964,33																		
A 6	1.669,81	1.720,01	1.770,21	1.820,40	1.870,59	1.920,80	1.971,01	2.021,20	2.071,39																	
A 7	1.743,19	1.788,31	1.851,48	1.914,64	1.977,80	2.040,97	2.104,15	2.149,24	2.194,35	2.239,49																
A 8		1.852,40	1.906,37	1.987,31	2.068,26	2.149,20	2.230,17	2.284,13	2.338,08	2.392,06	2.446,01															
A 9		1.973,57	2.026,68	2.113,07	2.199,45	2.285,85	2.372,24	2.431,62	2.491,03	2.550,41	2.609,81															
A 10		2.126,54	2.200,33	2.311,00	2.421,71	2.532,39	2.643,08	2.716,87	2.790,66	2.864,44	2.938,23															
A 11			2.451,34	2.564,75	2.678,16	2.791,59	2.905,01	2.980,62	3.056,23	3.131,86	3.207,47	3.283,07														
A 12			2.636,31	2.771,53	2.906,74	3.041,97	3.177,19	3.267,34	3.357,47	3.447,62	3.537,78	3.627,92														
A 13			2.967,39	3.113,41	3.259,44	3.405,45	3.551,46	3.648,81	3.746,15	3.843,50	3.940,85	4.038,20														
A 14			3.088,36	3.277,73	3.467,07	3.656,42	3.845,77	3.972,00	4.098,24	4.224,47	4.350,71	4.476,95														
A 15						4.020,88	4.229,07	4.395,62	4.562,16	4.728,71	4.895,26	5.061,80														
A 16						4.440,94	4.681,70	4.874,33	5.066,96	5.259,56	5.452,18	5.644,80														

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 92,75 EURO für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 287,50 EURO.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5
 Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro, in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.
Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 BBesG
 - in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 95,98 Euro
 - in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 101,89 Euro

Familienzuschlag:

Besoldungsgruppe	verheiratet und Gleichgestellte	1 berücksichtigungs-fähiges Kind
A 2 - A 8	103,25 EURO	196,00 EURO
übrige Besoldungsgr.	108,44 EURO	201,19 EURO

Die 3 % Erhöhung gilt auch für Amts- und Stellenzulagen sowie für Anwärtergrundbeträge